Sozialisierung der Wirtschaft oder Staatsbankerott

Ein Sanierungsprogramm

von

RUDOLF GOLDSCHEID

VIERTE UND FÜNFTE AUFLAGE



ANZENGRUBER - VERLAG
BRÜDER SUSCHITZKY
LEIPZIG — WIEN

Sozialisierung der Wirtschaft

oder

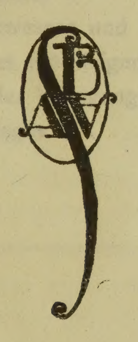
Staatsbankerott

Ein Sanierungsprogramm

von

Rudolf Goldscheid

Vierte und fünfte Auflage.



Anzengruber-Verlag Brüder Suschitzky
Leipzig 1919 Wien

BUCH- UND KUNSTDRUCKEREI PAUL GERIN, WIEN II.

INHALT

EINLEITUNG

Als ich vor zwei Jahren mein Buch „Staatssozialismus oder Staatskapitalismus" veröffentlichte, da hielt man mich, weil ich darin für eine einmalige große Vermögensabgabe eintrat, noch für einen Phantasten. Heute gilt diese Forderung bereits als Selbstverständlichkeit. Nur über die Höhe der Vermögensabgabe, wie über die Art ihrer Durchführung herrscht jetzt noch Streit. Aber wieviel von allem in dieser Hinsicht dort Gesagten, das seinerzeit auf volles Unverständnis stieß, hat man inzwischen schon einsehen gelernt! Progressive Steuersätze, die bei den größten Vermögen bis zu einem Drittel, ja sogar bis zur Hälfte gehen, gelten keineswegs mehr als übertrieben, und auch nach der Richtung hat mein Standpunkt sich durchgesetzt, daß man heute nur daran denkt, das private Vermögen bei den Einzelnen, nicht etwa in erster Linie bei den Aktiengesellschaften zu erfassen. Und ein wie gründlicher Wandel ist zugleich in der Beurteilung meiner Gesamtauffassung der finanzsoziologischen Fragen eingetreten! Wer gibt sich jetzt noch einer Täuschung darüber hin, daß es sich tatsächlich so verhält, wie ich es darlegte, daß nämlich Staatshaushaltsreform an Haupt und Gliedern für unsere Tage dasselbe bedeutet, wie im 18. Jahrhundert fundamentale Verfassungsreform.

Ganz besonders bin ich aber mit Einem, was ich als Erster in voller Klarheit erkannte und aussprach, unbedingt durchgedrungen: mit meiner Behauptung, daß die ungeheure Verschuldung des Staates an Private im Krieg, das scheinbar utopische Endziel der Sozialdemokratie, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, in greifbare Nähe rücken muß. Nun sind wir bereits so weit: Die Sozialisierung der Wirtschaft steht als aktuellste Frage im

Mittelpunkt des gesamten politischen Kampfes, wie man auch immer deutlicher zu begreifen beginnt, daß progressive Vermögensabgabe der einfachste und zuverlässigste Weg zur Erreichung dieses Zieles ist.

Und so sonderbar es berührt, nicht einmal der Sozialdemokratie leuchtete es sofort ein, daß nur durch eine *Kombination von Sozialisierung und Vermögensabgabe* die aus dem Krieg erwachsenen wirtschaftlichen und finanziellen Probleme restlos gelöst zu werden vermögen. Aber die Logik der Tatsachen hat im Verlauf meine Argumente unterstützt und so stehe ich jetzt mit dieser Auffassung gleichfalls nicht mehr isoliert da.

Allerdings selbst jetzt sind es nur einige Wenige unter den führenden Sozialdemokraten, die meinen Grundgedanken aufgenommen haben. Immerhin fällt es beträchtlich ins Gewicht, daß z. B. *Karl Kautsky* und *Otto Bauer* bereits zu ganz ähnlichen Konsequenzen gelangen. Namentlich bei Otto Bauer ist dies der Fall, der übereinstimmend mit mir hervorhebt, wie viel für die Gestaltung unserer künftigen Geschicke davon abhängt, daß wir den *überkommenen Steuerstaat* überwinden und *daß die Erträge der Vermögensabgabe nicht zuerst zur Tilgung unserer Schulden, sondern vor allem zur Überführung der wichtigsten Produktionszweige in Gemeinbesitz verwendet werden.* Nur mit meinem Gedanken einer *Vermögensabgabe in natura* kann auch er, wie es scheint, sich nicht recht befreunden. Gerade dies ist jedoch der entscheidende Punkt. Solange wir uns nicht vom rein geldwirtschaftlichen Denken befreien, werden wir auch über die individualistische und kapitalistische Wirtschaft nicht hinwegkommen. Die Geld= und Kreditwirtschaft muß in weitem Umfang durch *Naturalwirtschaft auf ganz neuen Grundlagen* ersetzt werden, soll ein Anfang mit der sozialistischen Produktions= und Verteilungsweise gemacht werden können. Der unvermeidliche erste Schritt auf diesem Wege wäre aber Naturalabgabe. Sie allein gestattet Vermögensteuern in einer Höhe zur Durchführung zu bringen, die zugleich weitgehende Sozialisierung der Wirtschaft ermöglicht.

Den Beweis hierfür habe ich schon in meinem Buch „Staatssozialismus oder Staatskapitalismus" zu liefern versucht. Besonders soweit die allgemeine theoretische Begründung in Betracht kommt, soweit es sich darum handelt, *die finanzsoziologische Bedingtheit der Funktion wie Struktur des Staates und*

der Gesellschaft überhaupt aufzudecken. Nach dieser Richtung — wie übrigens auch wegen zahlreicher wichtiger Einzelbemerkungen über das Prinzip der naturalen Vermögensabgabe und seine politische Bedeutung — ist meine frühere Publikation deshalb als unentbehrliche Ergänzung der jetzigen Arbeit heranzuziehen. Die vorliegende Schrift dient vor allem dem Zweck, zu zeigen, daß der praktischen Durchführbarkeit meines Programms keineswegs unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen. Und ebenso bin ich darin bemüht, den Veränderungen Rechnung zu tragen, die sich in den letzten zwei Jahren vollzogen haben. Selbstverständlich gehe ich jetzt weit über das hinaus, was ich seinerzeit forderte. Aber schon damals betonte ich, daß je länger der Krieg dauert, naturgemäß der Besitz um so größere Opfer werde auf sich nehmen müssen, um das Gemeinwesen vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Heute steht für die besiegten Länder jedenfalls die Situation schon so, daß der Bestand des Staates nur noch gesichert zu werden vermag, wenn die Privatwirtschaft zum großen Teile preisgegeben wird. Sogar einsichtige bürgerliche Nationalökonomen verschließen sich dieser Erkenntnis nicht mehr. So gelangte z. B. kürzlich auch Lujo Brentano zu dem Schluß, daß teilweise Sozialisierung der Wirtschaft nun bereits eine Staatsnotwendigkeit darstellt, und das einzige Mittel, um diese auf solider Basis zu verwirklichen, erblickt er, genau wie ich, in einer einmaligen naturalen Vermögensabgabe. Freilich, was die Höhe dieser anlangt, geht er, angesichts des Umfangs, den unsere Verschuldung inzwischen erreicht hat, nicht weit genug, und glaubt darum mehr von der Privatwirtschaft retten zu können, als heute noch möglich ist. Das Wesentliche ist aber, daß er das Prinzip der Naturalabgabe akzeptiert. Denn ist man mit diesem erst einverstanden, dann ist das Ausmaß, in dem man mit ihrer Hilfe die Umwandlung der individualistischen Wirtschaft in Gemeinwirtschaft in die Wege leiten will, lediglich eine produktionstechnische Frage. Liegt doch das Besondere an der naturalen Vermögensabgabe darin, daß sie die relativ geringste Rücksicht auf die bestehende Eigentumsverteilung zu nehmen braucht, daß sie, ohne eine Erschütterung des Wirtschaftslebens befürchten zu müssen, die auf dem Privateigentum beruhende Gesellschaftsordnung innerhalb der weitesten Grenzen umzugestalten imstande ist. Die Bestimmung dieser

Grenzen selber hängt nur davon ab, welche Erwartungen man an die Gemeinwirtschaft knüpft, auf welchen Gebieten man die heutige Wirtschaft schon für gänzlich oder wenigstens für teilweise sozialisierbar ansieht.

Vergegenwärtigt man sich nun, welch ungeheure Steigerung der Erträge bei systematisch ausgebauter Gemeinwirtschaft ein so außerordentlich sachkundiger Beurteiler, wie Karl Ballod, in seinem Buch „Der Zukunftsstaat" auf Grund genauester statistischer Durchrechnung für keineswegs übertrieben hält, daß er mit größter Entschiedenheit der Überzeugung Ausdruck gibt, bei Anwendung der modernsten Produktionsmethoden und sorgsamster Rationalisierung der Arbeit, würde nach Überwindung der ersten Übergangsschwierigkeiten schon eine allgemeine Arbeitspflicht von durchschnittlich 5—6 Jahren genügen, um allen Menschen zeitlebens eine Existenz zu ermöglichen, die erheblich über die elenden Daseinsbedingungen hinausgeht, welche den Massen in der heutigen privatwirtschaftlichen Ausbeutungsgesellschaft auferlegt sind — so bekommt man ein ganz anderes Bild des wahren Verhältnisses zwischen Utopie und Wirklichkeit, als jenes, das die reaktionären Schulmeinungen uns vorzutäuschen suchen.

Die individualistische Wirtschaft rühmt sich der Riesenleistungen, die sie zuwege brachte. Sie vergißt nur, daneben zu stellen, mit welchen enormen Opfern an Menschenleben, Menschenglück und menschlicher Gesundheit ihre Errungenschaften bezahlt werden mußten. Und sie vergißt geflissentlich noch weit mehr, nämlich dies, daß sie das Elend der überwiegenden Mehrheit stets als naturgesetzliche Notwendigkeit bezeichnete. Ja, hat sie sich damit nicht schon im Frieden für bankerott erklärt, also unter Verhältnissen, hinsichtlich derer nach den Erfahrungen dieses Krieges niemand mehr daran zweifeln kann, daß all die Qual und Verzweiflung, die man tatlos duldete, nur das Produkt der Unzulänglichkeit unserer gesellschaftlichen Einrichtungen war? Und derselben individualistischen Wirtschaft, die schon im größten Überfluß so gründlich versagte, sollen wir nun neuerlich vertrauen, wo äußerste Knappheit an allem und jedem uns zwingt, ökonomischer mit dem Vorhandenen umzugehen, als je vorher!

Welch Geschrei erhob sich früher, wenn für die produktivsten Zwecke die bescheidensten Anleihen aufgenommen werden sollten.

Immer hieß es da, hierfür reichten unsere Mittel nicht aus. Zahllose Menschen ließ man lieber zugrunde gehen, ehe man sich entschloß, dem Staat ein paar Millionen für die brennendsten Kulturnotwendigkeiten vorzustrecken. Jetzt im Krieg aber trug man plötzlich nicht die geringsten Bedenken, öffentliche Kredite von vielen Milliarden mit einem Federstrich zu bewilligen — nur weil sie zur unproduktivsten Verwendung bestimmt waren. Dafür hatte man also mit einem Male grenzenlose Mittel, ja bei diesen Ausgaben wetteiferten die angesehensten Theoretiker und Praktiker der Volkswirtschaft sogar, zu beteuern, wir seien reich und stark genug, auch noch weit schwerere Lasten zu tragen.

Und Führern, die sich in so unerhörter Weise selbst Lügen straften, die heute das leidenschaftlich vertraten, was sie gestern noch erbittert bestritten, die uns im Krieg nicht minder ins Verderben stürzten, als sie uns im Frieden bei vollen Schüsseln verhungern ließen, denen sollten wir jetzt, wo vielleicht die letzte Stunde zur Rettung gegeben ist, noch einmal folgen, die sollen es wagen dürfen, sich neuerlich als Autoritäten aufzuspielen, wenn über das die Entscheidung zu fallen hat, was nun möglich oder geboten ist? Nicht das Geringste müßten wir aus dem Krieg gelernt haben, wenn wir wieder auf sie hören wollten! Wann haben sie je das, was nur irgendwie die Interessen des Großkapitals zu beeinträchtigen drohte, nicht als utopisch oder dilettantisch verhöhnt, mochte auch davon, daß man es ernst nahm, das Schicksal Hunderttausender abhängen, wann blickten sie nicht mit namenloser Verachtung auf die naiven Weltverbesserer herab, die sich bestrebten, die Mühseligen und Beladenen aus ihrer menschenunwürdigen Lage zu befreien. Kühl bis ans Herz hinan standen sie der Fülle entsetzlichen Jammers gegenüber — Schimpf und Kerker empfahlen sie für die Frevler, die an ihrer Weisheit zu zweifeln wagten.

Doch trotz der nun vollends enthüllten Erbärmlichkeit ihres Verhaltens — jetzt, wo alles zusammengebrochen ist, was sie verherrlichten, wo die Wunderwerke, die der Segen von Wissenschaft und Technik aufrichtete, durch den Fluch ihres Mißbrauches derselben Wissenschaft und Technik niedergerissen wurde, kann man sie abermals munter an der Arbeit sehen, unser Unglück zu verschärfen und zu verewigen. Statt sich ins letzte Mauseloch verkriechen zu müssen, dürfen sie ihre Schande weiter ungestraft offen spazieren führen!

Wahrlich, so staunenswert es ist, noch immer bäumt sich nicht genug Entrüstung in der Welt auf, noch immer haben wir unser Sklavenjoch nur äußerlich gesprengt, aber nicht die Fesseln zerrissen, die den Geist binden. Lediglich der materielle Gewaltapparat ist zerbrochen, dem weit gefährlicheren ideologischen sind wir trotz Revolution und Republik nach wie vor untertan. In den ältesten Vorurteilen hält man uns gefangen, mit den fadenscheinigsten Argumenten sucht man unsere Tatkraft zu lähmen, die plumpsten Kunstgriffe wendet man an, um uns vom richtigen Weg abzudrängen — und siehe da, es gelingt, wir lassen uns betören, unser schwacher Intellekt verdirbt, was unser starker Wille schuf.

Jahrelang kämpften wir für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Gemeinwirtschaft hieß das große Losungswort, das uns die Kraft gab, den blutigsten Verfolgungen zu trotzen, und nun kommt der heiß ersehnte Tag, wo uns endlich die Macht zufällt — und Wunder über Wunder, es genügt das wohlbekannte geringschätzige Lächeln der berühmten Fachleute, damit mit einem Male die angeborene Farbe der Entschließung von des Gedankens Blässe angekränkelt wird. Man braucht uns, wenn wir energisch die Verwirklichung unseres stets so unbeugsam verfochtenen Programms verlangen, nur zu sagen: Wie stellen Sie sich das eigentlich vor? Das ist doch überaus schwierig! — und Zaudern befällt uns und schon sind wir bereit, die mutige Ausdauer, die wir im härtesten Kampf aufbrachten, zu lammsfrommer Geduld entarten zu lassen. Welch albernes Schlagwort: Wie stellen Sie sich das eigentlich vor? Das ist doch ungemein schwierig! Ja war der Krieg vielleicht ein Kinderspiel? Und trotzdem haben wir ihn vier Jahre lang geführt, mit fanatischer Zähigkeit fortgesetzt, bis wir an Erschöpfung zusammenbrachen. Warum haben, wenn es galt, einen Krieg vorzubereiten, die hochweisen Fachleute nicht gesagt: an Derartiges darf man nicht denken, das ist viel zu schwierig! Und wenn ein Ingenieur einen Bahnbau vorschlägt, wo es zahllose allerkomplizierteste Probleme zu lösen gilt, fällt es irgend jemandem ein, ihn mit der dummen Frage zu behelligen: Wie stellen Sie sich das eigentlich vor? Das würde unzählige Teiloperationen erfordern, da wäre eine Fülle von Detailplänen, ein Heer von Beamten und Arbeitern nötig! Keineswegs. Nur wo es sich um großzügige Schöpfungen sozialer Tech=

nik handelt, da ist man immer gleich mit dieser lächerlichen Phrase zur Stelle, da reicht es aus, zu sagen, zu Experimenten ist die Situation zu ernst, um schon alle diejenigen als Phantasten brandmarken zu dürfen, die gerade wegen des Ernstes der Situation ausreichenden sozialen Wagemut verlangen.

Es ist geradezu unglaublich, mit wie offensichtlich unhaltbaren Argumenten man jetzt mit Erfolg die Beschleunigung der Sozialisierung der Wirtschaft aufzuhalten imstande ist. So z. B. indem man geltend macht, momentan, wo alle Produktion und aller Verkehr stockt, wo es an den nötigsten Betriebsmitteln fehlt, sei doch der ungeeignetste Moment zur Sozialisierung der Wirtschaft. Herrschte umgekehrt Hochkonjunktur, würde man zweifellos erklären: man darf doch nicht mit Experimenten kommen, während alles im besten Gange ist. Gegen das was man nicht will, findet man eben immer leicht Gründe. Und jedenfalls ist es offenbar, daß in einer Zeit, wo der Betrieb herabgesetzt ist und wo eine tiefgreifende Umstellung der Wirtschaft unter allen Umständen unvermeidlich erscheint, die Umwandlung der individualistischen in die sozialistische Wirtschaft noch am ehesten durchzuführen wäre.

Nicht ernster zu nehmen ist der Einwand: Augenblicklich käme es nicht auf Privat- oder Gemeinwirtschaft an, sondern auf die Hebung der Produktivität; sänken allenthalben die Erträge der Arbeit, so wäre niemandem damit gedient! Worum dreht sich denn aber jetzt überall der mit so maßloser Erbitterung geführte Kampf? Doch in erster Linie um die Vergesellschaftung der Wirtschaft! Die Empörung darüber, daß mit dieser nicht begonnen wird, daß das Großkapital sich gegen diese leidenschaftlichste Forderung des Tages so hartnäckig zur Wehre setzen kann, ist es, die an allen Ecken und Enden zu Streiks drängt, das ganze Land in Gährung bringt, das Wirtschaftsleben mit den gefährlichsten Erschütterungen bedroht, die Erträge aufs nachhaltigtse beeinträchtigt.

Aber, wirft man ein, ist es nicht direkter Wahnsinn zu fordern, die Wirtschaft möge von heute auf morgen sozialisiert werden, es muß doch zumindestens erst aufs sorgsamste geprüft werden, welche Zweige bereits reif zur Sozialisierung sind! Darauf ist zu erwidern: Kein Mensch verlangt Wunder. So töricht ist niemand, daß er sich vorstellt, über Nacht könnten die bestehenden kapitalistischen Betriebe fix und fertig in sozialistische umgewandelt werden.

Gewiß, eine gründliche Vorbereitung für dieses Riesenwerk ist unerläßlich. Nur müßte man den Eindruck haben, daß man es auch tatsächlich ernsthaft und im ganzen möglichen Umfang in Angriff zu nehmen gedenkt, man müßte sehen, daß die Vorbereitungen hierfür mit derselben Kraft und Entschlossenheit getroffen werden, wie im Krieg bei Offensiven.

Mit der Vorbereitung einer derartigen Offensive gegen die Privateigentumsordnung und die kapitalistische Wirtschaft sieht es jedoch mehr als kläglich aus. Günstigstenfalls hört man von Enqueten, und auch diese lassen befriedigende Ergebnisse vermissen. Man frägt bei ihnen weit mehr, inwieweit die Betriebe reif zur Sozialisierung sind, als daß man sich in gründlichster Weise die nicht minder wichtige Frage vorlegt, ob die Verhältnisse nicht bereits überreif sind, diesen heißesten Wunsch des arbeitenden Volkes zu erfüllen. Mit der Summe von Kräften, die im Kampf gegen die Beschleunigung der Sozialisierung aufgebraucht wurden, hätte man schon eine Fülle von Vorarbeit für sie leisten können und größere Verluste als die unzähligen Streiks, die immer wiederkehrenden blutigen Zusammenstöße, die die Enttäuschung über den langsamen Gang der Dinge auslöste, hätten sicherlich etliche überstürzte Maßregeln in der Richtung der Sozialisierung auch nicht zur Folge gehabt.

Was ist überdies schon alles an dringenden Vorkehrungen zur möglichst vollkommenen Erfassung des Volksvermögens für die große Kriegsabgabe versäumt worden, weil man die beste Zeit mit Hin- und Herreden vertrödelte, weil man sich aus übertriebenen Rücksichten nach allen Seiten immer wieder nur mit Flickwerk begnügte. Hätte man sich das ehrlich zu Herzen genommen, was ich bereits vor zwei Jahren in meinem Buch „Staatssozialismus oder Staatskapitalismus" zur Lösung des Staatsschuldenproblems vorschlug, ja hätte man auch nur einiges von dem ausgeführt, dessen schleunigste Inangriffnahme ich in der Enquete der Finanzkommission der Deutschösterreichischen Nationalversammlung, die Mitte November vorigen Jahres stattfand, aufs allerdringlichste forderte — wie sofortige Anlage eines die Eigentumsverteilung möglichst genau erfassenden Vermögenskatasters, auf den Namen des Inhabers lautende Registrierung aller Staatsanleihen, wie sämtlicher Wertpapiere in ein öffentliches Schuldbuch, in

das auch jeglicher Besitzwechsel eingetragen wird — wir ständen wirtschaftlich wie finanziell jetzt ganz anders da, verfügten über den zuverlässigsten Einblick in unsere gesamten Aktiven und Passiven, könnten, wenn wir wollten, heute schon mit der Durchführung der Vermögensabgabe beginnen. Man lese in den Protokollen dieser Enquete nach, wie nachdrücklich ich vor jeglicher Verschleppung dieser unaufschiebbaren Maßnahmen warnte, vergleiche damit die Einwände, die mir von den kapitalistischen Autoritäten entgegengehalten wurden und man wird sich ein Bild davon entwerfen können, was von denjenigen zu erwarten ist, die, mag es auch noch so sehr auf rasches und kraftvolles Handeln ankommen, nichts anderes zu empfehlen wissen, als sich von einer Halbheit in die andere zu flüchten.

Und solange man hinsichtlich Art und Höhe der Vermögensabgabe zu keinem festen und einheitlichen Entschluß gelangt, wird man sich auch in bezug auf die Sozialisierungsfrage zu keinem klaren und weit genug gehenden Programm aufzuraffen vermögen. Dies ist aber um so verhängnisvoller, weil die Entwicklung selber es ist, die unausweichlich zu einer Entscheidung drängt. Man verkennt das Bedrohliche der Situation, in der wir uns befinden, wenn man meint, die Alternative, vor der wir stehen, erlaube uns, zu wählen, ob wir geneigt sind, mit der Sozialisierung zu beginnen oder nicht. In Wirklichkeit haben sich die Verhältnisse bereits weit schärfer zugespitzt: Tatsächlich haben wir nur noch die Wahl zwischen Sozialisierung von oben oder Sozialisierung von unten. Wobei Sozialisierung von oben heute heißt: friedliche Sozialisierung durch die zur Macht gelangte Sozialdemokratie, während Sozialisierung von unten: gewaltsame Sozialisierung durch die fieberhaft erregten Massen bedeutet. Nach diesen zwei Richtungen haben wir nun die Entscheidung zu treffen und wer kann wissen, wie lange uns die Möglichkeit hierzu überhaupt noch offen bleibt.

Unter Sozialisierung der Wirtschaft ist aber dreierlei zu verstehen: Sozialisierung des Eigentums, Demokratisierung der Betriebe, Ökonomisierung des gesamten Produktions- und Zirkulationsprozesses. Diese drei Aufgaben stehen in engstem Zusammenhang miteinander. Jede einzelne ist um so besser zu erfüllen, je energischer alle zusammen

angefaßt werden. Die vorliegende Schrift gibt im Anschluß an mein früheres Buch die allgemeinsten Direktiven zur Inangriffnahme dieser Arbeit. Spezialuntersuchungen, die im Detail zeigen, wie man mit der Sozialisierung auf den verschiedensten Wirtschaftsgebieten vorzugehen hätte, wären sicherlich erwünscht. Sie werden aber nicht schwer auszuführen sein, nachdem nun der einheitliche Rahmen vorliegt. Das Gleiche gilt für alle Einzelheiten der Finanzpraxis, die in Frage kommen. Auch dem heutigen Stande der Steuertechnik kann man ruhig vertrauen; sie hat eine Höhe erreicht, daß an ihr die Durchführung des Gesamtplanes zweifellos am wenigsten scheitern wird. Die Art des Geistes, der sie beseelt, die Richtung des Willens, der sie innerviert, allein werden über ihr organisatorisches Leistungsvermögen entscheiden.

Ebenso braucht man nicht zu befürchten, daß die Größe der Opfer, die den Besitzenden zugemutet werden müssen, um dem öffentlichen Haushalt zu kaufmännisch soliden Grundlagen zu verhelfen, um den verschuldeten Steuerstaat in den repropriierten Wirtschaftsstaat umzuwandeln, sie wehrlos der Willkür der Behörden ausliefern. Ganz im Gegenteil! Eine je gründlichere Sanierungsaktion man in die Wege zu leiten sucht, mit desto wirksameren Mitteln wird man auch jeden Einzelnen gegen Übergriffe zu schützen vermögen, desto sorgsamer wird man die individuellen Rechte Aller wahren können. Nichts ist jedenfalls verwerflicher, als unausgesetzt über den Tiefstand der privaten Steuermoral empörteste Klage zu erheben und ihr durch drakonischste Strafbestimmungen aufhelfen zu wollen, solange die unerbittlich erpreßten Steuergelder in einer Weise gewissenlos zum Vorteil Einzelner vergeudet werden, die der öffentlichen Moral des Staates das denkbar schlechteste Zeugnis ausstellt. Der verhaßte fiskalische Steuerdruck, den wir heute allenthalben zu beobachten haben, ist so nichts anderes, als die notwendige Folge der durch und durch ungesunden und heuchlerischen Methoden, die man anwendet, um Ordnung in die Finanzen des Gemeinwesens zu bringen. Weil man nicht genug nimmt, nimmt man zu viel. Weil man Vorrechte und Sonderinteressen schonen will, geht man an den falschen Stellen mit übertriebener Rücksichtslosigkeit vor. Eines der beliebtesten Mittel in dieser Richtung ist unausgesetzte und unerbittliche Vexation des Mittelstandes. Indem man ihm zuerst zu Leibe rückt, rechnet

man darauf, daß er, in seinem Lebensnerv getroffen, das lauteste Geschrei erheben wird. Dieses macht sich dann das Großkapital zunutze, um sich in dem so entstehenden Lärm desto unauffälliger seinen elementarsten Pflichten entziehen zu können.

Mein Vorschlag ist darum in erster Linie bestrebt, jenen verwerflichen *Steuersadismus* zu vermeiden, zu dem sich vielfach leider auch die Sozialdemokratie verführen läßt. Ich bin keineswegs schon damit zufrieden, wenn den Besitzenden nur möglichst viel genommen wird; mir kommt es einzig und allein darauf an, daß so genommen wird, daß das Gemeinwesen ausreichend erstarkt, um sich dauernd aus der Schuldknechtschaft an das Großkapital befreien zu können. Ebenso bin ich mir klar darüber, daß ein Staat, der künftig für ein Budget von ungezählten Milliarden zu sorgen haben wird, nicht der alte eigentumsscheue und wirtschaftsfremde Staat zu bleiben vermag. Es ist unsinnig, weiter über *die Grenzen der Wirksamkeit des Staates* philosophieren zu wollen, wo er mit der riesenhaften Erweiterung seines Budgets vom bloßen *Gehäuse* der Wirtschaft zu deren mächtigsten *Motor* geworden ist. Unser Ruin wäre unabweisbar, wenn man den Staat wohl für ausreichend vertrauenswürdig hielte, um ihm zu gestatten, Schulden zu machen, die die Höhe des Volksvermögens übersteigen, ihm ebenso die weitestgehenden Rechte zur Verwaltung von Menschenleben gäbe und trotzdem fortführe, ihn für unfähig zu halten, jemals ordentlich wirtschaften zu lernen.

Gegen diese Verleumdung des Staates durch diejenigen, die sich stets stolz als die staatserhaltenden Klassen bezeichnen, muß vor allem die *Beamtenschaft* auf das energischste protestieren. Wen anders als sie setzt man denn herab, wenn man es vorzieht, lieber die breitesten Schichten der Bevölkerung dem grauenhaftesten Elend in der Privatwirtschaft auszuliefern, als daß man sich entschließt, mit dem Ausbau der Gemeinwirtschaft zu beginnen — nur weil angeblich der Staat nicht wirtschaften kann. Und ist *gründlichste Staatsentschuldung* nicht auch die unentbehrliche Voraussetzung für die so dringend gebotene *vollkommene Beamtenentschuldung*? An den Beamten in erster Linie ist es darum, den Kreisen, die in der verantwortungslosesten Weise die Wirtschaftskraft, wie das Wirtschaftprestige des Staates zu untergraben suchen, mit unverhohlener Deutlichkeit zu sagen, wem dort, wo der Staat bisher

unökonomisch wirtschaftete, die Schuld für dieses Versagen allein zukommt, und daß jedenfalls die Beamten ganz zu Unrecht zu so einem schlechten Ruf gelangten. Und überdies: Wird in der auf differenziertester provinzialer, kommunaler und genossenschaftlicher Selbstverwaltung aufgebauten Gemeinwirtschaft nicht jeder Einzelne mehr oder weniger zum öffentlichen Funktionär werden? Bedeutet es darum nicht eine Beleidigung des Volkes in seiner Gesamtheit, wenn stets das alte Lügenmärchen wiederholt wird, der Staat werde nie wirtschaften lernen?

Und wie haben denn die gewirtschaftet, die sich über das wirtschaftliche Leistungsvermögen des Staates so turmhoch erhaben fühlen? In Grund und Boden haben sie uns heruntergewirtschaftet, das bis zur äußersten Erschöpfung arbeitende Volk in eine hungernde und frierende Bettlermasse umgewandelt, seine sauer erworbenen Ersparnisse haben sie verpraßt und verpulvert, es zur Fortführung ihrer tollen Abenteurerpolitik seines armseligen Hausrats beraubt, und als Zahllose schließlich kein ganzes Hemd mehr am Leibe hatten, mußten sie den Herrschenden sogar noch ihr organisches Kapital vorstrecken, bloß damit nur ja das bis ins Innerste morsche traditionelle System nicht vorzeitig zusammenkracht. Und was ist jetzt, nachdem aller brutaler Krieg und alle rücksichtslose Ausbeutung die unvermeidliche Katastrophe nicht aufhalten konnte, ihre Devise? Sehen sie jetzt wenigstens zerknirscht ein, daß man vor allem dieses vorgestreckte organische Kapital zurückzahlen muß, und daß solange dies nicht möglich ist, jeglicher sonstiger Besitz mit seinen Forderungen zurückstehen muß? Keineswegs. Arbeiten und sparen! lautet noch immer ihre Parole für die maßlos geschwächten Proletariermassen, ihre egoistischen Besitzrechte scheinen ihnen wichtiger als die elementarsten Menschenrechte.

Wahrlich, wenig hat sich an der obersten Weisheit der herrschenden Klassen in den letzten zweitausend Jahren geändert. Hieß es früher: Arbeiten und beten! so ist man jetzt nur zur Mahnung: Arbeiten und Sparen! fortgeschritten. Entbehren sollst Du, sollst entbehren, das ist ihr ewiger Gesang! Nach wie vor erschöpft alle Ordnung sich für sie einzig und allein im Schutz des Privateigentums. Für die Heiligkeit des öffentlichen Eigentums hingegen haben sie keinerlei Gefühl.

Auf die Schaffung realen öffentlichen Eigentums wollen sie darum auch nicht hinwirken. Ruhig haben sie zugesehen, als Jahrhunderte hindurch das Volksvermögen in der gewissenlosesten Weise verschleudert wurde — solange nur sie sich dabei bereichern konnten. Und im jetzigen Krieg feierte diese volksfeindliche Gesinnung Orgien. Lediglich um diese Mißwirtschaft weiter treiben zu können, sucht man den Staat daran zu hindern, zu Besitz zu gelangen und ordentlich wirtschaften zu lernen, kämpft man für nichts leidenschaftlicher als dafür, daß dem Staatsschuldenproblem eine kapitalistische statt einer sozialistischen Lösung zuteil wird.

Geschähe dies aber, dann wären wir um die wertvollsten Früchte der Revolution gebracht, müßten jede Hoffnung darauf aufgeben, daß völliger Umbau des Gemeinwesens auch die Wirtschaft zu neuer Blüte bringt. Unser gesamtes Schicksal: Die Wiederbelebung der Produktion ebenso wie die Regelung der Konsumtion, die erleichterte Umsetzung von Geld in Ware ebenso wie die beschleunigte Minderung der Massenarbeitslosigkeit, die Hebung der Produktivität der Arbeit und ihre menschenökonomische Rationalisierung, wie die Vermehrung der Erzeugung jener Güter, auf die es im Interesse verbesserter Lebenshaltung der Bevölkerung in erster Linie ankommt, gesicherter internationaler Güteraustausch, wie Ordnung unseres Geldwesens — all das hängt jetzt von zentraler Erfassung und zentraler Verwertung der verfügbaren materiellen und organischen Kraftquellen ab, die nur umfassende Sozialisierung der Wirtschaft, gründliche Umwandlung der bestehenden privaten Eigentumsordnung durch eine sehr hohe einmalige Vermögensabgabe in natura zu bewerkstelligen vermöchte. Alles was in dieser Hinsicht bloß abstrakte Theorie zu sein scheint, entscheidet so unmittelbar über Leben und Tod von Millionen.

Nur der repropriierte Wirtschaftsstaat ist auch imstande, eine wirklich gerechte allgemeine Arbeitspflicht einzuführen, weil bloß er sie mit allgemeiner Nährpflicht verbinden könnte, die Jedem lebenslängliche Existenzsicherung als Entgelt für die der Gesellschaft dargebrachten Opfer an individueller Freiheit gewährt. Desgleichen verfügt lediglich ein Gemeinwesen, das in den Besitz des den unentbehrlichen Bedarf garantierenden Naturalvermögens gelangt, über eine ausreichende materielle Deckung seiner Anleihen und Noten, ist für die Güte der

ersteren nicht mehr zuvörderst auf Steuern, für die der letzteren nicht mehr auf seine Golddeckung allein angewiesen. Mit Erfolg kann es an den Abbau der Preise schreiten und je mehr ihm dies durch gleichzeitige Milderung der Knappheit der dringlichsten Bedarfsgüter gelingt, auch der Arbeitslosigkeit mit um so günstigeren Resultaten entgegenwirken, weil im selben Maße, als Not und Teuerung sich vermindern, die Frauen aus den Berufen zurückströmen, sich wieder zahlreicher der Familie widmen können und damit der Gesellschaft eine Fülle von Ausgaben ersparen, die aus gesteigerter Krankheitshäufigkeit, erhöhter Sterblichkeit, vermehrtem Kinderelend, ungeheurer Jugendverwahrlosung und sinkenden Geburtsziffern erwachsen.

Mit einem Male wird mithin Menschenökonomie in allen ihren so mannigfach verästelten Zweigen möglich — als generative Ökonomie, als Ökonomie der verschiedenen Lebensalter, als Ökonomie der einzelnen Berufsschichten, als Ökonomie der Stadt- und Landbevölkerung, als Ökonomie des ehelichen wie des unehelichen Nachwuchses, als Ökonomie der Frauen und Mütter, mit denen die bisherige Wirtschaft den grauenhaftesten Mißbrauch trieb, kurzum als Familienökonomie im größten Stile. Der Krieg hat zum fürchterlichsten Zusammenbruch geführt, weil wir Unmögliches wollten; soll jetzt noch entsetzlicheres Unglück über uns hereinbrechen, weil wir wahnwitzig genug sind, das Mögliche nicht zu wollen? Wir gerieten ins Verderben, weil wir uns mehr zutrauten, als wir selbst bei äußerster Anspannung zu leisten vermochten; nun schwebt das Verhängnis über uns, daß wir schwersten Schaden nehmen, weil wir unsere Situation zu hoffnungslos beurteilen.

Gesetzt den Fall, unser naturaler Nationalreichtum habe sich durch alle Kriegszerstörung sogar um 20—30 Prozent verringert — ist es angesichts dessen, daß wir früher so schlecht wirtschafteten, mit unserem Überfluß so verschwenderisch verfuhren, nicht absolut sicher, daß, wenn wir mit den Güterquellen und Menschenleben erst aufs gewissenhafteste sparen lernen, wir aus dem, was uns geblieben ist, so viel mehr herauszuholen vermögen, um nach einer relativ kurzen harten Übergangszeit, sehr wohl den Entgang voll ausgleichen, ja im Verlauf sogar überkompensieren zu können? Es ist keine Frage — unsere ehemalige Verschwendung bildet ein Reservoir von nicht leicht zu überschätzender

Ergiebigkeit, aus dem wir jetzt in unserer Not zur Beschleunigung unserer Retablierung und Regeneration schöpfen können.

Wie viel wurde früher geboren, was von vornherein dem Untergang geweiht war, wie viele starben mitten in ihrer besten Schaffenskraft, weil sie ihren Organismus vorzeitig in Überarbeit und Unterernährung abnützen mußten, zu welcher Fülle überflüssigen Leidens und überflüssigen Kampfes war die Mehrheit der Menschen bisher verurteilt, welchen Riesenumfang hatte die Produktion unproduktiver Werte, was für ein Schundprodukt Mensch wurde in Massen erzeugt, in Waren von wie untergeordneter Bedeutung mußten die Menschen sich im Arbeitsprozeß umwandeln, welcher Material= und Kraftverschleuderung, welcher sinnlosen Verprassung von edelstem Volksgut machten wir uns schuldig — und angesichts alles dessen sollten wir nicht annehmen dürfen, künftig bei sozial geregelter ehrlicher Wirtschaft, die 20 — 30 Prozent, um die sich hochgerechnet unser Fundus verringerte oder verschlechterte, wieder hereinbringen zu können?

Einzig und allein unser falsches geldwirtschaftliches Denken ist es, das uns blind macht für unsere wahre sachwirtschaftliche Lage, das uns nicht erkennen läßt, was eigentlich der tiefste Sinn der geradezu grotesken Erscheinung darstellt, daß wir, zur selben Zeit, wo wir bis über die Ohren in Schulden stecken, zugleich in einem Maße in Geld schwimmen, wie nie zuvor. So sehr, daß man schon nicht mehr recht weiß, ob es genau genommen eine Rolle spielt, wenn wir noch eine Milliarde mehr ausgeben oder nicht. Es geht uns beinahe wie dem Abenteurer am Roulettetisch in Monte Carlo, der weder, wenn er im Gewinn, noch wenn er im Verlust ist, Veranlassung zur Sparsamkeit hat, weil es auf etwas mehr oder weniger bei der Größe seiner Umsätze doch nicht ankommt.

Aus diesen durchaus ungesunden Verhältnissen müssen wir heraus! Mein Programm zeigt einen gangbaren Weg. So radikal es manchem auf den ersten Blick erscheinen mag, bei näherem Zusehen wird jeder Einsichtige sich davon überzeugen, daß es das Minimum dessen fordert, was unter den obwaltenden Umständen unabweisbar ist. Schon weil es nicht mehr an Vermögensabgaben und an Sozialisierung der Wirtschaft verlangt, als die Konsolidierung des Staats= und Volkshaushaltes unbedingt

erheischt, und es so nur die Konsequenzen aus der durch den Krieg selber vollzogenen Revolutionierung der Dinge zieht. Man kann mir darum weit eher vorwerfen, daß ich zu zahm, als daß ich zu stürmisch vorgehen will.

Wem das schon zu viel ist, was ich als unerläßlich bezeichne, der hat kein Gefühl für die Stärke der Triebkräfte der Geschichte. Noch immer hat sich in bewegten Zeiten erwiesen, daß das als utopisch Gebrandmarkte nur den einen Fehler hatte, das ganze Ausmaß der Möglichkeiten nicht voll auszuschöpfen. Trotzdem bin ich freilich der Meinung, daß mit friedlichen Mitteln im Augenblick kaum erheblich Größeres zu erreichen wäre, als ich zunächst in Aussicht nehme. Jeder Schritt weiter läge jedenfalls nicht mehr auf der Linie der bereits durch die Dinge selber vorgezeichneten Entwicklung, sondern benötigte den Appell an die Gewalt zu seiner Durchsetzung. Und darin liegt eben das Charakteristische meines Entwirrungsplanes, daß er aufs genaueste abzustecken sucht, was unter Vermeidung von mit ungeheuerlichster Zerstörung verknüpften Gewaltakten im gegenwärtigen Zeitpunkt erreichbar wäre.

Aber auch darüber mache man sich keine Illusionen: Revolutionäre Spannungen entstehen nicht nur, wenn man die natürliche Entwicklung gewaltsam zu überstürzen trachtet, sondern ebenso, wenn man sie künstlich aufzuhalten bemüht ist. Die Bourgeoisie hüte sich deshalb, durch geistige Sabotage die geordnete allmähliche Umwandlung der Privatwirtschaft in Gemeinwirtschaft zu hindern. Sie würde damit nur die trostlosesten Verhältnisse heraufbeschwören, die vor allem ihre eigene Lage ganz wesentlich verschlimmerten. Wären für sie doch selbst die tiefsteinschneidenden Vermögensabgaben, verbunden mit weitestgehender Vergesellschaftung der Wirtschaft immer noch erheblich leichter zu ertragen, als Sozialisierung unter vollkommener Aufhebung des Privateigentums. Und wer verbürgt den Besitzenden denn, daß es nicht dazu kommt, wenn sie sich auch gegen im Vergleich damit relativ bescheidene Forderungen aufs heftigste zur Wehre setzen? Stellt es etwa ein Naturgesetz dar, daß große Vermögensgegensätze allezeit fortbestehen müssen oder daß unmöglich eines Tages diejenigen das Übergewicht erhalten könnten, die für Enteignung ohne jegliche Ablösung sind? Ganz im Gegenteil! Die auf letzteres gerich=

teten Strömungen werden um so stärker anwachsen, je offensichtlicher es wird, daß die Bourgeoisie die Sanierung der Staatsfinanzen nur insoweit und in solchem Tempo wünscht, als das Kapital zur Befriedigung seiner Gläubigeransprüche, an der Entschuldung des Gemeinwesens mitinteressiert ist, ja die vielfach sogar so kurzsichtig ist, nicht einmal die Opfer rasch genug bringen zu wollen, die hierfür unerläßlich sind. Der Bankerott unserer Valuta, in dem wir schon mitten drin stehen, ist der untrüglichste Beweis dieser ahnungslosen Leichtfertigkeit.

Am allerwenigsten dürfen aber wir Sozialdemokraten uns durch die falschen Ratschläge der Bourgeoisie zu einer Zauderpolitik verführen lassen, die in gleicher Weise unserer Vergangenheit widerspräche, wie sie unsere Zukunft in Frage stellte. Wohl muß die Sozialdemokratie sich jetzt, wo sie zur Macht gelangt ist, aus einer Partei des Kampfes in eine Partei des Aufbaues umbilden, womit naturgemäß mannigfache Veränderungen ihrer bisherigen Taktik verbunden sind. Und auch dies ist unter den gegebenen Bedingungen unvermeidlich, daß sie in bezug auf eine ganze Reihe ihrer Versprechungen zur Geduld zu mahnen genötigt ist. Aber keinesfalls dürfen wir uns hierdurch bewogen fühlen, nun, wo die Stunde des lange vorausgesagten großen Kladderadatsch für den Kapitalismus gekommen ist, das Stürzende halten zu wollen — aus prinzipienlos opportunistischer Realpolitik oder gar weil die höchst unzeitgemäße Sorge uns bedrückt, ob der Sozialismus auch wirklich schon reif sei, das Erbe der kapitalistischen Gesellschaft anzutreten.

Soll sich die tragische Satyre ereignen, daß in der Situation, in der alles darauf hindrängt, den Kapitalismus tatsächlich zu seinem eigenen Totengräber werden zu lassen, gerade die Sozialdemokratie es ist, die ihn künstlich wieder zu neuem Leben zu erwecken sucht? Und verfährt sie etwa anders, wo sie sich mit ihren gefährlichsten Feinden zusammenschließt, nur um denen ihre gesamte Kraft entgegenwerfen zu können, die sofortige Vergesellschaftung der Produktionsmittel, restlose Aufhebung des Privateigentums fordern? Mag sie dies befremdende Verhalten auch damit begründen, daß sie erklärt: mit gewaltsamem Umsturz wolle sie nichts gemein haben — so ist doch nicht einmal ein Schein des Rechts auf ihrer

Seite, sobald sie sich mit der gleichen Entschiedenheit gegen jene wendet, die bereit sind, sich zunächst mit weitgehender *partieller* Sozialisierung des Besitzes und der Wirtschaft zu begnügen. Und aufs unerhörteste versündigt sie sich an ihrer Aufgabe, wenn sie diesen in bloßem Wortradikalismus vorhält, *innerhalb des heutigen Staates* könne man mit der Sozialisierung gar nicht vorsichtig genug vorgehen, solle man nicht zu Halbheiten gelangen, die dem wahren Geist des Sozialismus widersprechen.

Heißt das nicht, sich eine Ideologie zurechtlegen, die nur der Überbau erschlaffter Tatkraft ist, welche es bald unter dem Vorwand ,daß zuviel, bald unter dem, daß zu wenig verlangt werde, vorzieht alles beim Alten zu lassen? Diese beiden Spielarten der Passivität sind leider in der gegenwärtigen Sozialdemokratie in verschiedenster Nuancierung vertreten und dieser unglückseligen Konstellation ist es zuzuschreiben, wenn das Gesamtergebnis ihrer Politik momentan ein rein negatives ist. Statt daß die Sozialdemokratie mit *positiven* praktischen Vorschlägen zur Lösung des Staatsschuldenproblems vorangegangen wäre, hat sie die längste Zeit diese Sorge den Bürgerlichen überlassen und sich in der Hauptsache auf *die alte Methode der Propagierung direkter Steuern zur Abwehr indirekter* beschränkt. Aber wie weit überholt ist diese Gestaltung der Kampffront durch die im Krieg entstandene vollkommene Umschichtung der innersten Struktur des Staatshaushaltes, wie des ganzen Gefüges der Wirtschafts- und Eigentumsordnung!

Unwiederbringliches wurde versäumt, weil man nicht schon längst die Durchführungsmodalitäten der Vermögensabgabe in den Mittelpunkt des politischen Kampfes stellte, nicht jede einzelne Regierungsmaßnahme vor allem unter Hinblick auf deren erfolgreichste Vorbereitung beurteilte und beantwortete. Nur allzu Recht habe ich leider mit meiner Warnung behalten, daß die Sozialdemokratie Gefahr läuft, *wirtschaftlich ebenso ungerüstet in den Frieden* einzugehen, wie sie *politisch ungerüstet in den Krieg* gestürzt wurde. Und auch jetzt noch wird fortgesetzt der unverzeihliche Fehler begangen, daß man der Frage der Sozialisierung weit mehr Aufmerksamkeit zuwendet, als der Frage, was im Interesse der schleunigsten Inangriffnahme der Vermögensabgabe zu geschehen hätte, in welcher Höhe und unter welchen

Bedingungen sie zur Anwendung gelangen müßte, damit die unabweisbaren Voraussetzungen für die Verwirklichung umfassender Sozialisierung der Wirtschaft, wie des Eigentums geschaffen wären. Man sieht bestenfalls ein, ohne radikale einmalige Vermögensabgabe ist selbst partielle Sozialisierung nicht möglich, beschäftigt sich aber trotzdem ausschließlich mit dem Problem der Sozialisierung, mit der Untersuchung, welche Wirtschaftszweige bereits reif für die Vergesellschaftung sind, während man das zumindestens ebenso wichtige und zweifellos viel brennendere Problem der Technik der Vermögensabgabe beinahe vollends außer acht läßt.

Ja vielfach ist man nur deshalb so zaghaft hinsichtlich des Ausmaßes der Sozialisierungsmöglichkeiten, weil man das Problem der Vermögensabgabe nicht zu Ende gedacht hat und so keine Vorstellung von seiner ungeheuren Bedeutung für unser ganzes künftiges Schicksal besitzt. Zeigt sich die Sozialdemokratie der Bourgeoisie gegenüber in diesem Kardinalpunkt nachgiebig, duldet sie in bezug hierauf deren so überaus geschickt angelegte Verschleppungsmanöver, macht sie ihr in dieser alles entscheidenden Frage Konzessionen, nur um unter allen Bedingungen an der Regierung teilnehmen zu können, so gibt sie ihre Opposition vorzeitig auf, sucht sie unreife Früchte zu ernten. So schwere Verantwortung wir Sozialdemokraten auf uns laden, wenn wir den Bogen überspannen — wir übernehmen kein geringeres Maß von Verantwortung vor der Geschichte, wenn wir die Sehne zu schlaff werden lassen und das Proletariat auf diese Weise seiner wirksamsten Waffe berauben.

Der Moment ist gekommen, wo die Wege von Staat und Kapital sich definitiv scheiden müssen. Wie die bürgerliche Gesellschaft es ist, die diesen Krieg verschuldete, so ist sie es auch, die ihn verloren hat. Man kann der Bourgeoisie, um die Kontinuität der Entwicklung nicht zu beeinträchtigen, den Übergang in das ungewohnte Neue erleichtern; aber sie muß dann ihre Herrschaftsstellung freiwillig räumen, statt die Sozialdemokratie zu Kompromissen drängen zu wollen, die für diese ebenso verhängnisvoll wären, wie für sie selber. Noch hat es die Bourgeoisie vielleicht in der Hand, indem sie sich mit dem Unerläßlichen abfindet, die schrankenlose Diktatur des Pro-

letariats zu vermeiden. Ist sie hingegen weiter unablässig bemüht, die Verhältnisse zu vergewaltigen, so wird keine Macht der Welt sie vor Vergewaltigung bewahren können. Revolutionen werden nicht gemacht, sie brechen aus, wie Elementarkräfte der Natur. Die Dinge entwickeln ihre eigene unerbittliche Logik, wenn die Logik des menschlichen Denkens versagt.

Der lebendige Ausdruck dieser alles überwältigenden Logik der Dinge ist das Gespenst des Bolschewismus, das sich in der in Auflösung begriffenen bürgerlichen Gesellschaft erhebt. Es ist die Gewalt als Antwort auf die Gewalt und stellt darum das naturgemäße Produkt der innern wie der äußeren Politik dar, die augenblicklich noch das Übergewicht hat. Der Bolschewismus läßt sich weder mit Mitteln der Überredung, noch mit Mitteln des Zwanges bannen. Solange die herrschenden Klassen den Unterdrückten ihr volles Recht vorenthalten, solange die siegenden Völker den Besiegten den Fuß auf den Nacken setzen wollen, wird der Bolschewismus weiter drohend anwachsen. Soll nicht er schließlich die Welt erst aus den Fugen reißen müssen, bevor sie wieder eingerenkt zu werden vermag, so können uns vor einer derartigen neuen Katastrophe nur diejenigen Schichten bewahren, die, weil sie bisher das Ganze der Wirtschaft in der Hand hatten, auch jetzt allerorten noch in weitgehendem Maße imstande sind, die durch die Verhältnisse unweigerlich gebotenen Wandlungen sowohl erheblich zu erleichtern wie zu erschweren.

Der Bolschewismus ist nur das Widerspiel von Kapitalismus und Imperialismus. Er wird innerpolitisch um so weniger Boden finden, je mehr der Kapitalismus zurückgedrängt wird, aus der äußeren Politik nicht stets von neuem Kraft ziehen, auf je stärkeren Widerstand der Imperialismus stößt, besonders dort, wo er mit exorbitanten Kriegsentschädigungsforderungen das Ausbeutungsverhältnis in der Welt verewigen will. Jedes friedliche Sanierungsprogramm wäre von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt, wenn die einen Völker zur Sklavenarbeit für die andern verdammt werden sollten und so künftig die Gläubigerstaaten den Schuldnerstaaten gegenüber zu einer ähnlichen Herrschaftsstellung aufstiegen, als sie früher die besitzenden Klassen den besitzlosen gegenüber inne hatten

Nun steht uns freilich im Augenblick keinerlei direkter Einfluß auf den Ententeimperialismus zu, wohl aber ein um so

größerer indirekter. Gelingt es uns, im eigenen Land den Sozialismus zu verwirklichen, so werden sich auch in allen andern Ländern die Völker auf das stürmischste gegen den Kapitalismus erheben, womit zugleich der imperialistische Traum ausgeträumt wäre. Ist es denkbar, daß Völker von vielen Millionen, die sich Freiheit und Gemeineigentum erkämpft haben, fremde Völker als Schwitzmeister und Hetzvögte über sich dulden, ja werden diese selber sich zu einer so erniedrigenden Rolle hergeben, wenn sie erst erkannt haben, daß ihnen auch die rücksichtsloseste Eintreibung des erpreßten Tributs weit weniger zu gewähren vermöchte, als friedliche Verständigung, die Allen Gesundheit und wirtschaftliche Blüte ermöglicht? Gewalt nach außen erzeugt notwendig auch Gewalt nach innen, äußere Ausbeutung hat innere Ausbeutung zur unabweisbaren Voraussetzung — an dieser gesetzmäßigen Verankerung werden alle Pläne, uns dauernd in Knechtschaft zu halten, scheitern.

Es wäre darum das Thörichteste, ließen wir uns durch die Angst vor Kriegsentschädigungen, die weit über die Schadenswiedergutmachungen, zu denen wir moralisch verpflichtet sind, hinausgehen, in unseren Hoffnungen auf die Leistungsmöglichkeiten ehrlicher Sanierungsarbeit herabstimmen. Wir dürfen vielmehr ruhig auf die Kraft der proletarischen Internationale vertrauen, sobald wir nur die eigene sozialistische Mission restlos zu erfüllen bemüht sind. Von innen her müssen wir deshalb mit dem großen Menschheitsbefreiungswerk beginnen. Leisten wir Vorbildliches in der inneren Sanierung der Wirtschaft, drängen wir darauf hin, daß dem Staatsschuldenproblem auch international eine Lösung zuteil wird, die nicht stets von neuem Kampf und Haß zwischen den Völkern entzündet und unser Beispiel wird überall aneifernd wirken.

Als wahrer Sieger dieses Krieges wird jedenfalls der Staat dastehen, der zuerst kraftvoll die Ketten seiner Kapitalhörigkeit zerreißt. Der repropriierte Staat wird Staatsgut, das Volkseigentum geworden ist, nicht ans Ausland zu verpfänden brauchen, sein konsolidierter Haushalt wird vielmehr als bessere Bürgschaft für seine Verpflichtungen anerkannt werden, als irgend ein Einzelpfand, mag sein Wert auch noch so hoch sein. Und ebenso wird der von den Erträgen aus seinem reichen Naturalbesitz gespeiste öffentliche Haushalt es auch nicht mehr nötig

haben, durch indirekte Steuern und Zölle der Bevölkerung das Leben fortgesetzt zu verteuern und zu erschweren, wie er auch Einkommensteuern nur erheben wird, um die sozialen Gegensätze auszugleichen und am Volksgut zehrenden Luxus einzudämmen.

Und der Weg zu alledem, der Weg zu tiefer verankerter gesellschaftlicher Kultur, zu Klassenfrieden und Völkerfrieden, zur Gesundung der Wirtschaft und zur Festigung des Staates? Die nachfolgende Schrift steckt ihn in großen Zügen ab. Ihn mit allen seinen Kurven und Steigungen im Einzelnen zu bahnen, das ist die Aufgabe der zu gemeinsamer fruchtbarer Arbeit zusammengeschlossenen politischen Praktiker und sozialen Techniker.

Mögen sie sich rasch ans Werk machen, in der Erkenntnis, wie schwer jeder Tag der Säumnis die Volksgesamtheit schädigt und möge besonders dieser selbst endlich das volle Bewußtsein dafür aufgehen, wie sehr die ganze künftige Gestaltung ihres Schicksals davon abhängt, ob die Staatsentschuldung auf kapitalistischer oder auf sozialistischer Grundlage erfolgt.

Wien, Mitte Februar 1919.

RUDOLF GOLDSCHEID.

1.

Soviel hat man heute schon eingesehen: Vermögensabgabe ist das einzige Mittel, um Staatsbankerott zu vermeiden. Und auch darüber gibt man sich keiner Täuschung hin, daß Staatsbankerott nichts anderes wäre, als eine wüste, ungeregelte und ungerechte Vermögensabgabe, die die Kleinen vielfach noch weit härter träfe, als die Großen. Trotzdem stößt die Forderung der Vermögensabgabe bei den Besitzenden, so ergeben sie ihr theoretisch auch zustimmen, praktisch auf den stärksten Widerstand, namentlich sobald sie in ausreichendem Maße zur Durchführung gelangen soll und findet andererseits der Staatsbankerott gerade unter den Allerradikalsten die stürmischsten Anhänger.

Das scheint zunächst widersinnig, erweist sich aber bei genauerem Zusehen als in den tatsächlich gegebenen Verhältnissen sehr wohl begründet. Die Art, wie man sich während des Krieges die Mittel zu seiner Führung beschaffte, hat die Besitzenden für den Gedanken der Vermögensabgabe nicht im geringsten vorbereitet. Da die pekuniäre Opferwilligkeit sich ausschließlich darin erschöpfen durfte, Kredite zu bewilligen und hochverzinsliche Anleihen zu zeichnen, war man — selbst für den Fall einer Niederlage — auf alles eher gefaßt, als darauf, daß die patriotische Begeisterung sich eines Tages in klingende Münze umzusetzen haben werde, daß der allgemeinen Wehrpflicht des Blutes notwendig die allgemeine Wehrpflicht des Besitzes folgen muß. In keiner Weise machte man sich klar, daß der Krieg nicht wie ein Unternehmen zu betrachten ist, welches Dividenden abwirft und daß die Anleihezeichnung deshalb in Wirklichkeit etwas ganz anderes bedeutete, als wofür man sie angesichts der

Zinsen für die vorgestreckten Gelder kurzsichtig hielt: daß in ihr nämlich eine Verpfändung des Privateigentums an das Gemeinwesen zum Ausdruck kommt, die diesem vor allem die Haftung für die öffentlichen Schulden zuschiebt. Indem die Staatsgläubiger so übersahen, daß sie mit ihrer bedingungslosen Gewährung der geforderten Kredite zugleich zu Staatsschuldnern wurden, und zwar im selben Maße, als der Krieg sie bereicherte, ist es jetzt, wo aus der Haftung Ernst werden soll, nur allzu begreiflich, daß sie sich in unbegrenzter Ernüchterung und Enttäuschung den auf ihnen lastenden Verpflichtungen nach Möglichkeit zu entziehen suchen.

Und sie fühlen sich hierzu um so mehr gedrängt, da man die finanzielle Liquidierung des Krieges mit Mitteln zu erreichen trachtet, die ebensowenig geeignet sind, den Staatshaushalt zu sanieren, als die Volkswirtschaft neu aufzubauen. Mutet man, in durchaus veraltetem Fiskalismus verharrend, den Besitzenden Opfer zu, die sie innerhalb der unangetasteten Privatwirtschaft aufzubringen gänzlich außerstande sind, und bei denen trotz ihrer scheinbaren Höhe von vornherein klar ist, daß sie nicht ausreichen, das Gemeinwesen aus seiner Misere zu befreien, so ist das paradoxe Phänomen keineswegs verwunderlich, daß, obwohl über die Unabweisbarkeit radikaler Vermögensabgaben Einigkeit besteht, doch wo immer der Staat mit solchen zugreifen will, die betroffenen Interessenten sich aufs leidenschaftlichste gegen sie zur Wehre setzen, mit der Erklärung: dadurch würde ihr Ruin heraufbeschworen, der schließlich auch der ganzen Volkswirtschaft zum schwersten Schaden gereichen müßte.

Und in der Tat, wie denkt man sich eine einmalige Vermögensabgabe, die progressiv gestaffelt, die Großen im selben Maß stärker heranziehen müßte, als sie die Kleinen zu schonen sucht und die also bei ganz großen Vermögen vor einem Steuersatz von 50—70 Prozent nicht zurückschrecken dürfte — im Rahmen der bestehenden privaten Wirtschaftsordnung? Ist Jemand, der über einen zum größten Teil sachlich festgelegten Besitz von 100 Millionen verfügt, in der Lage, auf einmal eine Abgabe von 50—70 Millionen in Geld oder in Kriegsanleihe bar auszubezahlen, ja stellt man es sich auch nur als ganz ohne weiteres durchführbar vor, daß jemand der ein Vermögen von drei Millionen besitzt, in dieser Weise eine Million Steuer zu entrichten vermag, ohne

als Unternehmer dadurch in seiner Existenz aufs schwerste gefährdet zu werden?

Die Privatwirtschaft unterliegt ganz bestimmten Gesetzen, man darf darum nicht mit plumpen fiskalischen Maßnahmen in sie eingreifen, wenn man ihren Lebensnerv nicht verletzen will. Das freie Unternehmertum erfordert vielmehr die sorgsamste Schonung, soll es weiter der Hauptträger der Wirtschaft bleiben. Schwächt man es durch zu große Abgaben, so kann namentlich nicht jenes Maß von Kapitals- und Betriebskonzentration zustandekommen, das die Voraussetzung der Steigerung der Produktivität der Arbeit bildet. Die Kapitalkonzentration müssen wir deshalb unter allen Umständen zu fördern bemüht sein.

Nur eines ist freilich nicht nötig, nämlich dies: daß sich die Konzentration des Kapitals in den Händen Privater vollzieht, das Kapital kann sich vielmehr auch in den Händen der Gemeinschaft konzentrieren und auf diese Weise den Ertrag der gesellschaftlichen Produktion sogar noch in weit höherem Maße vermehren. Das heißt: wir haben uns zu entscheiden, ob wir den Privaten oder der Gemeinschaft künftig die Rolle des mächtigsten Kapitalkonzentrators zuschieben wollen. Nur wenn wir weder das eine noch das andere tun, sowohl die private wie die öffentliche Kapitalkonzentration unterbinden, schaffen wir Verhältnisse, die naturgemäß alle Schichten der Bevölkerung gegen die staatliche Finanzpolitik mobilisieren. Können wir deshalb nicht daran zweifeln, daß sehr hohe einmalige Vermögensabgaben unabweisbar sind, um den öffentlichen Haushalt in Ordnung zu bringen, ist es ebenso sicher, daß diese bei Aufrechterhaltung der Privatwirtschaft das freie Unternehmertum zu sehr belasten würden, als daß es fähig wäre, die Produktion zu voller Entfaltung zu bringen, so haben wir nur die Wahl, die Vermögensabgabe mit umfassender Umwandlung der Privatwirtschaft in Gemeinwirtschaft zu verbinden oder uns damit abzufinden, daß wir langsam aber sicher in den Staatsbankerott hineintreiben.

Geradezu an Wahnsinn grenzt es aber jedenfalls, wenn die Besitzenden gegen jegliche Art von Steuern, die sie schärfer treffen, den leidenschaftlichsten Widerstand organisieren und trotzdem unbedingte Sicherheit der Kriegsanleihen verlangen. Wer soll

denn für die Bestreitung des Zinsendienstes aufkommen, für allmähliche Tilgung der Staatsschulden sorgen, dem Gemeinwesen die ungeheuren Summen schaffen, die es braucht, um den tausendfältig auf es einstürmenden Aufgaben gerecht werden zu können, wenn sogar die leistungsfähigsten Schichten der Bevölkerung sich außerstande erklären, die hierfür erforderlichen Abgaben aufzubringen? Sollen vielleicht die Besitzlosen, auf das kärglichste Erwerbseinkommen Angewiesenen, die ohnehin unter den Kriegsentbehrungen und Kriegsbeanspruchungen am bittersten litten, auch noch dieses weitere Opfer auf sich nehmen, sollen sie, die pekuniär und physisch ihr Letztes daran setzen mußten, damit der Krieg bis zur äußersten Erschöpfung fortgeführt werden konnte, auch noch diejenigen sein, die zu dauernder Tributpflicht an ein müssiges Rentnertum verurteilt werden? Es müßte mit Wundern zugehen, wenn sich das Volk dagegen nicht aufbäumte, nicht zu den äußersten Mitteln griffe, um eine Entwicklung abzuwenden, die die Gesellschaft notwendig in zwei feindliche Heerlager zerrisse; auf der einen Seite die mit den größten Begünstigungen ausgestatteten Staatsgläubiger, auf der anderen die zu härtestem Frondienst an diese verdammten Staatsschuldner. Käme es so, dann würde der Krieg den aufreizenden Abschluß finden, daß er, statt die Expropriateure zu expropriieren, die bereits Expropriierten noch ein zweites Mal expropriiert, indem er ihnen neben ihrer Besitzlosigkeit auch noch das Gros der öffentlichen Schulden aufhalst.

Angesichts einer derartigen Gefahr handeln die Massen aus einem sehr gesunden Instinkt heraus, wenn sie trotz aller Erschütterungen nicht nur der Wirtschaft, sondern auch ihrer Existenz, die mit einem Staatsbankerott notwendig verbunden wäre, diese Eventualität noch immer dem schleichenden Volksbankerott vorziehen, der sonst ihr unabwendbares Schicksal bildete. Überdies hat der Gedanke an Staatsbankerott für die Besitzlosen nicht nur all das Schreckende an sich, was er an Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit heraufbeschwören würde, sondern auch etwas sehr Verführerisches. Annullierung der Staatsanleihen — scheint es etwas Einfacheres und Probateres zu geben, damit das Gemeinwesen nicht jahrelang die Last der Kriegsschulden mit sich herumzuschleppen braucht? Der Gedanke ist überaus naheliegend: Mögen bei einem Staatsbankerott vorübergehend auch die tiefstgreifenden

Störungen im Wirtschaftsleben eintreten, im Verlauf würde man über sie hinwegkommen und dann frei von den Sünden der Vergangenheit, ein neues gesundes Leben beginnen können.

Aber so einleuchtend diese primitive Rechnung scheint, so wenig entspricht sie der konkreten Wirklichkeit. Selbst der radikalste Staatsbankerott würde weit Geringeres für die wirtschaftliche Konsolidierung der Gesellschaft leisten, als man von ihm erwartet. Er würde **erstens** den Staat nur von der Bestreitung des Zinsendienstes befreien, nicht aber von der Erfüllung aller sonstigen Verpflichtungen, wie Zahlung von Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten, Aufbringung all der Mittel, die für die Wiedergutmachung der Kriegszerstörungen erforderlich sind, die er benötigt, um überall helfend eingreifen zu können, wo der Neuaufbau der Kultur seine gründlichste Unterstützung unentbehrlich macht. **Zweitens** würde mit der Annullierung der Kriegsanleihen allein das Übel des über alle Maßen vermehrten Papiergeldes noch nicht aus der Welt geschafft, man müßte also auch dieses für wertlos erklären, resp. auf einen weitaus geringeren Wert abstempeln, um durch Staatsbankerott die Verschuldung mit einem Federstrich beseitigen zu können. Eine so einschneidende Maßnahme hätte aber zur Folge, daß ein vollkommenes Chaos in Gesellschaft und Wirtschaft platzgriffe, welches auch weiteste Schichten des Proletariats unrettbar in seine Wirbel zöge. Und **drittens** darf man nicht außer acht lassen, daß Staatsbankerott ganz anders zu beurteilen ist, wo er als Mittel zur Befreiung von **äußerer** Verschuldung verwendet wird, als wo er **innere** Verschuldung radikal beseitigen will. Ein Land wie Rußland z. B., das auf Güterzufuhr aus dem Ausland relativ weniger angewiesen ist, und wo die äußere Schuld am härtesten auf das Gemeinwesen drückt, kann weit eher auf Sanierung durch Staatsbankerott hoffen, als Gemeinwesen, die, besonders infolge des Krieges, äußere Hilfe im höchsten Maße bedürfen und darum auf die Erhaltung ihres Kreditprestiges aufs sorgsamste bedacht sein müssen.

Aber auch dies ist nicht das Wesentlichste, was gegen Staatsbankerott spricht, wo es sich darum handelt, durch ihn der inneren Verschuldung und der Massenverelendung ein Ende zu bereiten. Selbst wenn man völlig gleichgiltig darüber hinweggehen wollte, daß mit der Annullierung der Kriegsanleihen zugleich die kleinsten Sparer direkt oder indirekt um ihr sauer erworbenes Arbeits-

eigentum gebracht würden, indem man sich etwa damit darüber tröstet, daß auf diese Weise den Großkapitalisten wenigstens ihr schlaues Manöver mißlang, sich mit dem Hineintreiben der Kriegsanleihe in die breitesten Schichten eine Risikoprämie zu deren Sicherheit geschaffen zu haben, wenn man sich weiters keineswegs darum kümmern wollte, daß Staatsbankerott ebenso den Zusammenbruch der Währung herbeiführen müßte, daß die mit alledem verbundene Desorganisation Arbeitslosigkeit im grauenhaftesten Umfang, wie vollkommene Unsicherheit des Realwerts der Arbeitslöhne notwendig zeitigte, so sollte doch Eines schon ausreichen, die Erwartungen, die man an Staatsbankerott knüpft, als Illusion erkennen zu lassen: nämlich dies, daß durch ihn an der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung unmittelbar nicht das Geringste geändert würde Er würde das Privateigentum an den Produktionsmitteln höchstens anders verteilen, aber es käme durch ihn keine Besitzumschichtung zustande, die die Eigentumsverhältnisse zwischen Gemeinwesen so umgestaltet, daß an Stelle von Privaten das Gemeinwesen zum hauptsächlichsten Besitzer der nationalen Reichtumsquellen des Landes aufsteigt. Mit andern Worten: durch Staatsbankerott käme wohl eine Entschuldung, nicht aber Repropriation des Gemeinwesens zustande, so daß also mit Staatsbankerott im Großen und Ganzen nur die Eigentums- und Wirtschaftsordnung der Vorkriegszeit in anderer Form wieder hergestellt wäre. Das hingegen, worauf es gerade denen ankommt, die den Staatsbankerott herbeiwünschen, die Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung würde durch ihn keineswegs automatisch herbeigeführt. Das gewaltige Werk der Sozialisierung der Wirtschaft müßte vielmehr erst in Angriff genommen werden, wenn diese infolge des Staatsbankerotts die schwerste Zerrüttung erfahren hat.

Während mein Plan also darauf ausgeht, die alles je Dagewesene übersteigende Kriegsverschuldung des Staates — angesichts der bereits vollzogenen finanziellen Vergesellschaftung des Privateigentums, die in ihr zum Ausdruck gelangt — als mächtigste Triebkraft zum Sozialismus auszunützen, so daß er durch die friedliche Sozialisierung der Wirtschaft den Staatsbankerott gerade zu verhüten sucht, drängen die anarchistischen Elemente unter den Kommunisten im Gegenteil ungestüm auf ihn hin, weil sie auf diese Weise allein die

kapitalistische Gesellschaftsordnung beseitigen zu können hoffen. Ohne sich jedoch zu Bewußtsein zu bringen, daß sie mit einer derartigen Katastrophenpolitik den ungeheuerlichsten Umweg beschreiten, der ihnen bestenfalls die Aussicht eröffnet, nach den schwersten Kämpfen und Erschütterungen schließlich eine total desorganisierte Wirtschaft unter den denkbar ungünstigsten Bedingungen gewaltsam in Gemeinbesitz überführen zu müssen. Jedenfalls ist soviel sicher: Für die Sozialisierung der Wirtschaft leistet das in der vorliegenden Schrift entwickelte Programm der Staatshaushaltsreform auf der Grundlage einer Vermögensabgabe in natura weit mehr, als selbst die rücksichtsloseste Annullierung der Kriegsanleihen und weitestgehende Abstempelung der Banknoten auf einen geringeren Wert.

Aber es gibt nicht nur extreme Anarchokommunisten, die offen für vollkommenen Staatsbankerott eintreten, es gibt ebenso sehr gemäßigte Bürgerliche, die, wenn sie es auch nur andeutungsweise aussprechen, doch entschieden der Meinung sind, man brauche sich vor einem Staatsbankerott nicht allzu sehr zu fürchten, da ja Staatsbankerott in den verschiedensten Abstufungen möglich sei. Ihre Ansicht geht dahin, daß es kein übermäßiges Unglück wäre, wenn vorübergehend die Kupons nicht gezahlt oder schließlich dauernd gekürzt würden. Wer jedoch aus einer derartigen Auffassung heraus gründliche Sanierung des Staatshaushaltes und der Wirtschaft durch einmalige hohe Vermögensabgaben bekämpft, fördert nur eine Verschlampung der aus dem Kriege erwachsenen Misere. An Konvertierung der Anleihen auf einen niedrigeren Zinsfuß darf man wohl denken, wenn man durch ihre materielle Bedeckung ihren innern Wert gehoben hat, nicht aber als Notmaßnahme, um sich so auf die bequemste Art ehrlicher Sanierungsarbeit zu entziehen.

Und wie wir zeigen konnten, daß nicht einmal Staatsbankerott in der schwersten Form ausreicht, das Gemeinwesen aus seiner überaus bedrohlichen Situation zu befreien, so wäre das erst recht nicht der Fall, bei einem halben oder viertel Staatsbankerott. Ganz im Gegenteil, das Gemeinwesen geriete damit in immer schlimmere Not. Es ist mit diesem Ausweg genau so, wie mit allen Vorschlägen, die darauf abzielen, den akuten Staatsbankerott durch schleichenden Volksbankerott zu verzögern. Unter äußerstem Druck würden dann allerdings die Massen eine Zeit lang

Sklavenarbeit verrichten müssen, um die Tributpflicht an die Staatsgläubiger abzutragen, aber plötzlich träte dann eines Tages, beginnend mit immer schärfer werdenden Klassenkämpfen, der Zusammenbruch der Wirtschaft ein, der zugleich den Staatsbankerott mit sich brächte. Während so heute die Alternative, vor der wir stehen, noch lautet: Sozialisierung der Wirtschaft oder Staatsbankerott! hätten wir dann überhaupt keine Wahl mehr: Wirtschaftsanarchie, Staatsbankerott und gewaltsame Enteignung wären gleichzeitig unabwendbar.

Man hüte sich darum, die allenthalben bereits drohenden Anzeichen beginnenden Staatsbankerotts zu übersehen, spiele nicht mit gemäßigtem Staatsbankerott, lege es durch Obstruktion radikaler einmaliger Vermögensabgaben nicht frevlerisch auf Volksbankerott an, wälze nicht auf kommende Generationen, was die jetzige Generation, auch schon angesichts ihrer tiefen moralischen Verschuldung, für die Behebung der finanziellen und wirtschaftlichen zu leisten hat — sondern erfülle das Gebot der Stunde und mache Ernst sowohl mit der allgemeinen Wehrpflicht des Besitzes, wie mit der Sozialisierung der Wirtschaft!

2.

Besonders gebe man sich keiner Täuschung über die unumgänglich nötige Höhe der Vermögensabgabe, wie über den Umfang der erforderlichen Sozialisierung der Wirtschaft hin und huldige ebensowenig dem Wahn, daß eine ausreichende Vermögensabgabe sich mit den längst überholten, völlig unzulänglichen fiskalischen Methoden der Vergangenheit durchführen ließe. Dürfte man bei Millionenvermögen nicht vor Steuersätzen von 50—70 Prozent zurückschrecken, ja hätte man an eine Maximalgrenze für die zulässige Höhe von Privatvermögen überhaupt zu denken, so daß Privatbesitz, soweit er etwa 5—10 Millionen übersteigt, völlig der Beschlagnahme verfiele, dann ist es klar, daß Vermögensabgaben in solchem Ausmaß unmöglich mit einem Male in Geld und auch nicht in Kriegsanleihe abgetragen werden könnten.

Sollte man aber vielleicht meinen, man könnte dann ja eventuell auch an eine auf eine Reihe von Jahren verteilte Vermögensabgabe in Raten denken, so sprächen hiergegen erst recht die gewichtigsten Bedenken: Diese könnte in der Privatwirtschaft

erstens leicht einfach wie eine hohe Einkommensteuer wirken und als solche zum überwiegenden Teile auf die Massen überwälzt werden, sie würde zweitens, da sie ja auch progressiv gestaltet werden müßte, bei den großen Vermögen bis zu 5 oder sogar bis zu 8 Prozent zu gehen haben und damit den ganzen Jahresertrag wegsteuern, was zur Folge hätte, daß das private Unternehmertum eine viel zu tiefgehende Schwächung erführe, um den Wiederaufbau der Wirtschaft mit ausreichenden Mitteln besorgen zu können und sie würde drittens die pathologische Eigentumsverteilung, die sich im Krieg vollzogen hat, nicht beseitigen.

Würde man sich aber wiederum, sei es bei der einmaligen, sei es bei der Vermögensabgabe in Raten, mit relativ bescheidenen Sätzen begnügen wollen, dann dürften wir uns von ihr weder genügende Erträge für die Fristung des Zinsendienstes, noch für die Tilgung der Schulden erwarten, wären vielmehr genötigt, neben der Vermögensabgabe noch drückendsten Einkommens-, Verkehrs- und tausendfachen indirekten Steuern aller Art den breitesten Raum zu gewähren.

Da nun Einkommensteuern, wie alle Erfahrung lehrt, in der Regel zum größten Teil auf die Massen überwälzt werden, indirekte Steuern völlig von diesen getragen werden müssen und gerade die Massen es sind, die am schwersten unter dem Krieg gelitten haben, so daß es sie durch die Finanzreform zu entlasten, nicht noch weiter zu belasten gälte, wäre eine derartiger Ersatz für die Vermögensabgabe unbedingt abzulehnen. Auch hohe Erbschaftssteuern könnte man im Rahmen der unangetasteten Privatwirtschaft nicht ins Auge fassen, weil sie die Kontinuität der Betriebe aufs bedenklichste gefährdeten, ihre Zerstückelung begünstigten und so gleichfalls das Unternehmertum zu sehr beeinträchtigen würden, das freie Unternehmertum, das in diesem Falle weiter der Hauptträger der Wirtschaft, die Grundstütze der Steuerkraft des Landes bliebe.

Neben direkten und indirekten Steuern mannigfachster Art kämen als weitere Einnahmequellen des Staates allerdings noch Monopole, Zwangssyndikate mit staatlicher Beteiligung und gemischtwirtschaftliche Betriebe in Betracht. Was den Ausweg der Monopole anlangt, so muß man sich aber vor allem darüber klar sein, sowohl ob man private oder öffentliche Monopole ins Auge faßt, wie auch, ob man in erster Linie an

Handels- oder Produktionsmonopole denkt. Es ist nun sicher, daß man mit der Begünstigung privater Riesenmonopole nur die Macht des Großkapitals ganz wesentlich stärken würde. Zur Errichtung öffentlicher Monopole wieder benötigte man neue ungeheure Mittel, die man sich auf dem Wege des Kredits beschaffen müßte. Man würde damit also nichts anderes tun, als alte Schulden dadurch tilgen, daß man neue macht. Zweifellos ein ganz widersinniges Verfahren, dem öffentlichen Haushalt zu kaufmännisch soliden Grundlagen zu verhelfen!

Hinsichtlich der Handelsmonopole ist zu sagen, daß, wenn sie dem Staat tatsächlich große Einnahmen verschaffen sollten, sie vielfach nichts anderes wären, als verschleierte Steuern auf den Verbrauch. Die Kriegswirtschaft hat überdies gezeigt, daß der Staat keine befriedigende Güterverteilung zustandebringen kann, solange die Güterproduktion seinem Einfluß entrückt ist. Von Handelsmonopolen wäre darum nur Großes und Erfreuliches zu erwarten, wenn sie in Verbindung mit umfassenden öffentlichen Produktionsmonopolen zum Ausbau gelangten, ein Werk, das aber nicht in Angriff genommen werden kann, wenn der Staat sich nicht auf dem Wege der Vermögensabgabe die ungeheuren Mittel verschafft, die er hierzu benötigt. Monopole in diesem Ausmaß sind darum nicht als Ersatz für eine einmalige hohe Vermögensabgabe denkbar.

Nun zu den Zwangssyndikaten unter Mitbeteiligung des Staates und zu den gemischtwirtschaftlichen Betrieben! Zwangssyndikate wären durch Zusammenlegung der Betriebe, durch Auflassung minderleistungsfähiger Werke, durch Vereinfachung, Normalisierung und Spezialisierung der Produktion sicher geeignet, die Produktivität zu steigern, aber sie würden entweder wie reine Privatmonopole wirken, die von der Volksvertretung und der Arbeiterschaft nicht entsprechend kontrolliert werden können, alle Macht in die Hände weniger Kapitalmagnaten spielen, die kleinen und mittlern Unternehmer vollkommen den ganz großen ausliefern, diesen gestatten, durch Erhöhung der Preise wie durch verstärkte Ausbeutung der Arbeiterschaft indirekt den Staatsanteil wieder hereinzubringen, ja zu überkompensieren — oder sie müßten, wenn der Staat auch auf die Preisfestsetzung und Lohnbestimmung tiefgreifenden Einfluß nehmen wollte, doch wie öffentliche Monopole funktionieren,

wogegen sich aber das private Unternehmertum mit um so größerem Erfolg zur Wehre setzen könnte, solange der Staat rein von außen her, durch für diese Aufgabe obendrein nicht ausreichend geschulte Beamte und ohne wirksamen Schutz durch die Volksvertretung und die Arbeiter selbst die Kontrolle nach dieser Richtung auszuüben versuchte. Ist es doch eine alte Erfahrung: Der Mitbesitzer eines Unternehmens verfügt über weitgehenden Einfluß auf die Geschäftsführung, der bloß Ertragsbeteiligte hingegen ist mit Haut und Haaren dem Besitzer ausgeliefert!

Was endlich nun die viel besprochene Idee der gemischtwirtschaftlichen Betriebe anlangt, so würde ihre Verwirklichung gerade durch den Vorschlag einer Vermögensabgabe in natura am leichtesten und unter den denkbar günstigsten Bedingungen bewerkstelligt werden können. Wenden wir uns darum jetzt dem Prinzip der Naturalabgabe zu!

3.

Was hat man unter der Naturalabgabe zu verstehen, wie ließe sie sich durchführen und welche Wirkungen würde sie nach sich ziehen? Gesetzt den Fall, es würde eine einmalige progressive Vermögensabgabe ausgeschrieben, die mit 5 Prozent für kleinste Vermögen beginnend, bis zu 70, ja 80 Prozent bei ganz großen Vermögen ginge, dann könnte die Bestimmung getroffen werden, daß die Abgabe bei Vermögen von einer bestimmten Höhe ab auch in natura erstattet werden kann oder erstattet werden muß. So schwer es für jemanden ist, der etwa ein Vermögen von 5 Millionen besitzt, auf einmal 3 Millionen davon in Geld oder in Kriegsanleihe an den Staat zu zahlen, besonders, wenn sein Vermögen in Grund und Boden, Fabriken, Häusern oder Aktien besteht, so einfach wird diese Abgabe, wenn von dem Grund-, Fabriks-, Häuser- oder Aktienbesitz, über den ein Privater verfügt, in natura soviel an den Staat abzutreten ist, als dem ihm vorgeschriebenen Vermögensprozentsatz entspricht. Nehmen wir an, das Vermögen eines Steuerpflichtigen bestände ausschließlich aus Aktien und er hätte eine Vermögensabgabe von 40 Prozent zu entrichten, dann würden einfach 40 Prozent dieser Aktien aus seinen Kassen in die des Staates wandern, was sicherlich keinerlei schädliche Folgen hätte, sondern nur die günstige Wirkung, daß die Privaten sich künftig in ihren

Ausgaben erheblich einschränken müßten, während das Gemeinwesen im selben Maß gekräftigt würde.

Nun besteht aber aller Privatbesitz natürlich nicht ausschließlich aus Aktien. Das eben zum Zweck größerer Anschaulichkeit gewählte Beispiel bezieht sich vielmehr vor allem auf den reinen Rentenbesitz; in Wirklichkeit stünde die Naturalabgabe somit vor weitaus komplizierteren Verhältnissen. Durch sie würde dem Staat alles Mögliche zuströmen: Grundstücke verschiedenster Zusammensetzung und Größe, landwirtschaftliche, industrielle, Handels- und Verkehrsunternehmungen der mannigfachsten Art, Häuser, Aktien, Noten, Gold, Schmuck, Kunstobjekte und zahlreiches andere mehr, ja vielfach käme der Staat auf diese Weise auch nur in den Besitz von Anteilen an Grundstücken, Fabriken, Häusern usw. Es erhebt sich darum die Frage: was fängt der Staat mit diesem Sammelsurium der verschiedensten Güter und Güteranteile an? Er kann sie vor allem nur entsprechend verwerten, wenn er entschlossen ist, sich künftig in ganz anderem Maße an der Wirtschaft zu beteiligen, als bisher, mit andern Worten, wenn er gewillt ist, künftig auf zahlreichen Gebieten die Privatwirtschaft durch volle oder partielle Gemeinwirtschaft zu ersetzen. Er wird sich dann bei der Durchführung der naturalen Vermögensabgabe in erster Linie fragen: Welche Unternehmungen, resp. welche Wirtschaftszweige wünsche ich ganz in meinen Besitz zu bringen, bei welchen genügt mir Mitbesitz und Mitbestimmung, bei welchen kann ich mich auf bloße Hypotheken beschränken, bei welchen ziehe ich es vor, sie vollkommen in privaten Händen zu belassen und veräußere dementsprechend so viel von ihnen, um aus dem Erlös hieraus die Mittel zu gewinnen, durch Zukauf den Anteil an jenen Objekten zu vergrößern, die in umfassenderem Maß öffentlicher Bewirtschaftung zugeführt werden müssen, soll der soziale Ertrag das Maximum erreichen.

Um nach dieser Richtung zu ausreichender Verfügungsgewalt zu gelangen, müßte der Staat allerdings die naturale Vermögensabgabe noch durch das Recht auf käufliche Zwangsenteignung hinsichtlich aller jener Objekte ergänzen, die er im Interesse vervollkommneter Gemeinwirtschaft und ökonomischster Versorgung der Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigen

an sich zu ziehen wünscht. Denken wir uns, die Vermögensabgabe würde dazu führen, daß 30 Prozent sämtlicher Aktien eines Unternehmens dem Staat zuflößen, dann hätte er zu überlegen, ob er glaubt, mit diesen 30 Prozent einen ausreichenden Einfluß auf die Geschäftsführung zu gewinnen oder ob es sich empfiehlt, daß er mindestens noch 20 Prozent der Aktien mittels käuflicher Zwangsenteignung zu erwerben sucht, um durch die Majorität des Aktienbesitzes beinahe unumschränkter Herr des Unternehmens zu werden. Man sieht schon aus diesem einen typischen Beispiel, um wie viel leichter und unter wie weitaus günstigeren Bedingungen der Staat auf dem Wege der naturalen Vermögensabgabe zu Monopolen gelangen könnte, als auf jedem anderen Wege.

Wo es sich freilich nicht um Besitz oder Unternehmungen in Aktienform handelt, wird namentlich bei unteilbaren Objekten die Abgabe in natura naturgemäß mit weitaus größeren Schwierigkeiten verbunden sein. Aber auch in diesem Falle wären diese nicht unüberwindlich. Man stünde hier genau vor denselben Verhältnissen, wie vielfach im Erbgang. Wenn jemand z. B. ein Haus, eine Fabrik, ein Landgut mehreren Erben zu gleichen Teilen hinterläßt, müssen sich diese über ihren Gemeinbesitz auch irgendwie auseinandersetzen. Ganz die gleiche Situation läge bei der Abgabe in natura vor, wo unteilbare Objekte in Frage kommen. Der Staat würde durch sie genau so wie ein privater Erbe zum Miteigentümer, er würde sich also mit den bisherigen Besitzern entweder über die gemeinsame Verwaltung verständigen oder, wenn dies aus irgend einem Grunde nicht möglich oder nicht wünschenswert ist, müßte er oder müßten die bisherigen Besitzer herausbezahlt, resp. das Objekt an Dritte verkauft werden. Die Naturalabgabe böte aber den ungeheuren Vorteil, daß durch sie Vermögensabgaben in jeder beliebigen Höhe gefordert werden könnten, ohne daß darunter die Wirtschaft irgendwie zu leiden brauchte.

Es macht für ein Unternehmen keinen wesentlichen Unterschied aus, in wessen Besitz es sich befindet, wofern es nur nicht zerstückelt wird und einheitlicher Leitung unterstellt bleibt. Alle Großbetriebe, namentlich die modernen Riesenbetriebe stellen heute ihrer ganzen Einrichtung und Funktion nach eigentlich schon öffentliche Unternehmungen dar. Dies ist besonders der Fall bei allen Aktiengesellschaften und innerhalb des Bestehenden

haben die meisten Großbetriebe ja bereits diese Form. Der Besitzer derartiger Unternehmungen kann wechseln, ohne daß sich irgend etwas an ihnen ändert. Auch sind es beinahe ausschließlich bezahlte Beamte, die sie leiten. Diese Beamte kann der Staat, kann das Land, können die Gemeinden oder die freien Genossenschaften, in deren Besitz die Unternehmungen übergehen, deshalb einfach übernehmen. Zeigen sich die bisherigen Besitzer oder die älteren unter den leitenden Beamten nicht gewillt, sich in die neuen Verhältnisse einzuordnen, so werden unter den jüngeren gewiß ausreichend viele tüchtige Kräfte zu finden sein, denen man die Leitung sorglos übertragen kann. An entsprechendem Nachwuchs wird es sicherlich nirgends fehlen.

Meint man aber etwa, der Staat werde außerstande sein, so zahllose Betriebe entsprechend zu kontrollieren, so braucht man, um die Unbegründetheit dieser Sorge einzusehen, sich nur zu vergegenwärtigen, eine wie große Fülle von Unternehmungen einzelne Bankinstitute heute bereits kontrollieren und wie mannigfaltigen Kontrolleaufgaben die großen Syndikate zu genügen wissen. Hinter diesen Leistungen privater Organisationen muß gewiß der Staat nicht notwendig zurückstehen. Und man ist um so weniger gezwungen dies anzunehmen, wenn man bedenkt, welche Riesenleistungen der Staat während des Krieges unter den denkbar ungünstigsten technischen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen zu vollbringen hatte. Es kann deshalb kein Zweifel darüber bestehen: Die Vermögensabgabe in natura ist praktisch unbedingt durchführbar, wofern sie gleichzeitig als umfassende Sozialisierung der Wirtschaft in Angriff genommen wird.

Nun hat man sich aber bei dem Projekt einer Verbindung von Vermögensabgabe in natura und partieller Sozialisierung der Wirtschaft von vornherein vor einem grundlegenden Mißverständnis zu hüten. Dieses Projekt verknüpft die partielle Vergesellschaftung der Produktionsmittel nämlich keineswegs willkürlich mit der Vermögensabgabe, sondern baut sich auf der Überzeugung auf, daß eine ausreichende Vermögensabgabe nicht durchführbar ist, ohne gleichzeitige Sozialisierung der Wirtschaft, wie es ebenso auf der Einsicht beruht, daß mit einer allmählichen, nicht gewaltsamen Vergesellschaftung

der Produktionsmittel unmöglich ohne progressive Vermögensabgabe begonnen werden kann. Denn täuschen wir uns nicht darüber: Vermögensabgabe ist nur ein milderes Wort für Konfiskation. Es hängt angesichts dessen lediglich von der Höhe der Vermögensabgabe, an die man denkt, wie von den Umständen unter denen sie zur Verwirklichung gelangt, ab, ob sie sich tatsächlich als Konfiskation manifestiert oder nicht.

Die Situation, die sich durch den Krieg herausgebildet hat, ist nun so beschaffen, daß der Staat unbedingt zum Sozialismus Zuflucht nehmen muß, soll Zusammenbruch nicht sein unaufhaltsames Schicksal werden. Es bietet sich darum für die Sozialdemokratie jetzt eine Gelegenheit, wie sie so günstig nie wiederkehren wird, mit dem Kardinalpunkt ihres Programms, der Umwandlung der privaten Eigentumsordnung, Ernst zu machen. Die unerträgliche Notlage des Staates, die pathologische Eigentumsverteilung, die Krise von Produktion, Konsumtion und Kreditorganisation, die fieberhafte Erregtheit der Massen, die Tatsache, daß das Gemeinwesen rettungslos dem Chaos verfallen ist, wenn die Arbeiterschaft nicht zum Hauptträger der neuen Ordnung wird — alles drängt mit stürmischer Wucht in die gleiche Richtung. Staat und Sozialdemokratie, die so wechselseitig bereits völlig aufeinander angewiesen sind, würden darum den schwersten Fehler begehen, in der entscheidenden Stunde aufs traurigste versagen, wollten sie sich auch jetzt, wo Umgestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft von Grund auf in gleicher Weise geboten wie möglich ist, mit armseliger Flickarbeit zufrieden geben, Bestrebungen unterstützen, die frevlerisch nur darauf ausgehen, den akuten Staatsbankerott durch Begünstigung schleichenden Volksbankerotts aufzuhalten.

Die herrschenden Klassen nehmen sicherlich den denkbar bequemsten Standpunkt ein, wenn sie sich auf die einfache Erklärung beschränken: Der Zinsendienst der Anleihen muß unter allen Umständen gesichert sein! Ohne mit genau derselben Entschiedenheit dafür einzutreten: daß das Leben jedes einzelnen Menschen unbedingt gesichert sein muß. Fehlt dieser Zusatz, dann bringt ihre so patriotisch klingende Beteuerung nichts anderes zum Ausdruck, als die höchst egoistische Forderung: Mögen die breiten Massen unter der dauernden Tributpflicht an das Kriegsrentnertum auch noch so sehr bluten und leiden, vor

allem müssen wir bezahlt werden, uns darf man auf keinen Fall
etwas schuldig bleiben!

Mit diesem ebenso billigen wie heuchlerischen
Idealismus, den die mächtigsten Staatsgläubiger nur vor=
schützen, um mit desto besserem Erfolg für den eigenen Vorteil
an die Opferwilligkeit der ganzen Bevölkerung appellieren zu
können, darf die Sozialdemokratie sich natürlich am allerwenigsten
identifizieren. Ja, es wäre direkt Volksverrat, ließe sie es zu, daß
die Besitzlosen und die durch den Krieg Proletarisierten nun
auch noch zur Verzinsung und Tilgung der Kriegsschulden den
Hauptbeitrag leisten sollen. Die Kriegsschulden sind vielmehr
ausschließlich vom Besitz zu tragen, die Besitzenden selber haben
es zu sein, die die Opferwilligkeit, die sie stets so beredt predigten,
jetzt voll auf sich nehmen, um den Staat vor dem Bankerott zu be=
wahren.

Dies kann aber allerdings auf zweierlei Art geschehen: ent=
weder so, daß die Papierwerte, die im Krieg ausgegeben wurden,
restlos an den Staat zurückfließen und damit zur Tilgung gelangen,
oder so, daß der Staat soviel von den Sachwerten, die sich in Privat=
besitz befinden, an sich zieht, als nötig ist, um mit ihnen für die
in Zirkulation verbleibenden Anleihen und Noten eine vollwertige
materielle Deckung zu erhalten. Das heißt: Gründliche Sa=
nierung des öffentlichen Haushalts hat entweder volle
Tilgung oder vollwertige materielle Bedeckung der
Staatsschulden zur Voraussetzung. Es ist nun aber sicher,
daß Staat und Volk weitaus besser daran sind, wenn die Gemein=
schaft in den Besitz der ertragreichsten Sachwerte gelangt und
dafür einen Teil des Papiers in den Händen der Privaten beläßt,
als wenn umgekehrt der Staat nur das zur Vernichtung bestimmte
Papier bekommt und die unzerstörbaren, ewig von neuem frucht=
baren Sachwerte weiter der Verfügungsgewalt der Privaten allein
unterstehen.

Und das letztere ist um so mehr zu perhorreszieren, weil,
wenn es weiter das private Unternehmertum zu sein hätte, das
den Staat alimentiert und die Bevölkerung mit dem Lebens=
notwendigen versorgt, diesem unmöglich so hohe Abgaben zuge=
mutet werden können, daß der größte Teil der Schuldverschrei=
bungen und Noten an das Gemeinwesen zurückströmt. Gerade
diejenigen Schichten, die den Wiederaufbau der Wirtschaft be=

sorgen sollen, würden dann ja in solchem Maß ihrer Betriebsmittel entblößt, daß sie nicht imstande wären, ihre Unternehmungen zu vollster Entfaltung zu bringen. Zum überschuldeten wirtschaftlich leistungsunfähigen Staat gesellte sich so also nur eine überschuldete leistungsunfähige Privatwirtschaft. Es wäre jedenfalls der Gipfel des Wahnsinns, wenn man wohl in der Richtung den Wünschen des Volkes Rechnung tragen wollte, dem Kapital rücksichtslos zu Leibe zu rücken, ohne hieraus jedoch gleichzeitig die unabweisbare Konsequenz zu ziehen, die Gemeinwirtschaft derart zu stärken, daß sie fähig wird, selbst die Funktionen zu übernehmen, die die Privatwirtschaft dann nicht mehr zu erfüllen vermag.

Nun taucht aber vielleicht die Sorge auf, ob denn selbst eine Vermögensabgabe, die mit den höchsten Sätzen vorzugehen entschlossen wäre, ausreichen würde, die Kriegsschulden in ihrer ganzen Größe materiell zu bedecken. Diese Furcht ist jedoch durchaus unbegründet, zumindestens soweit es sich um innere Verschuldung handelt. Besteht doch das Nationalvermögen sowohl aus allen erhalten gebliebenen Sachwerten, wie aus den im Krieg ausgegebenen Schuldverschreibungen und Noten, die zu diesem noch hinzugekommen sind. Diese Sach- und Papierwerte zusammen bilden also jenen Besitz der Privaten, der von der Vermögensabgabe erfaßt werden soll. Es ist deshalb ein Ding der Unmöglichkeit, daß die Vermögensabgabe nicht soviel hereinbringt, als der eine Teil des Volkes dem andern im Kriege schuldig geworden ist. Entscheidend für die Grenzen ihres Ertrages sind vielmehr einzig und allein die Mengen an Realwerten, die nicht der Kriegszerstörung zum Opfer fielen. Die Behauptung, auch durch die radikalsten Abgaben ließen sich die Kriegsschulden nicht vollwertig materiell bedecken, erweist sich darum als der lächerlichste Nonsens, der überhaupt denkbar ist. Denn befänden sich im Besitz inländischer Privater etwa gar mehr Staatsanleihen und Noten, als dem Sachwert der vorhandenen Güter entspricht, so strömten sie eben bei der Vermögensabgabe, wenn sie nur in genügender Höhe und richtiger Verteilung ausgeschrieben wird, im selben Ausmaß an das Gemeinwesen zurück, als sie diese übersteigen. Das heißt: Mit der Vermögensabgabe würde dann ein Ergebnis erzielt, daß trotz voller materieller Bedeckung der in

Privatbesitz verbliebenen Anleihen und Noten, ein Teil der Anleihen und Noten ohne weiteres getilgt zu werden vermag. Auf keinen Fall ist aber die Sorge gerechtfertigt, daß der Ertrag der Vermögensabgabe hinter der tatsächlichen inneren Verschuldung zurückbleiben könnte.

Die Veränderung unserer wirtschaftlichen Situation, die der Krieg hervorbrachte, ist überhaupt nach zwei diametral verschiedenen Richtungen aufs genaueste auseinanderzuhalten. Es hat sich im Krieg erstens die gewaltigste Besitzverschiebung vollzogen, und es ist zweitens eine ganz erhebliche Besitzverringerung vor sich gegangen. Unsere wahre Lage bestimmt sich jedoch lediglich nach der Größe der Besitzverringerung, nicht nach dem Ausmaß der erfolgten Besitzverschiebung, die überdies auch viel leichter zu beseitigen wäre. Ist doch die Behebung der Besitzverschiebung ein reines Verteilungsproblem, während die Wiedergutmachung der Besitzverringerung ein Produktionsproblem darstellt. All das, um was wir im Krieg sachlich ärmer geworden sind, läßt sich nur durch Steigerung der Produktivität unserer Arbeit, durch bessere Wirtschaftsmethoden, die sorgsamer mit Gütern und Menschen sparen, hereinbringen; die Papierschulden des Gemeinwesens hingegen erfordern bloß weitgehenden Verzicht der Gläubiger, der, soweit es sich um innere Verschuldung handelt, diesen sehr wohl auferlegt werden kann, ohne daß darunter notwendig das Ganze der Wirtschaft leiden müßte.

Anders verhält es sich allerdings mit der äußeren Verschuldung. Diese läßt sich auch durch die radikalsten Vermögensabgaben nicht vom Gemeinwesen abwälzen. Sie wird bei besserer Verteilung des Eigentums zwischen Gemeinwesen und Privaten zwar sicher mit minderem Druck auf den Einzelnen lasten, aber die Gemeinschaft als Ganzes muß auf jeden Fall für sie aufkommen; auch der Betrag, den ihre Tilgung oder Verzinsung erfordert, muß also durch Steigerung der Produktivität der Wirtschaft aufgebracht werden. Gelingt es deshalb nicht, aus dem verringerten oder verschlechterten Fundus der Wirtschaft durch ökonomischere Arbeitsmethoden, richtigere Zusammensetzung der Produktion und bessere Güterzirkulation wesentlich höhere Erträge herauszuholen, so bleibt der Bevölkerung nichts anderes übrig, als sich die weitestgehenden Entbehrungen aufzuerlegen, um die von außen bezogenen Vorschüsse zurückzahlen zu können.

Da nun die Mittelmächte infolge ihrer Absperrung und Isolierung während des Krieges äußere Schulden nur in relativ geringem Maße aufgenommen haben, da selbst speziell für Deutsch=österreich, wofern die Auseinandersetzung mit den Teilstaaten nur nach einigermaßen gerechten Prinzipien vor sich geht, die äußere Verschuldung nicht allzuschwer ins Gewicht fällt, braucht man auch ihretwegen hinsichtlich der Entschuldungsmöglichkeiten auf dem Wege der Vermögensabgabe keineswegs zu pessimistisch zu sein. Gefahren erwachsen uns vielmehr vor allem aus dem Zwang, uns zur Wiederinstandsetzung der Wirtschaft, zur Ver=sorgung unserer Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigen während der Übergangszeit und angesichts eventueller Schadenswiedergut=machungen für Verwüstungen in Feindesland, im Frieden er=heblich ans Ausland verschulden zu müssen. So große Schwierig=keiten hieraus aber auch erwachsen, sicher ist, daß ein nach innen wirtschaftlich und finanziell konsolidiertes Gemeinwesen mit diesen weit eher wird fertig werden können.

Fürs erste müssen wir jedenfalls daran gehen, mit der Ver=kehrtheit aufzuräumen, daß Private viel leichter Kredit im Ausland finden, als der Staat, nur weil das sogenannte „Nationalvermögen" in Wirklichkeit nichts anderes ist, als das Vermögen Einzelner in der Nation, während die Nationalschuld tatsächlich kollektiv auf der Gesamtheit lastet. So daß zur gleichen Zeit, wo sich die riesigsten Summen positiven Kapitals in den Händen Privater ansammeln, das Gemeinwesen für ins Ungemessene wachsendes negatives Kapital haftbar wird.

Auch nach dieser Richtung kann nur eine gründliche Um=gestaltung der bisherigen Eigentumsordnung, die in umfassender Repropriation der Gemeinschaft gipfelt, vollkommenen Wandel schaffen. Das einzig wirksame Mittel zur Erreichung dieses Zweckes sind aber weitgehende Vermögenszuwachssteuern, denen sich ebenso radikale Vermögensabgaben anschließen, die — indem sie durch ausreichende Heranziehung der im Besitz Privater befindlichen Sach= und Papierwerte sowohl eine wesentliche Ver=ringerung der Schulden, wie die volle materielle Deckung der verbleibenden zur Folge hätten — im Verlauf eine Sanierung des öffentlichen Haushalts und der Volkswirtschaft zustande brächten, die durchaus genügte, um das Gemeinwesen in vergleichs=weise raschem Tempo zu vollster Leistungsfähigkeit emporzuheben.

Trachtet man jedoch nicht auf diesem Wege die innere Verschuldung zu beseitigen, so wird man auch der äußeren Verschuldung nicht Herr zu werden imstande sein, sondern unausweichlich dem Staatsbankerott zutreiben.

Ist also unbestreitbar, daß Staatsbankerott sich nur durch sehr hohe Vermögenssteuern aufhalten läßt, erscheint es weiters unleugbar, daß sehr hohe Vermögenssteuern nur in natura durchführbar sind, und ist es ebenso gewiß, daß bei Vermögenssteuern in natura, die die ganz großen Vermögen sogar bis zu drei Viertel des Gesamtbetrages für abgabepflichtig erklären, das private Unternehmertum nicht länger der Hauptträger der Wirtschaft bleiben kann, dann ist klar, daß derartige Vermögens- und Vermögenszuwachssteuern nur bei gleichzeitiger Sozialisierung der Wirtschaft möglich sind. Wer deshalb der Meinung ist, daß in unseren Tagen die Wirtschaft auch für partielle Vergesellschaftung der Produktionsmittel noch nicht reif ist, darf auch nicht für hohe Vermögens- und Vermögenszuwachssteuern eintreten, sondern muß einen andern Weg angeben, das Gemeinwesen aus seiner Not zu befreien.

Da ein solcher bisher jedoch noch von niemandem gewiesen wurde, so kann es nicht fraglich sein, ob man bei der Vermögensabgabe neben der Abgabe in Geld, namentlich für große Vermögen, auch die Abgabe in natura in Erwägung zu ziehen hat. Und es kann dies besonders für die Sozialdemokratie nicht fraglich sein, die vor der mit dieser notwendig verbundenen partiellen Vergesellschaftung der Produktionsmittel unmöglich zurückschrecken kann. Meinungsverschiedenheiten können vielmehr nur über die Art der Durchführung der Vermögensabgabe in natura bestehen, wie über den Umfang, in dem man sie zur Anwendung bringen will. Man wird so z. B. zu erwägen haben: Bei welcher Vermögenshöhe ist statt Abgabe in Geld oder Kriegsanleihe Abgabe in natura vorzuschreiben? Ist es in das Belieben des Staates oder der Steuerpflichtigen zu stellen, in welcher Form die Vermögensabgabe zu entrichten ist? Hat der Staat oder hat der Private das Recht zu entscheiden, welche Aktien oder welche Sachwerte an den Staat abzugeben sind? In welcher Weise hat die Aufteilung bei komplexen Gütern, wie Häusern, Fabriken, Grundstücken usw. zwischen Staat und Steuerpflichtigen zu erfolgen, wo hat Mitbesitz einzutreten, wo hypothekarische Belastung, wo wären private Güter

etwa in Aktiengesellschaften umzuwandeln, um ihre Teilbarkeit zu erleichtern, wo wäre die Umwandlung in offene Handelsgesellschaften vorzuziehen, wo hätte der Staat die Privaten in Geld herauszuzahlen, wo die Privaten den Staat? Und in gleicher Weise wäre auch eine Reihe anderer wichtiger und schwieriger Fragen bei der Naturalabgabe zu lösen. So kompliziert diese Probleme aber auch vielfach wären, man darf sich nicht einbilden, daß die kapitalistische Liquidierung des Staatsschuldenproblems — besonders da auch diese außerstande wäre, ohne Vermögensabgabe auszukommen — vor minder schwierigen Aufgaben stünde.

Jedenfalls ist soviel sicher, daß durch die Naturalabgabe vor allem das ungemein verwickelte Problem der Bewertung weitaus leichter zu bewältigen wäre. Gälte es etwa dem Besitzer eines Hauses eine Vermögensabgabe von 50 Prozent aufzuerlegen und man würde den Verkehrswert als Grundlage der Vermögensschätzung annehmen, so könnte sehr leicht der Fall eintreten, daß ein Haus, das heute einen Wert von 2 Millionen repräsentiert, in einem Jahr nur noch eine Million wert ist. Der Besitzer, der nun einen Kredit von einer Million aufgenommen hat, um seine Steuern zu bezahlen, würde dann schließlich zum Bettler, weil er sein Haus nicht gleichzeitig mit der Vermögensabgabe verkaufte. Würden wieder alle, um volle Sicherheit zu haben, gleichzeitig mit der Vermögensabgabe ihre Realitäten zu verkaufen trachten, so träte durch die Überflutung des Angebotes der schwerste Wertsturz ein, und die Vermögensabgabe würde das denkbar schlechteste Ergebnis zeitigen. Weitaus günstigere Verhältnisse hat die Naturalabgabe zur Folge. Der Hausbesitzer, dem eine Vermögensabgabe von 50 Prozent vorgeschrieben wird, erhält dann einfach den Staat zur Hälfte als Miteigentümer, der genau in der gleichen Weise an allen Wertschwankungen teilnimmt, wie er. Er ist damit vollkommen davor gesichert, selbst durch eine Abgabe von 50 Prozent zum Bettler zu werden.

Überhaupt nimmt man eine ganz falsche Stellung ein, wenn man selbst eine sehr hohe Vermögensabgabe unbedingt als gewaltsame Konfiskation auffaßt. Sie ist unter den obwaltenden Umständen eine soziale Sanierungsaktion. Dem Bürger, der von einer Million sogar 500.000 Kronen oder von 300.000 etwa 100.000 abgeben muß, wird immer noch ein geringeres Opfer zugemutet, wenn durch die Sanierungsaktion das Geld, das in seinem Besitz

verbleibt, zu vollwertigem Geld wird, als wenn er zunächst zwar viel weniger hergeben muß, aber nur über völlig entwertetes Geld verfügt, Tag für Tag von neuen Steuerschikanen heimgesucht wird, jeden Augenblick mit unvorhersehbaren Erschütterungen seiner Existenz rechnen muß, und obendrein nicht vor der Gefahr gesichert ist, daß schließlich doch ein Staatsbankerott kommt, der ihn um sein ganzes Vermögen, um jegliche Erwerbsmöglichkeit bringt.

Als völlig ausreichende Sanierungsaktion kann sich aber freilich nur eine einmalige radikale Vermögensabgabe bewähren, die wenigstens die größeren Vermögen auch in natura erfaßt, die wichtigsten Wirtschaftszweige vergesellschaftet und damit imstande ist, unter Ausgleichung der schroffsten Vermögensgegensätze die Volksgemeinschaft im Verlauf immer umfassender zu repropriieren.

4.

Wenn man in dieser Weise mittels gleichzeitiger partieller Sozialisierung der Wirtschaft — d. h. einerseits mittels völliger Übernahme einzelner Produktionszweige durch Staat, Länder, Gemeinden und freie Genossenschaften, andererseits durch Mitbesitz des Staates, der Länder und Gemeinden an einer Reihe zur vollen Vergesellschaftung noch nicht reifen Unternehmungen — eine radikale Vermögensabgabe überhaupt erst möglich gemacht hat, dann kann man auch an verschiedene sonstige Maßnahmen zur Konsolidierung des Staatshaushaltes, zur Erzielung einer immer aktiver werdenden Bilanz zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben herantreten. Es wäre hierbei zu denken:

Erstens an hohe progressive Einkommensteuern, wie an hohe progressive Erbschaftssteuern. Vor den einen wie vor den andern braucht man um so weniger zurückzuschrecken, je mehr die Großkapitalisten in Großrentner umgewandelt werden, da man auf den Rentner naturgemäß weit geringere Rücksicht zu nehmen hat, als auf jene Besitzenden, deren Vermögenswachstum zugleich die Voraussetzung der Erweiterung des Produktionsmechanismus bildet.

Zweitens könnte man die Kriegsanleihen, wenn sie erst in reichen Sachwerten ihre materielle Deckung fänden, auf einen tieferen Zinsfuß konvertieren, ohne befürchten zu müssen, daß

deshalb ihr Kurswert sinkt. Den hohen Zinsfuß hat man ja nur gewährt, um das scheinbar große Risiko, das mit der Zeichnung von Kriegsanleihe verbunden war, auszugleichen. Ist durch die volle materielle Bedeckung der Kriegsanleihen auch der Schein irgend eines Risiko beseitigt, dann steigt der innere Wert der Anleihen so sehr, daß selbst bei niedrigerem Zinsfuß ein relativ hoher Kurs aufrecht bleibt.

Drittens würden, je mehr Sachwerte in den Besitz der Gemeinschaft übergehen, durch alle Erfindungen, Entdeckungen und sonstigen Momente, die im Verlauf den Wert der Güterquellen kontinuierlich steigern, die Produktivität der Arbeit immer mehr erhöhen, die Bilanz des Staatshaushaltes stetig aktiver gestaltet; die Gemeinschaft würde notwendig fortgesetzt reicher, statt wie unter den bisherigen Verhältnissen Tag für Tag ärmer.

Viertens könnte ein Staat, dem die Erträge der Arbeitskräfte in immer weiterem Ausmaß voll zugute kämen, auch für die Arbeitskräfte entsprechend sorgen, wäre imstande, sie ihrem Leistungsvermögen gemäß zu entlohnen, dort die Handarbeit durch Maschinen zu ersetzen, wo dies technisch bereits möglich ist, was sich aber nur rentiert, wenn der Preis des Menschen nicht kontinuierlich unter seinen Kostenwert sinkt. Mit anderen Worten: Der repropriierte Wirtschaftsstaat brauchte die Arbeitskräfte, um sie optimal auszunutzen, nicht der Ausbeutung zu überantworten, könnte auf allen Gebieten systematische Menschenökonomie treiben und würde auf diese Weise eine Fülle überflüssiger Ausgaben zu vermeiden imstande sein. Vorzeitige Abnützung der Arbeitskräfte würde sein Budget nicht in dem heutigen Übermaß belasten. Tod, Not und Krankheit würden nicht mehr solche Riesensummen unproduktiv verschlingen, wie in unsern Tagen, wo alle Sozialpolitik sämtliche Übel nur in ihren Wirkungen lindern kann, statt sie in ihren Ursachen zu eliminieren.

Fünftens hätte der Staat so die Mittel, um alle die Aufgaben sozialpolitischer, kultureller und technischer Art — wie Vorbeugungs-, Fürsorge- und umfassende Sozialversicherungseinrichtungen auf modernster Grundlage, Errichtung von Wissenschafts-, Kunst- und Volksbildungsinstituten größten Stils, Straßen- und Kanalbau, Meliorationsarbeiten auf den verschiedensten Gebieten — energisch in Angriff nehmen zu können, die nur von öffentlich-

rechtlichen Körperschaften entsprechend durchgeführt zu werden vermögen, er müßte nicht weiter wie bisher als Bettler zum Privatkapital kommen, was immer er rechtzeitig an Unerläßlichem zu bewältigen sucht.

Sechstens wäre der Staat als machtvollster Leiter der Wirtschaft nicht nur imstande auf Vermehrung der Produktion hinzuarbeiten, sondern vermöchte mit Erfolg auch auf richtige Zusammensetzung der Produktion hinzuwirken, könnte nach der Rangordnung der gesellschaftlichen Erfordernisse produzieren, Produktion und Konsumtion, die einander bereits völlig entfremdet sind, wieder in Übereinstimmung bringen. Besonders die Produktion unproduktiver und minder produktiver Werte ließe sich auf diese Weise ganz wesentlich einschränken.

Siebentens hätte die kaufmännisch solide materielle Bedeckung der heute ganz und gar in der Luft schwebenden Anleihen und Noten zur sicheren Folge, daß die Valuta sich automatisch hebt, daß die Geldentwertung und mit ihr auch die wahnwitzige Teuerung aufhört, eine Wirkung, auf die um so bestimmter zu rechnen ist, wenn der nach innen entschuldete Staat wieder leichter und billiger Kredit im Ausland fände und so durch gesicherten Rohstoffbezug auch das Mißverhältnis von Nachfrage und Angebot in raschestem Tempo zum Schwinden zu bringen vermöchte.

Achtens käme als weiteres Mittel zur Konsolidierung des Staatshaushaltes, zur Sanierung des Volkshaushaltes auch sukzessive Verstaatlichung des Außenhandels in Betracht, die den internationalen Güteraustausch auf eine ganz neue Grundlage stellen würde. Die Völker würden sich dann das, was sie von einander benötigen, durch wechselseitige Naturallieferungsverträge zu sichern imstande sein, wären davon erlöst, auf die anarchische Zufallsbetätigung Privater in dieser Existenzfrage angewiesen zu sein, würden von den Machenschaften der wütenden Konkurrenz der Imperialismen befreit, hätten in ihren geschützten Wirtschaftsbeziehungen das zuverlässigste Fundament ihrer friedlichen Zusammenarbeit. Obendrein wären damit dem Staat neue reiche Einnahmequellen an Stelle der nun vermeidbaren Zölle eröffnet, unter gleichzeitiger Verkleinerung des Rüstungsbudgets, das bisher am schwersten auf dem Gemeinwesen lastete, die allerwertvollsten Güter und Kräfte unproduktiv verschlang.

Hiermit wie mit zahllosem anderen, was der kapitalkräftige Wirtschaftsstaat gleichfalls in die Wege leiten könnte, käme das Gemeinwesen im Verlauf in eine immer günstigere Wirtschaftslage. Man würde so endlich einsehen, daß es weder etwas Natürliches, noch gar etwas Unabwendbares darstellt, daß ein Staat immer verschuldeter wird, daß man ein stets wachsendes Defizit keineswegs wie ein Fatum hinnehmen muß, daß ganz im Gegenteil fortschreitender Reichtum des Staates — angesichts der Fortschritte von Wissenschaft, Technik und Kultur — das allein Naturgemäße ist.

Nun wird allerdings trotz alledem immer wieder behauptet, es sei Illusion zu erwarten, durch Sozialisierung der Wirtschaft könne das Los der Massen wesentlich gebessert werden, namentlich, wo die Überführung der Privatbetriebe in Gemeineigentum gegen vollwertige entgeltliche Ablösung erfolgt. Verschlänge doch die Rente, die dann an die ehemaligen Besitzer gezahlt werden müßte, die ganzen Erträge, so daß dem Gemeinwesen keine Überschüsse verblieben, die es zur Verteilung zu bringen vermöchte. Und seine Situation verschlechtere sich notwendig noch mehr, sobald es ihm etwa nicht gelänge, die Eigenbetriebe mit demselben Erfolge zu bewirtschaften, als das private Unternehmertum. Überdies habe die Gesellschaft dann ja auch die Verluste an minder rentierenden Unternehmungen zu tragen, das gesamte Risiko, das sonst den Einzelnen zufalle, laste nun auf ihr — es sei darum im höchsten Maße unwahrscheinlich, daß die Sozialisierung der Wirtschaft dem Gemeinwesen Vorteil bringe.

So bestechend diese Argumentation jedoch auf den ersten Blick erscheint, als so oberflächlich erweist sie sich bei genauerer Prüfung. Diese offenbart vielmehr auf das deutlichste, wie gerechtfertigt das Mißtrauen ist, das es von vornherein erwecken muß, das skrupellos vor keiner Ausbeutung zurückschreckende Großkapital mit einem Male so besorgt um die Interessen des Proletariates zu sehen.

Besonders folgende Momente sind es, die die ganze so überaus schlaue Beweisführung ad absurdum führen: 1. Die zahlreichen Ersparnisse verschiedenster Art, die in der vergesellschafteten Wirtschaft durch Verbesserung der Produktionsmethoden, durch Zusammenlegung der Betriebe, Verminderung der Konkurrenz, Ausschaltung des Zwischenhandels, Vermeidung

überflüssiger Reklamespesen, Rationalisierung der Arbeit und vieles andere möglich wären. 2. Der Wegfall einer Fülle ungeheuerster Ausgaben, wenn in der Gemeinwirtschaft systematischste Menschenökonomie zum Ausbau gelangen kann, weil es in ihr nicht mehr nötig ist, aus fiskalischen Steuerinteressen heraus die private Ausbeutung aufs nachhaltigste zu fördern. Ist es doch in der Gemeinwirtschaft nicht wie in der Privatwirtschaft, wo die gesellschaftliche Teilung so vor sich geht, daß der private Unternehmer sich den Löwenanteil des äußeren Mehrwerts aller Arbeit aneignen darf, während der organische Minderwert, der infolge der vorzeitigen Abnützung der Arbeitskräfte entsteht, der Gemeinschaft als Defizit zufällt. Auch wo Gemeinbetriebe darum geringere Erträge abwerfen, als Privatunternehmungen, ist daraus nicht von vornherein zu schließen, daß sie unwirtschaftlicher funktionieren; sie können, wenn sie ihren Arbeitern und Angestellten bessere und gesichertere Existenzbedingungen gewähren oder so geleitet werden, daß sie in erster Linie dem Allgemeininteresse zu dienen suchen, sehr wohl trotz geringerer Rentabilität ein weitaus höheres Niveau gemeinnütziger Produktivität erreicht haben. 3. Indem Gemeinwirtschaft die individuelle Profitwirtschaft durch soziale Bedarfsdeckungswirtschaft ersetzt, wirkt sie auf Produktion nach der Rangordnung der gesellschaftlichen Bedürfnisse hin, schränkt sie die Produktion von unproduktiven Gütern erheblich ein, sorgt sie für eine den ganzen Volkskörper gesund durchblutende Güterzirkulation, bringt sie Produktion und Konsumtion in immer bessere Übereinstimmung, steht sie mit ihrem immer klareren Überblick über den tatsächlichen gesellschaftlichen Bedarf nicht vor stets wiederkehrenden Absatzkrisen, ist sie auf Grund ihrer weitaus reicheren Verwendungsmöglichkeiten der heimischen Arbeitskräfte nicht kontinuierlich von der Gefahr der Massenarbeitslosigkeit bedroht, vermag sie Einfuhr und Ausfuhr so zu regeln, daß niemand aus Mangel an den unentbehrlichsten Subsistenzmitteln zur Auswanderung gezwungen ist, kann sie die Kaufkraft der Bevölkerung stets im gleichen Maße heben, als die Produktivkraft steigt, ist sie infolge ihrer weit zuverlässigeren kaufmännischen Kalkulation und der erheblich größeren Stetigkeit der Preise imstande, das gesellschaftliche Risiko auf ein Minimum herabzudrücken. 4. Ein repropriiertes Gemeinwesen, das die wichtigsten Bedarfsgüter in vergesellschafteten

Betrieben herstellt und das auch die Verteilung gesellschaftlich regelt, ist nicht im gleichen Maße auf Kredit angewiesen, wie der besitzlose Steuerstaat. Es kann darum mit einer wesentlich geringeren Menge an Zahlungsmitteln auskommen, d. h., ist imstande, Schritt für Schritt soviel von dem über alles Maß vermehrten Notenmaterial einzuziehen, daß dadurch bei der allmählichen Verminderung der Disproportion von Nachfrage und Angebot, die mit der Rückkehr normaler Verhältnisse in der Friedenswirtschaft automatisch eintritt, auch fortschreitender Abbau der Preise und gleichsam organisch sich einstellende Hebung der Valuta gewährleistet erscheint. — Soweit jedoch auch der reproprïerte Wirtschaftsstaat, in dem die Kreditwirtschaft in weitem Umfang durch Naturalwirtschaft auf ganz neuen Grundlagen verdrängt wird, noch Kredit benötigt, wird er zu dessen Beschaffung nicht mehr des in wenigen Händen konzentrierten Großkapitals bedürfen, sondern nun das Spargut der Bevölkerung, wo er dieses selber produktiv zu verwerten vermag, ohne Vermittlung privater Finanzinstitute direkt in seine eigenen Kassen leiten und so eine Fülle äußerst kostspieliger privater Zwischengewinne ausschalten können. 5. Bei großer Ausdehnung der Gemeinwirtschaft werden die Passiven des Gemeinwesens nicht nur aus allen diesen Gründen die Tendenz haben beständig zu sinken; sondern ebenso wegen der zahllosen Ersparnisse und Mehrleistungen, die die fortschreitende Hebung der Volksgesundheit und Volkstüchtigkeit möglich macht, wie weil im Verlauf eine ganze Reihe von Kriegslasten, wie Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten, Retablierungsspesen der verschiedensten Art und manches andere Ähnliche von selbst zum Fortfall gelangen, so daß auch hierdurch die sanierte Wirtschaft immer mehr entlastet wird.

Zu alledem kommen aber noch weitere äußerst wesentliche Momente, die die Behauptung, Sozialisierung der Wirtschaft auf der Grundlage solidester Staatshaushaltsreform, könne die Lage der Massen nicht in großzügigstem Maßstabe verbessern, als durchaus unhaltbar erscheinen lassen. Und dies gilt namentlich für meinen Plan, die Sozialisierung der Wirtschaft auf dem Wege einer einmaligen radikalen Vermögensabgabe in natura zur Durchführung zu bringen. Glaubt man jedoch auch gegen diesen einwenden zu dürfen, bei ihm müßten ja gleichfalls die Zinsen der Kriegsverschuldung aus den

Erträgen der vergesellschafteten Unternehmungen bezahlt werden, so daß es für den Gesamteffekt völlig gleichgiltig bleibe, ob man mittels Steuern der verschiedensten Art den Zinsendienst bestreiten und die Anleihen allmählich tilgen wolle, oder ob man Unternehmungen sozialisiere, deren Erträge man doch wieder an die privaten Gläubiger abzuführen habe, so braucht man um eine Antwort auf dieses Argument keineswegs verlegen zu sein. Ist es doch vor allem ohneweiteres evident, wie ungeheuer viel damit allein schon geleistet wäre, wenn durch die mit der Vermögensabgabe kombinierte Sozialisierung der Wirtschaft, die bis nun völlig in der Luft schwebenden Staatsschulden eine vollwertige materielle Deckung erhielten. Ebenso relevant ist aber auch der Umstand, daß nur auf diesem Wege den Einzelnen Vermögensabgaben auferlegt werden könnten, die, trotzdem sie hoch genug sind, den öffentlichen Haushalt mit einem Schlage vollkommen zu konsolidieren, doch das Wirtschaftsleben durchaus nicht zu erschüttern brauchten, während bei jeder andern Methode das Gemeinwesen unter voller Aufrechterhaltung der Privatwirtschaft und des Privateigentums zu entschulden, zunächst nur ein relativ geringer, ganz und gar unzureichender Teil der im Krieg ausgegebenen fiktiven Werte aus der Volkswirtschaft wieder herausgezogen zu werden vermöchte. Jahrzehnte hindurch müßten wir dann vielmehr die unerträgliche Schuldenlast mit uns herumschleppen und so die längste Zeit das Gros der Bevölkerung zu härtestem Frondienst an ein müssiges Rentnertum ausliefern.

Und auch folgendes ist zur richtigen Einschätzung meines Programms aufs sorgsamste in Rechnung zu setzen: Die durch volle materielle Deckung gesicherten öffentlichen Schuldverschreibungen könnten angesichts des ganz erheblich verringerten Risikos sukzessive auf einen immer niedrigeren Zinsfuß konvertiert werden, ohne daß man zu befürchten brauchte, ihren Kurswert damit zu beeinträchtigen, und ebensowenig hätte man zu besorgen, durch hohe Besteuerung der großen Einkommen, die für die Steigerung der Produktivität unentbehrliche Konzentration des Kapitals und der Betriebe zu unterbinden, sobald die zu leistenden Abgaben nicht mehr wie in der Privatwirtschaft die hauptsächlichsten Träger des Produktionsprozesses träfen, sondern in der Gemeinwirtschaft vor allem von den in Rentner umgewandelten ehemaligen Besitzern der vergesellschafteten Unternehmungen gezahlt zu werden hätten.

Das heißt: Die sukzessive Konvertierung der öffentlichen Schuld, vereinigt mit hoher Besteuerung des Renteneinkommens, würde notwendig dahin wirken, daß ein immer geringerer Teil des Ertrags der vergesellschafteten Betriebe an deren ursprünglichen Besitzer zurückflöße. Überdies wäre dort, wo neben der Vermögensabgabe in natura soziale Verpapierung des Privateigentums durch käufliche Zwangsenteignung zur Anwendung gelangt, an Ablösungsrenten zu denken, die nur eine bestimmte Reihe von Jahren Anspruchsrechte an die Gemeinschaft gewährten. Konvertierung der Anleihen, angepaßt an den in der Gemeinwirtschaft notwendig sinkenden Zinsfuß für Leihkapital überhaupt, allmählich erlöschende Ablösungsrenten, wie gründliche progressive Besteuerung der hohen Einkommen — mit alledem müßten sich im Verlauf die arbeitslosen, auf Kosten der werktätigen Bevölkerung erzielten Gewinne Einzelner immer mehr einschränken.

Und endlich und schließlich würde durch Erbschaftssteuern, die in der sozialisierten Wirtschaft weit schärfer zugreifen dürften, als in der auf dem Privateigentum aufgebauten kapitalistischen, das große Assanierungswerk der Repropriation des Gemeinwesens seine Krönung erhalten. Wie nämlich mit den wachsenden Erträgen der Gemeinbetriebe und dem Erlös der Rentensteuern immer neue Unternehmungen unter entgeltlicher Enteignung sozialisiert zu werden vermöchten, so wäre es ebenso leicht möglich, mit dem, was der Gesellschaft — selbst bei sorgsamster Schonung der engsten Familienbande — im Erbgang zufallen könnte, Schritt für Schritt immer mehr von der öffentlichen Schuld zu tilgen, so daß endlich einmal der Tag kommen müßte, wo das Gemeinwesen im Besitz des größten Teiles der Güterquellen des Landes ist und, trotz blühenden Wohlstandes aller Einzelnen, keinerlei Schulden auf diesem mehr lasten hat.

Aus allem eben Angeführten sieht man, daß nicht der geringste Anlaß vorliegt, zu befürchten, auch trotz Sozialisierung der Wirtschaft und radikalster Vermögensabgaben würde sich an der Not der Bevölkerung nur äußerst wenig ändern lassen. Genau das Gegenteil ist der Fall! Die glanzvollsten Perspektiven eröffnen sich, wenn erst entschlossen und in systematischster Weise der eben beschriebene Weg beschritten wird.

5.

Das Projekt, die Vermögensabgabe in natura mit fortschreitender Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu kombinieren, würde vor allem das Agrarproblem zur befriedigendsten Lösung bringen. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft versichern uns alle fachmännischen Autoritäten, daß es durchaus nicht utopisch ist, zu erwarten, bei Durchführung der entsprechenden sozialen und technischen Reformen werde sich eine ganz erhebliche Steigerung der Erträge sehr wohl erzielen lassen. Vorsorge für genügende Auffrischung des Bodens durch Beschaffung reichlichen künstlicher Düngestoffes, Einführung maschinellen Betriebes, wo Handarbeit unzulänglich ist, Erziehung der Bauernschaft zur Anwendung den modernsten Arbeitsmethoden, Vergenossenschaftung des Kleinbesitzes, um ihn leistungsfähiger zu machen, staatliche Übernahme des Großbetriebs, damit er nicht mehr im Interesse des privaten Profits, sondern im Interesse des öffentlichen Bedarfs verwaltet wird, zentral geregelter Anbau durch die Gemeinschaft, Übernahme der Lebensmittelverteilung durch Staat, Länder, Gemeinden und freie Genossenschaften, Beseitigung jeglichen die Produkte verteuernden privaten Zwischenhandels auf diesem Gebiete, ökonomischste Verwendung des Bodenertrags zur Ernährung der Menschen einerseits, zur Aufzucht des Viehs andererseits, Vermeidung jeglicher Verschwendung von Bodenfrüchten für Luxuszwecke, wie Alkoholproduktion und Ähnliches, statt sie dem Aufbau eines gesunden Nachwuchses zuzuführen — alle diese unabweisbaren Maßnahmen zur richtigeren Zusammensetzung der Produktion, wie zur Steigerung ihres Ertrags, sind aber unmöglich im Rahmen der heutigen von privaten Profitinteressen allein bestimmten Privatwirtschaft.

Trotzdem spricht natürlich nichts dagegen, bäuerlichen Kleinbesitz, der der Selbstversorgung derer dient, die ihn bewirtschaften, in Privateigentum zu belassen. Und auch mittlerer Besitz braucht nicht durchwegs vergesellschaftet zu werden, sofern der für den Verkauf bestimmte Ertrag an kommunale, provinziale oder staatliche Zentralen zu einem von den Produzenten, Konsumenten und öffentlichen Funktionären gemeinsam bemessenen Preis abgeführt werden muß, den demokratisch zusammengesetzten Wirtschaftsbehörden auf den Anbau und die Bodenausnutzung, den Arbeiterräten auf die Arbeits- und Lohnbedingungen

ein entsprechender Einfluß eingeräumt wird, und andererseits dafür gesorgt ist, daß durch richtige Abgrenzung der Parzellen, durch Zugänglichmachung aller für die Steigerung der Produktivität erforderlichen Maschinen, Geräte und Hilfsstoffe, soviel als irgend möglich aus den einzelnen Wirtschaften herausgeholt zu werden vermag. Daneben wäre freilich mittels ausreichender staatlicher, provinzialer und kommunaler Kreditgewährung zugleich auf höhere Sicherheit der selbständigen Bauern hinzuwirken, indem man ihnen namentlich in der schwierigsten Übergangszeit die Umwandlung von Papierwerten in Sachgüter nach Kräften erleichtert, sie davor bewahrt, diese mit Wucherpreisen bezahlen zu müssen, durch die sie sich über alles Maß an Private zu verschulden genötigt wären, sie weiters keinerlei erbitterndem Steuerdruck aussetzt, und auf diese Weise die neuen im Interesse der Gemeinschaft auferlegten Verpflichtungen durch soziale Entlastungen ausgleicht, die ihnen trotz der höheren einmaligen Abgabe eine weitaus bessere und stabilere Existenz garantieren, als im besitzlosen Steuerstaat.

Der Großgrundbesitz hingegen, allem voran die in Fideikommiß befindlichen Latifundien und die Güter der toten Hand, ebenso wie jeglicher privater Grundbesitz, der einen bestimmten nicht zu hoch bemessenen Umfang übersteigt, müßte unbedingt zur Vergesellschaftung gelangen, damit dieses wichtigste Produktionsgebiet dem Gemeinschaftsinteresse entsprechend verwaltet zu werden vermag. Gleichviel ob man die in Gemeineigentum übergehenden Grundstücke und landwirtschaftlichen Betriebe dann auch zentral bewirtschaftet oder ob man es vorzieht, sie in Erbpacht zur Aufteilung zu bringen, um ein gesundes und zahlreiches Bauerntum zu schaffen, um auf dem Wege innerer Kolonisation den unzähligen Kriegsinvaliden ein sie befriedigendes und ihnen zuträgliches Feld der Betätigung zu eröffnen, um der Landflucht zu steuern, die Arbeitslosigkeit in den Städten zu vermindern — jedenfalls ist nicht daran zu zweifeln, daß die heutige Verteilung des Grundbesitzes nicht aufrecht erhalten bleiben darf, sollen die Bodenerträge gesteigert, Wirtschaft und Gesellschaft auf ein höheres Kulturniveau gehoben werden.

Desgleichen ist es unabweisbar, den städtischen Grundbesitz, wie den Wohnstättenbau in weitem Umfang zu vergesellschaften, damit dem Grund- und Häuserwucher und

mit diesem zugleich der unhygienischen Wohnweise des Proletariats, die die Wurzel der schwersten sozialen Übel bildet, ein Ende bereitet werden kann. Auch zur Erreichung dieses Zwecks ist aber Vermögensabgabe in natura der einzige Weg, weil es ausgeschlossen ist, den privaten Grundbesitz anders zu behandeln, wie jeglichen sonstigen Besitz und nur rohe Gewalt daran denken könnte, etwa lediglich den Grundbesitz unentgeltlich zu enteignen. Selbst bloß teilweise entgeltliche Enteignung wäre jedoch für einen über und über verschuldeten Staat ganz und gar unmöglich. Mit Hilfe der Vermögensabgabe allein vermag das Gemeinwesen zu den Mitteln zu gelangen, die Vergesellschaftung der Wirtschaft in jedem beliebigen Umfang zur Durchführung zu bringen, ohne Einzelne vergewaltigen zu müssen und kann es sich daneben noch all das gegen käufliche Ablösung aneignen, was ihm nicht ohnehin schon mit dem Kriegsschuldenersatz der Besitzenden kostenlos zufällt.

Versteht es das Gemeinwesen dann ökonomischer zu wirtschaften als das private Unternehmertum, worauf das übereinstimmende Interesse Aller hindrängen wird, so verbessert sich seine Lage, wie die sämtlicher Bürger von Tag zu Tag mehr. Die kulturelle Reife des Volkes ist es nun allein, die über das gemeinsame Schicksal entscheidet, von der es abhängt, in welchem Tempo der soziale Mehrwert steigt, die dem Verbrauch zuführbaren Überschüsse sich erhöhen.

6.

Überhaupt wird die Sozialisierung der Wirtschaft heute als *weitaus schwieriger* angesehen, als sie tatsächlich ist. Die scheinbar unüberwindlichen Schwierigkeiten erwachsen nämlich vor allem daraus, daß man einerseits nicht genügend zwischen der *Vergesellschaftung des Eigentums* und der *Demokratisierung der Betriebe* unterscheidet und andererseits die *Vielfältigkeit der Möglichkeiten partieller Sozialisierung der Wirtschaft* nicht ausreichend berücksichtigt.

Wie man die Betriebe *demokratisieren* kann, ohne den Besitz zu *sozialisieren*, so ist auch das Umgekehrte sehr wohl denkbar. Die bloße Demokratisierung der Betriebe zeitigt aber naturgemäß ganz andere Folgen, als die mit dieser verbundene Soziali-

sierung des Besitzes. Wo die Vergesellschaftung von Unternehmungen z. B. in der Weise durchgeführt wird, daß sich Staat, Länder oder Gemeinden am Mitbesitz von Wirtschaftsobjekten begnügen, ist es keineswegs ausgeschlossen, daß die hauptsächliche Leitung weiter Privaten überlassen bleibt, neben denen öffentlichen Funktionären, wie Arbeitern und Angestellten nur ein relativ beschränkter Einfluß in Gestalt bestimmter Aufsichts= und Einspruchsrechte zusteht. Dies ist in noch höherem Grade der Fall, wo das Gemeinwesen bloß am Ertrag von Privatunternehmungen partizipiert, ohne am Besitz teilzunehmen. Jedenfalls läßt sich aber Sozialisierung des Besitzes und Demokratisierung der Betriebe nach den verschiedensten Gesichtspunkten kombinieren, so daß das Gemeinwesen in weitem Ausmaß repropriiert zu werden vermag, ohne daß das Unternehmertum in gleichem Umfang ausgeschaltet zu werden braucht; während freilich andererseits der Demokratisierung der Betriebe von vornherein die engsten Grenzen gesetzt sind, wenn ihr nicht wenigstens partielle Vergesellschaftung des Besitzes parallel geht. Richtig beurteilt man die Bedeutung der Sozialisierung der Wirtschaft darum nur, wenn man das Entscheidende an ihr in der Veränderung der Besitzverteilung zwischen Gemeinwesen und Privaten erblickt, in jener Umgestaltung der Besitzverhältnisse, die einen beträchtlichen Teil des Privateigentums an Produktionsmitteln in Gemeineigentum überführt und damit das Gemeinwesen an Stelle von einzelnen Bürgern zum mächtigsten Kapitalkonzentrator erhebt. Diesem fließen dann nicht bloß die gewaltigsten Erträge aus der Wirtschaft direkt zu, sondern es nimmt nun auch an aller Wertsteigerung der Güterquellen selber teil.

So sehr jedoch staatlicher, provinzialer oder kommunaler Mitbesitz an Privatunternehmungen schon geeignet ist, eine Entwicklung in dieser Richtung zu begünstigen, so hat durchgreifende Änderung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unbedingt zur Voraussetzung, daß eine Reihe von Produktionszweigen vollkommen in öffentlich=rechtliche Monopole umgewandelt werden. Einzig und allein hinsichtlich solcher Unternehmungen, die das Gemeinwesen ganz in seinen Besitz und seine Verwaltung übernehmen will, muß aber die Frage aufgeworfen werden, ob die Wirtschaft auf diesem Gebiete bereits reif zu ihrer Vergesellschaftung im weitesten Sinne ist.

Es ist nun von vornherein unbestreitbar, daß auch für derartige volle Vergesellschaftung eine ganze Reihe von Wirtschaftszweigen in ihrer Entwicklung weit genug fortgeschritten ist. Dies gilt vor allem für die großen Gebiete der Urproduktion. Die gesamten Berg- und Hüttenwerke ließen sich gewiß schon heute, ohne in ihrer Leistungsfähigkeit zu leiden, vom Gemeinwesen übernehmen und in umfassende öffentlich-rechtliche Monopole umwandeln. Kohle, Eisen und sonstige Bodenschätze würden sicherlich nicht in sozial unwirtschaftlicherer Weise zur Verteilung gelangen oder in geringerer Menge und unter ungünstigeren Bedingungen für die Allgemeinheit zutage gefördert und verarbeitungsreif gemacht werden können, wenn die staatliche Initiative an die Stelle der privaten träte, wenn das Streben nach Erhöhung des gesellschaftlichen Mehrwerts die Rolle des individuellen Profitinteresses übernähme. Ganz im Gegenteil ist dann mit Bestimmtheit auf eine wesentlich verbesserte Güterzirkulation, auf eine erhebliche Steigerung der Erträge zu rechnen.

Nicht minder trifft dies auf den Ausbau der Wasserkräfte, auf Gas- und Elektrizitäterzeugung, wie Verwertung zu, desgleichen auf die Stickstoffgewinnung, auf Salz (sofern es nicht bereits staatliches Monopol ist), auf Kali und Petroleum (wo solches vorhanden), wie auf eine Reihe von ähnlichen Produkten (Kunstdünger usw.) zu.

In Gemeinbetrieb überführen läßt sich ebenso, zumindestens zu einem beträchtlichen Teil, die Landwirtschaft inklusive Viehzucht, besonders soweit sie ohnehin schon zu Großbesitz zusammengeballt ist. Mittlere und kleine Betriebe wären leicht mit Erfolg unter staatlicher, provinzialer oder gemeindlicher Leitung zu syndizieren oder zu vergenossenschaften. Ohne unüberwindbare Gefahren für die Wirtschaftsführung könnten weiters schon heute die Forste und Teile des Holzhandels vergesellschaftet werden. Von der Verstaatlichung des Mahlgewerbes, wie der des Getreidehandels wissen wir, daß Viele für sie eintreten, die im übrigen Sozialisierungsprojekten durchaus ablehnend gegenüberstehen. Staatliche, provinziale, kommunale und genossenschaftliche Viehverwertung ist innerhalb des Bestehenden bereits mannigfach anzutreffen, und dort, wo sie besteht, funktioniert sie in der Regel durchaus zufriedenstellend. Hinsichtlich des ganzen Approvisionierungsgewerbes drang schon vor dem Krieg

die Sozialisierungstendenz immer siegreicher vor, die Milch=produktion ist namentlich in Deutschland zum großen Teil ver=genossenschaftet, ist dort quantitativ wie qualitativ am leistungs=fähigsten, wo dies der Fall ist und das gleiche ist hinsichtlich der vergenossenschafteten und kommunalisierten Brotproduktion zu konstatieren.

Daneben halte man sich überhaupt die Fülle verschieden=artigster Wirtschaftsbetriebe vor Augen, die in unsern Tagen bereits in kommunalem Betrieb stehen und sich unter kommunaler Leitung in so hohem Maße bewährt haben, daß niemand ihre Rückverwandlung in private Unternehmungen wünscht. Dies sogar auch vielfach dort, wo in den Kommunal=vertretungen angesichts des rückständigen Wahlmodus noch keineswegs ausreichende demokratische Kontrolle möglich ist. Es ist darum keine Frage, daß der Kommunalisierung noch ein sehr weites Betätigungsfeld offen steht, und daß, je demokratischer die Kommunen organisiert werden, desto günstigere Ergebnisse von ihren Eigenbetrieben zu erwarten sind. Dies ist schon deshalb von der größten Wichtigkeit, weil viele Unternehmungen, die sich für Übernahme durch den Staat oder durch die Länder nicht eignen, gerade bei Kommunalisierung vortrefflich gedeihen, wie die bisherige Erfahrung dies bei einer ganzen Reihe von Betrieben der verschiedensten Größe und Art unwiderleglich bewies. Die Blüte vieler deutscher Städte wäre nicht zustande gekommen, ohne ihre mannigfachen Eigenbetriebe, und auch Wien bietet in dieser Hinsicht die wertvollsten Belege. Die Städte und Gemeinden werden sicherlich imstande sein, sowohl ihre bisherigen Unterneh=mungen erheblich zu erweitern, wie ihre Eigenwirtschaft auf mancherlei neue Zweige auszudehnen, ja sie werden zur Sanierung ihres Haushaltes, zur besseren Erfüllung der so zahlreichen neuen Aufgaben, die auf sie einstürmen, genötigt sein, sich auf diesem Wege neue Einnahmequellen zu erschließen. Voraussetzung hierfür ist aber freilich, daß sie vom Staat wie von den Ländern ausreichend in diesen Bestrebungen unterstützt werden, wozu Staat und Länder nur befähigt sind, wenn sie über die Kapitalkraft verfügen, die hierfür erforderlich ist. Das wird dann der Fall sein, wenn sie mit der Sozialisierung des Besitzes und der Wirtschaft überall so weit gehen, als es möglich, ja notwendig ist, um sowohl das Maximum des Ertrages, wie die optimale Güterverteilung

zu erzielen und zu diesem Zweck bei allen Wirtschaftszweigen auf das Genaueste prüfen, inwieweit sie — ihrer technischen, resp. kaufmännischen Eigenart nach — ganz, oder wenn schon nicht ganz, zumindestens in bestimmten Teilen ehestens sozialisierbar wären.

Außer den bereits genannten Wirtschaftszweigen kommen für die Vergesellschaftung schon in nächster Zeit sicherlich noch in Betracht: Die gesamte Rüstungsindustrie, soweit sie in Hinkunft noch aufrechterhalten bleibt, die Spiritusfabrikation und der Spiritushandel, das Verkehrswesen zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft, die Herstellung und der Vertrieb aller Art von Verkehrsmitteln, die Alkoholindustrie, der Tabakbau, die Tabakverwertung und der Tabakhandel. All dies sind Wirtschaftszweige, die entweder zum Teil da und dort bereits von Staat, Ländern oder Gemeinden übernommen sind oder deren Übernahme selbst von Gegnern weitgehender Sozialisierung verlangt wird.

Darüber hinaus ist es in höchstem Maße wahrscheinlich, daß Teilgebiete der Metall-, Maschinen- und Holzverarbeitungsindustrie, des Baugewerbes, der Textil- und Bekleidungsindustrie, der Zucker- und Süßstofferzeugung, der Papierfabrikation, der Lederindustrie, der Schuhfabrikation, der Glas- und Porzellanerzeugung, der chemischen Industrie und noch zahlreicher anderer Branchen von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigwaren, wie auch der Großhandel auf einer ganzen Reihe von Gebieten sehr wohl für die Sozialisierung geeignet wären, wenn nur sorgfältig all das in ihnen weiter in privaten Händen bleibt, was unter gesellschaftlicher Verwaltung zunächst noch notwendig in seinen Leistungen zurückgehen müßte.

Aber selbst wenn man von der zuletzt aufgeführten Gruppe von Wirtschaftszweigen ganz absieht, weil hier die Sozialisierungsmöglichkeit noch als eine offene Frage angesehen wird, so gewährten die vorher erwähnten schon einen so breiten Spielraum für Gemeinwirtschaft, daß an sehr weitgehende Sozialisierung, die sich ohne irgend ein Wagnis bereits in nächster Zeit durchführen ließe, kein Zweifel bestehen kann. Und schließlich würde die Sozialisierung der Wirtschaft selbst in diesem beschränkten Ausmaß, deren Durchführbarkeit schon durch die Tatsachen bewiesen ist, ja auch in einem wesentlich engeren sogar bereits vollauf genügen, um

einen so großen Teil des Privateigentums in Gemeineigentum überzuführen, daß die Leitung der gesamten Volkswirtschaft in der Hauptsache auf die Gesellschaft überginge.

Dieses Ergebnis einer selbst nur teilweisen Sozialisierung ist deshalb vollkommen sicher, weil man ja weiß, über eine wie große wirtschaftliche und politische Macht Jene verfügen, in deren Händen die Urproduktion sich konzentriert, wie gewaltig bisher der Einfluß der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes war, so daß also, wenn auch nur die Kohle, die Erze und ein Teil des Grund und Bodens in den Besitz und die Verfügung des Gemeinwesens käme, damit allein schon dessen Stellung im Wirtschaftsleben ganz ungemein gestärkt würde. Großgrundbesitz, Schwerindustrie und Hochfinanz, das war bisher die Dreieinigkeit, die die nationale und internationale Weltherrschaft ausübte. Der Hochfinanz kam in diesem Bunde der Kapitalmagnaten gleichsam die Rolle des heiligen Geistes zu. Unzweifelhaft war sie die eigentliche Seele des Kapitalismus, jener rücksichtslosen privaten Profit- und Ausbeutungswirtschaft, unter der wir so namenlos litten. Entzieht nun die Vergesellschaftung der agrarischen und industriellen Urproduktion den herrschenden Klassen schon das Hauptfundament ihrer wirtschaftlichen und damit auch ihrer politischen Macht, so stürzt mit der Sozialisierung der privaten Bank- und Kreditinstitute ein weiterer überaus wichtiger Pfeiler ihrer Herrschaftsposition zusammen.

Die Sozialisierung dieser Institute ist aber am leichtesten durchführbar, weil überall dort die Sozialisierung die geringsten Schwierigkeiten bietet, wo Unternehmungen bereits in der Form von Aktiengesellschaften existieren. Warum sollte eine Aktiengesellschaft minder leistungsfähig werden, wenn ein Teil der Aktien, statt sich in den Händen irgend eines beliebigen Privaten zu befinden, in den Besitz des Gemeinwesens überginge. In deren Generalversammlung werden dann eben, statt daß ausschließlich Private stimmberechtigt sind, auch Funktionäre der öffentlich-rechtlichen Körperschaften mitzuentscheiden haben, was sicherlich dem Wohl des Volkes nur dienen kann, ohne die Geschäftsführung irgendwie ungünstig beeinflußen zu müssen. Auch heute strebt ja der Staat schon einen größeren Einfluß auf die Aktiengesellschaften an, weil er dies für die Wahrung der Allgemeininteressen für notwendig hält.

Wenn sein Aktienbesitz ihm diesen erhöhten Einfluß automatisch gewährt, so kann dem Gemeinwesen dies darum unmöglich als Übel erscheinen.

Würde dem Staat oder indirekt durch ihn den Ländern und Gemeinden auf dem Wege der Vermögensabgabe ein bestimmter Prozentsatz von allen Aktien zuströmen, so daß Staat, resp. Länder und Gemeinden an den einen Unternehmungen mehr, an den anderen weniger beteiligt wären, so gingen damit alle diese privatwirtschaftlich bereits vergesellschafteten Unternehmungen, in dem Ausmaß als Aktien von ihnen in die Hand von Staat, Länder und Gemeinden kämen, in deren Besitz über, und es hinge ganz von diesen öffentlich-rechtlichen Körperschaften ab, die Entscheidung darüber zu treffen, bei welchen Unternehmungen sie auf Grund des käuflichen Zwangsenteignungsrechtes ihren Aktienbesitz zu vergrößern wünschen, bei welchen ihnen die Aktienmenge genügt, die die Vermögensabgabe ihnen lieferte und bei welchen schließlich sie es vorziehen, ihren Aktienbesitz ganz oder zum Teil abzustoßen, um sich stärker an denjenigen beteiligen zu können, wo ihnen der Besitz der Mehrheit der Aktien und damit beinahe die ausschließliche Verfügungsgewalt im sozialen Wirtschaftsinteresse geboten erscheint.

Schon der Grad von Einfluß, der dem Gemeinwesen erwüchse, wenn ein Drittel oder selbst nur ein Viertel der Aktien der großen Bankinstitute durch die Vermögensabgabe dem Gemeinwesen zuflösse, läßt sich kaum überschätzen. Sind es doch die großen Bankinstitute, bei welchen sich gerade innerhalb des Bestehenden die stärkste Macht über weiteste Gebiete der Wirtschaft konzentriert, die eine Fülle von Einzelunternehmungen als oberste Instanz beherrschen, in allen Kartellen, Trusts und Syndikaten den ausschlaggebenden Faktor bilden. Wird der Staat durch seinen großen Aktienanteil deshalb zum Mitbesitzer an diesen Instituten, kann er in deren Generalversammlungen mit dem größten Applomb auftreten, schon weil die übrigen Aktien tausendfältig an Einzelbesitzer zersplittert sind, so erhält er hierdurch auch den tiefstgreifenden Einfluß auf all die zahlreichen Unternehmungen der verschiedensten Art, die von diesen Instituten abhängig sind, wird er mit seiner wachsenden Macht über sie auch zum Mitherrn in den größten Kartellen, Trusts und Syndikaten.

Hält man sich nun nur vor Augen, wie stark die Position des Gemeinwesens schon allein dadurch wird, daß die Urproduktion, also Kohle, Erze und ein Teil des Grund und Bodens in Gemeineigentum und Gemeinbewirtschaftung übergehen, vergegenwärtigt man sich weiter, wie viel sonst von Produktion, Verkehr und Handel teils bereits verstaatlicht, provinzialisiert, kommunalisiert oder vergenossenschaftet ist, wie viel sich ohne jegliche Schwierigkeit daneben noch verstaatlichen, provinzialisieren, kommunalisieren oder vergenossenschaften ließe, und denkt man sich hierzu noch partielle Sozialisierung der Bankinstitute, selbst nur in der Form öffentlichen Besitzes eines Teiles der Aktien dieser Gesellschaften, dann ist wohl jeder Zweifel ausgeschlossen, daß diese zunächst scheinbar bescheidene Sozialisierung der Wirtschaft nicht schon vollkommen ausreicht, um die Herrschaft des Privatkapitals über den Staat aufs erheblichste zu verringern, eine Entwicklung einzuleiten, die stetig und rapid fortschreitende Vergesellschaftung unaufhaltsam macht.

7.

Auch durch das Bedenken, das Gemeinwesen würde infolge seiner Beteiligung an vielen Privatunternehmungen erst recht in die Abhängigkeit des Großkapitals geraten, braucht man sich nicht beirren zu lassen. Dieses Bedenken fällt nur schwer ins Gewicht bei der Art von Kompagnieverhältnis zwischen Staat und Privatwirtschaft, an die die Verfechter des Bestehenden denken, um dem öffentlichen Haushalt zu neuen Einnahmen zu verhelfen. Wird hingegen die Schwerindustrie und der Großgrundbesitz in weitestem Umfang vollkommen vergesellschaftet und die Hochfinanz zum überwiegenden Teil staatlicher, provinzialer oder kommunaler Leitung unterstellt, so ist die Macht des privaten Unternehmertums an der entscheidenden Stelle gebrochen und von einer König-Gunther-Rolle für den Staat, wo er sonst noch als Mitbesitzer an Betrieben beteiligt ist, kann nicht mehr die Rede sein.

Über wie große Macht Schwerindustrie, Großgrundbesitz und Hochfinanz im Staate bisher verfügten, das hatte man ja während des Krieges ausreichende Gelegenheit zu beobachten. Diesen

festzusammengeschlossenen Gruppen kam sowohl die eigentliche Führung der gesamten Volkswirtschaft zu, wie sie auch den ausschlaggebenden politischen Faktor darstellten. Die großen Wirtschaftsverbände dieser Kategorien waren es, welche in Deutschland zuerst jene exorbitanten Kriegsziele aufstellten, die schließlich das ganze Volk ins Verderben brachten, indem sie diese mit Gewaltmitteln zu propagieren vermochten, gegen die sich, angesichts der unumschränkten völlig in den Dienst des Großkapitals gestellten Militärgewalt, niemand mit Erfolg aufzulehnen imstande war. Verlieren darum Großgrundbesitz, Schwerindustrie und Hochfinanz ihre allbeherrschende Führerstellung, gehen diese Wirtschaftszweige in den Besitz der Gemeinschaft über, so ist nicht mehr zu fürchten, daß die Entscheidung über die Grundfragen des öffentlichen Lebens den privaten Kapitalmagnaten überlassen bleibt, selbst wenn von den anderen Produktions- und Handelsunternehmungen zunächst nur ein Teil in den Besitz oder Mitbesitz öffentlichrechtlicher Körperschaften gelangt und für die übrigen die Privatwirtschaft noch eine Zeit lang fortbesteht.

Ebenso sind dann auch nach der Richtung keine ernsten Besorgnisse zu hegen, daß etwa die gemein- oder gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen in rein fiskalischer oder sonst irgendwie rückständiger Weise betrieben werden. Nur der kontinuierlich notleidende, von unerträglichem Schuldendruck belastete Staat ist gezwungen, unrationell zu wirtschaften, aus allen Unternehmungen, die sich in seinem Besitz befinden oder an denen er beteiligt ist, mehr herausschlagen zu wollen, als sie abwerfen können, sollen sie mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes geführt werden — nicht aber ein Staat, dessen Haushalt auf durchaus soliden Grundlagen ruht, der reich genug ist, um nicht zu raubbauartigen Arbeitsmethoden oder zu einer Preispolitik gedrängt zu sein, durch die erst recht furchtbarste Massenausbeutung begünstigt würde.

Das Maß der Beteiligung des Staates, resp. der öffentlichrechtlichen Körperschaften an der Wirtschaft bestimmt auch den Grad von Fiskalismus und starrem Bureaukratismus, der jeweils unvermeidbar ist. Je größer der Umfang der Gemeinwirtschaft wird, desto weniger braucht das Gemeinwesen an den einzelnen Unternehmungen zu verdienen, um seine Ausgaben bestreiten zu

können, desto weniger wird es zu einer Preispolitik seine Zuflucht nehmen, die die gesellschaftliche Eigenwirtschaft nur zu einem Umweg macht, sich auf neue Art mittels Verteuerung des Verbrauchs indirekte Steuern zu beschaffen. Gegen staatliche Raubbauwirtschaft wie gegen eine fiskalische Preispolitik wird die Bevölkerung sich übrigens durch ihre weitgehenden Kontrollrechte in den einzelnen Vertretungskörpern auch weit wirksamer zu schützen vermögen, als innerhalb des Bestehenden, wo sie weder auf die beinahe ausschließlich durch die freie Konkurrenz bestimmte Führung der Privatunternehmungen, noch auf die von der Not des Augenblicks einseitig determinierte Haushaltspolitik des Staates einen ausreichenden Einfluß üben konnte.

Wie die Verhältnisse bisher beschaffen waren, und wie sie namentlich angesichts der überaus erschwerten finanziellen Situation der Gemeinwesen künftig gestaltet sein werden, wird die politische Macht des Staates jedenfalls im selben Maße wachsen, wie seine wirtschaftliche Ohnmacht, wenn nicht ganz neue Wege zu seiner ökonomischen Reorganisation beschritten werden. Es läßt sich aber sicher keine größere Gefahr für das Wirtschaftsleben denken, als wenn einem in privaten Wucherhänden befindlichen Staat weitestgehende Rechte über dieses eingeräumt werden müssen, denn er wird von diesen dann bestimmt den schlechtesten Gebrauch machen, wie ein Vampyr alle gesunden Kräfte aus dem Volkskörper heraussaugen, ohne selbst zu Kraft und Leistungsvermögen gelangen zu können.

Zu welchen verhängnisvollen Finanzmaßnahmen ein von ständiger Notlage verfolgter Staat greift, dafür bietet uns gerade Österreich die lehrreichsten Beispiele. Wir hatten schon vor dem Krieg eine Besteuerung der Aktiengesellschaften, die die Entwicklung zu diesen leistungsfähigsten Betriebsformen aufs gewaltsamste unterband, Mietsteuern, die großzügigen Häuserbau und gesundes Wohnen unmöglich machten und indirekte Steuern, durch welche die Lebenshaltung der Massen auf ein so tiefes Niveau herabgedrückt wurde, daß darunter die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft auf dem Weltmarkt auf das schwerste litt. Was aber erst an Beeinträchtigung der natürlichen wirtschaftlichen Entwicklung, an Erschwerung des Verkehrs und Belastung des Verbrauchs zu erwarten ist, wenn der Staat die Profite der privaten Unter-

nehmer im höchsten Ausmaß zu steigern suchen muß, damit sein Anteil an diesen ausreicht, auch nur die Kriegsschulden zu verzinsen — von ihrer Tilgung ganz zu schweigen — davon kann man nicht leicht ein zu düsteres Bild entwerfen.

Eine ganz andere, weit günstigere Situation ergibt sich für den Staat wie für die gesamte Bevölkerung, wenn die Vermögensabgabe in natura dem Gemeinwesen die Möglichkeit gewährt, die agrarische und industrielle Urproduktion, die wichtigsten Verkehrs- und Handelszweige, wie das Bankwesen zu einem großen Teil an sich zu ziehen, und damit das Großkapital, gerade dort, wo es am souveränsten organisiert war, seiner Verfügungsgewalt zu unterwerfen. Auf diese Weise gelangt das Gemeinwesen nicht nur zu so tiefgreifender Wirtschaftsmacht, daß es im syndizierten Großkapital keinen Staat im Staate mehr zu dulden braucht, sondern aus diesem unverlierbaren Besitz erfließen ihm zugleich so reiche neue Einnahmequellen, daß der unerbittliche Zwang beseitigt ist, den Handel und Wandel auf allen Gebieten fiskalisch bedrücken zu müssen.

Mit anderen Worten: Je weniger das Gemeinwesen davor zurückschreckt, diejenigen Wirtschaftszweige zu vergesellschaften, die bereits weit genug in der Entwicklung vorgeschritten sind, um als öffentliche Unternehmungen einen sozialökonomisch höheren Ertrag abzuwerfen, als unter privater Leitung und in privatem Besitz, desto mehr Bewegungsfreiheit vermag es jenen einzuräumen, desto schonungsvoller kann es jene behandeln, die sich für gesellschaftliche Bewirtschaftung noch nicht eignen, in privaten Händen einstweilen auch gesellschaftlich noch nutzbringender funktionieren.

Damit ist gesagt: Ganz abgesehen von dem vitalen Interesse, das alle Arbeiter, alle Beamten, alle Fixbesoldeten, alle Verbraucher an der Konsolidierung des Staatshaushaltes durch eine einmalige hohe Vermögensabgabe mit gleichzeitiger Vergesellschaftung zumindestens von Großgrundbesitz, Schwerindustrie und Hochfinanz haben, muß ebenso die überwiegende Mehrheit der selbständig Erwerbstätigen bei richtiger Würdigung ihrer Lage erkennen, daß weit günstigere Aussichten für sie gegeben sind, wenn der Staat einmal und gründlich nimmt, dadurch aber wirtschaftlich saniert wird, als wenn er kontinuierlich und immer mehr von den

Erträgen wegsteuert, ohne trotzdem aus seiner passiven Bilanz und seinen stetig wachsenden finanziellen Verlegenheiten herauskommen zu können. Und dies ist um so mehr der Fall, da man ja bei einer einmaligen radikalen Vermögensabgabe, die die wichtigsten Produktionsgebiete in Gemeineigentum überführen will, nicht davor zurückzuschrecken braucht, die großen Vermögen mit so hohen Sätzen zu treffen, daß man die kleineren sehr wohl bloß mit relativ wenig fühlbaren Beträgen heranziehen darf.

Nichts törichter darum, als wenn sich mit Ausnahme der mächtigsten Kapitalmagnaten irgend jemand vor einer radikalen Vermögensabgabe, vor Vergesellschaftung der hierfür bereits reifen Teile der Wirtschaft oder vor Mitbesitz des Staates, der Länder und Gemeinden an solchen Unternehmungen fürchtet, bei denen öffentliche Kontrolle auf alle Fälle, sei es zur quantitativen oder qualitativen Hebung der Erträge, sei es zur besseren Verteilung und richtigeren Bewertung unvermeidlich wäre. E i n m a l i g e h o h e V e r m ö g e n s a b g a b e u n d p a r t i e l l e V e r g e s e l l s c h a f t u n g d e r W i r t s c h a f t i s t v i e l m e h r d e r e i n z i g e W e g d e m G r o s d e r s e l b s t ä n d i g E r w e r b s t ä t i g e n d a s M a x i m u m a n F r e i h e i t u n d E n t w i c k l u n g s c h a n c e n z u g e w ä h r e n, d a s n a c h d e r Z e r r ü t t u n g d e r W i r t s c h a f t d u r c h d e n v i e r j ä h r i g e n K r i e g ü b e r h a u p t m ö g l i c h i s t.

Wird jedoch nicht zumindestens ein Teil des Privateigentums in öffentliches Eigentum umgewandelt, erfolgt nicht zumindestens eine partielle Vergesellschaftung der Wirtschaft, so wird, mit Ausnahme der wenigen ganz großen Unternehmer, das gesamte Unternehmertum dem Staat ebenso ohnmächtig gegenüber stehen, wie der Staat selber den wenigen ganz großen Unternehmern. Von diesen, wie von dem völlig unter deren Botmäßigkeit stehenden Staat zugleich werden sie in drückendster Abhängigkeit gehalten sein, abwechselnd mit Dekreten der privaten Riesensyndikate und mit behördlichen Erlässen überschwemmt werden, für ihre Existenz unausgesetzt kämpfen müssen, um die Preissteuern, der ihre Staatslasten auf die Verbraucher abwälzenden Urproduzenten, die öffentlichen Steuern, des von den Gläubigern und seinen stetig unabweisbar wachsenden Bedürfnissen aufs härteste bedrängten Gemeinwesens, wie die fortgesetzt zunehmenden Lohnforderungen der durch die unaufhörliche Teuerung in

ihrem nackten Dasein bedrohten Arbeiter und Angestellten ertragen zu können. Die auf diese Weise unaufhörlich von neuem verschärfte Geldentwertung ihrerseits wird aber dem Gemeinwesen immer höhere Ausgaben verursachen — ein circulus vitiosus, der schließlich zum völligen Zusammenbruch führen muß.

Während uns so bei den veralteten Sanierungsmethoden des verschuldeten Steuerstaates alles zuruft: Verzweifl und stirb! tönt uns von überall her das verheißungsvollste: Blüh und gedeih! entgegen, wenn wir entschlossen daran gehen, durch ausreichende Vermögensabgaben den repropriierten Wirtschaftsstaat aufzurichten. Gemeinwirtschaft garantiert gesunde Güterzirkulation, die den gesamten Volkskörper aufs kraftvollste durchblutet, gestattet schon die Gütererzeugung nach den Erfordernissen der vorteilhaftesten Güterverwertung und Verteilung zu regeln, die Produktion, soweit dies möglich, an die für den Güterbezug und Güterabsatz günstigsten Standorte zu verlegen, die Umwandlung von Rohstoffen in Halbfabrikate, von Halbfabrikaten in Fertigware unter geringsten Verlusten und höchstem Ertrag zu bewerkstelligen, Zwischenspesen beim Übergang vom Erzeuger zum Verbraucher auf das Minimum zu beschränken und mannigfache andere Ersparnisse mehr, die der gesellschaftlichen Wohlfahrt zugute kommen. Durchweg also Ökonomisierungsmöglichkeiten, die der tausendfältig zersplitterten, auf individuellen Profit in erster Linie ausgehenden Privatwirtschaft nicht in annähernd gleichem Maße offenstehen, so sehr sie auch kapitalistische Betriebsersparnisse zu erzielen bemüht ist und vor keinerlei Massenausbeutung zurückscheut, um die Rentabilität der Einzelunternehmungen zu erhöhen. Privatwirtschaftliche Rentabilität kann eben die gemeinwirtschafliche Produktivität nie erreichen, weil diese von vornherein mit gesellschaftlich weitaus fruchtbareren Methoden arbeitet.

Könnte uns darum selbst die Gemeinwirtschaft auf der Grundlage wenigstens teilweise vergesellschafteten Eigentums nicht vor dem Ruin bewahren, so müßten wir hoffnungslos darauf gefaßt sein, uns auf Jahrzehnte hinaus nicht von der Katastrophe dieses Krieges erholen zu können. Eine Resignation, zu der wir aber angesichts der erreichten Höhe unseres kulturschöpferischen Könnens keineswegs genötigt sind!

8.

Oder doch? Werfen wir darum nochmals die für unser unmittelbares Schicksal ausschlaggebende Frage auf: Ist es angesichts des gegebenen Verhältnisses zwischen der Ergiebigkeit der Wertquellen des Landes und der Summe der verfügbaren Arbeitskräfte auch wirklich möglich, die Wirtschaft wieder zu neuer Blüte zu bringen, der Bevölkerung erträgliche Existenzbedingungen zu schaffen, reicht namentlich die Weltproduktion und der erhalten gebliebene Transportraum, bei geregeltem internationalen Güteraustausch auf der Grundlage wechselseitigen Entgegenkommens, aus, allen Völkern soviel zu geben, um ihre Arbeitskräfte vollauf beschäftigen zu können? Läßt diese Frage sich bejahen, ergibt sich, daß, wenn wir unsere Lage rein sachwirtschaftlich und arbeitstechnisch betrachten, keine Ursache zur Verzweiflung besteht, dann ist sie nicht verzweifelt, welche Riesenhöhe die innere Verschuldung auch erreicht hat. Wir sind nur bankerott, wenn wir sachwirtschafltich und arbeitstechnisch bankerott sind, wenn die Welt so verarmt ist, daß für alle einfach nicht mehr genug da ist, oder wenn unsere bisherigen Kriegsgegner, von fortdauerndem Haß und rücksichtsloser Ausbeutungsgier geleitet, unsere momentane Notlage dazu mißbrauchen wollten, uns in dauerndes Elend zu stürzen, so daß wir nicht weiter leben könnten, auch wenn der Staat Privaten im Lande gar nichts schuldig wäre. Ist hingegen zu erwarten, daß binnen kurzem wieder Rohstoffüberfluß in der Welt herrschen, der Transportraum nicht allzulange knapp bleiben wird, daß man nicht trachtet uns böswillig gewaltsam vom Weltmarkt abzusperren oder uns unerträgliche Kriegsentschädigungen aufzuerlegen, ist weiters anzunehmen, daß unser Sachvermögen sich im Krieg nicht um mehr verringert hat, als sich durch entsprechende Verbesserungen unserer Arbeitsmethoden ausgleichen ließe, daß unsere Volkskraft trotz aller Entbehrungen, trotz aller übermäßigen Inanspruchnahme während des Krieges soweit gesund geblieben ist, um sich bei ausreichender Pflege und sorgsamster Aufforstung zu voller Leistungsfähigkeit emporheben zu können, dann brauchten wir nur unter einer Bedingung mit den schwersten Besorgnissen in die Zukunft zu blicken, dann nämlich, wenn wir völlig außerstande wären, jenes Maß von äußerer Verschuldung zu ertragen, das die Voraussetzung

für unsere innere Sanierung bildet. Das heißt mit andern Worten: Staats- wie Volksbankerott erschiene nur unvermeidlich, wenn sachwirtschaftlicher Bankerott nicht aufgehalten werden könnte, wenn es schon aus Valutagründen ausgeschlossen wäre, vom Ausland die unentbehrlichen Rohstoffe für die Beschäftigung unserer Arbeitskräfte, für die Versorgung der Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigen, namentlich während der schwersten Übergangszeit, zu erhalten.

Die Sanierung des Gemeinwesens hat deshalb vor allem das Problem der äußeren Verschuldung zu lösen, Vorkehrungen zu treffen, durch die verhindert wird, daß unsere im Ausland zirkulierenden Anleihen und Noten unsere Valuta in einem Maße drücken, um geregelten Güteraustausch von vornherein unmöglich zu machen. Daß sich nach dieser Richtung durch systematische finanzielle Transaktionen, durch eine weitblickende Währungspolitik sehr viel leisten ließe, ist sicher. Es würde zu weit führen, in der vorliegenden Abhandlung auch in das Detail dieser ungemein verwickelten währungspolitischen Fragen einzugehen. Soviel kann aber auch ohne nähere Begründung unbedingt gesagt werden: Die moderne Kredittechnik ist weit genug entwickelt, um die Befürchtung ungerechtfertigt erscheinen zu lassen, ein Gemeinwesen würde einer selbst noch so starken vorübergehenden Kreditüberspannung wegen, sich vor dem Zusammenbruch nicht retten können. Sorgen wir darum nur in großzügigster Weise für radikale innere Entschuldung, so daß allein aus der Höhe unserer äußeren Verschuldung ein Zwang zum Staatsbankerott für uns erwachsen könnte, so wären für diesen jedenfalls nicht wir, sondern ausschließlich unsere fremden Gläubiger verantwortlich, die uns durch ihr mangelndes Entgegenkommen dazu nötigen, mit unserer Zahlungsunfähigkeit die Weltwirtschaft aufs schwerste zu gefährden. Da nun unsere fremden Gläubiger selbst das lebhafteste Interesse daran haben, uns nicht zum Bankerott zu drängen, da ihr Warenüberschuß sie bald wieder dazu zwingen wird, uns als Kunden in unserer Kaufkraft zu stärken, ist nicht zu befürchten, daß sachwirtschaftlicher Bankerott uns als unaufhaltsames Fatum bedroht. Wir dürfen bei ehrlicher organisatorischer Arbeit, die vor Beseitigung keinerlei ererbter Vorrechte zurückscheut und Alle ihrem Leistungsvermögen nach zur Abtragung und Bedeckung

der Kollektivschuld heranzieht, dann vielmehr mit Zuverlässigkeit darauf rechnen, trotz unserer zunächst rapid wachsenden äußeren Verschuldung, unsere Wirtschaft in solchem Tempo wieder aufbauen zu können, daß sie in nicht zu langer Zeit mit einer aktiven Bilanz abschließt.

Auch von der Größe unseres Landes wird das Schicksal unserer Bevölkerung nicht ausschlaggebend bestimmt sein. Man überschätzt die wirtschaftliche Bedeutung dieses Momentes jetzt ganz außerordentlich. Die Schweiz ist ärmer an nationalen Güterquellen, als die meisten anderen Staatsgebiete Europas, trotzdem steht sie wirtschaftlich glänzend da. Vor allem der Tüchtigkeit ihrer Bevölkerung dankt sie ihre so günstige Position. Und dasselbe ist hinsichtlich einer ganzen Reihe anderer Kleinstaaten zu konstatieren. Deutschösterreich hingegen ist, was seine naturalen Ressourcen anlangt, durchaus kein armes Land, verfügt über einen höchst begabten und überaus entwicklungsfähigen Menschenschlag, es braucht deshalb keineswegs pessimistisch für seine Zukunftsmöglichkeiten zu sein, wenn es nur mit der erforderlichen Entschlossenheit und Tatkraft seinen materiellen und organischen Reichtum zu nutzen strebt. Namentlich, wenn es sich — unter gleichzeitiger Herstellung geordneter Wirtschaftsbeziehungen zu den neugebildeten Teilstaaten — an das wirtschaftlich so hoch entwickelte Deutschland anschließt, bringt es eine Mitgift ein, mit der es zu einem um so begehrenswerteren Partner für dieses wird, als die Schätze, über die es verfügt, dann Dank deutscher Initiative und Zähigkeit sicherlich voll zur Förderung gelangen werden.

Zeigt sich somit, daß die trotz aller Verwüstung des Krieges erhalten gebliebenen Sach- und Menschenwerte sich nur in einem Ausmaß verringert haben, daß wir durch verbesserte Produktionsmethoden, durch Umstellung auf Qualitätsleistungen, durch entsprechende Sparmaßnehmen, durch radikale innere Entschuldung, die uns tragfähiger für äußere Schulden macht, sowie deren sukzessive Abzahlung begünstigt, durch eine äußere und innere Politik, die statt einander zu widersprechen, genau aufeinander abgestimmt sind, sehr wohl aus dem verringerten und verschlechterten Fundus im Verlauf so viel herauszuwirtschaften vermögen, als vordem aus dem größeren und besseren bei verschwenderischer Arbeitsweise, dann dürfen wir überzeugt davon

sein, daß wir, indem wir auf diesem Wege vor sachwirtschaftlichem Bankerott bewahrt bleiben, auch Staatsbankerott nicht mehr als unabwendbares Schicksal zu erwarten haben.

Angesichts dieser Sachlage hat deshalb vor allem die Sozialdemokratie zu erklären: Wir haben ein Programm, das Staatsbankerott ebenso zuverlässig vermeidet, wie Volksbankerott, das allmählich volle Gesundung der Wirtschaft, wie des öffentlichen Haushalts garantiert, das Allen volle Existenzsicherheit, ja nach einer Reihe von Jahren sogar eine bessere Existenz sichert, als vor dem Krieg — wofern sich nur die Besitzenden ihren unabweisbaren Pflichten der Gesamtheit gegenüber nicht länger entziehen dürfen, wofern nur Einzelne ebenso wie Länder und Gemeinden das Unerläßliche an Gemeinschaftsgeist und Gemeinschaftswillen aufzubringen genötigt sind, um das Gemeinwesen stark, den Staat zahlungsfähig zu machen. Einzig und allein, wenn diejenigen, auf die alles ankommt, sich aus Mangel an reformatorischer Großzügigkeit, aus gleichgültig über die Geschicke von Vaterland und Volk hinweggehenden egoistischen Sonderinteressen immer von neuem mit Erfolg gegen jede ehrliche soziale Sanierungsarbeit zur Wehre setzen können, werden wir unausweichlich in den Bankerott hineintölpeln — nach qualvollsten Bemühungen mit ebenso untauglichen wie brutalen Mitteln vergeblich Ordnung in das wachsende Chaos hineinzubringen — von einer Katastrophe heimgesucht werden, die an Grauenhaftigkeit nicht hinter den Schrecken des Krieges zurückbleibt. Diese Katastrophe wird Schuldige wie Unschuldige mit gleicher Härte treffen, den Besitzenden mehr nehmen, als selbst die radikalste Vermögensabgabe und namentlich die breiten Massen dem entsetzlichsten Elend überantworten.

Die bedrohlichsten Vorzeichen einer derartigen Entwicklung sind heute allenthalben bereits überdeutlich sichtbar. Wer nicht auf sie achtet, wird es bitter bereuen. Jahrelang hat die Sozialdemokratie in beredtester Sprache vor dem Krieg gewarnt — umsonst, man hörte nicht auf sie. Nun fühlt es Jeder, in wie hohem Maße er sich damit an dem Unheil mitschuldig machte, das über uns hereingebrochen ist. Auch gegenwärtig tritt wieder von Seite eines unabhängigen Sozialdemokraten die eindringlichste Mahnung an das Volk heran. Wird auch diesmal Jenen, die, nach dem jähen Zusammenbruch des Militarismus, nun aufs energischste auch die Beseitigung

des Kapitalismus verlangen, um weitere Millionen blühender Menschenleben und kostbarster Werte vor Zerstörung zu bewahren, nicht so viel Macht zuteil, als sie zur Verwirklichung ihres Gesellschafts- und Wirtschaftsprogrammes brauchen, dann wird die neue Katastrophe, die uns bedroht, uns ebensowenig erspart bleiben, als diejenige, deren wehrlose Opfer wir eben geworden sind. Unternehmer, Gewerbetreibende, Beamte, Angestellte, Arbeiter und Bauern, Männer wie Frauen — es geht Euch alle an, seid nicht engherzig und kurzsichtig in dieser großen Entscheidungsstunde, auf Jahre hinaus gestaltet sich jetzt Euer und Eurer Kinder Los.

Nur eine verschwindend kleine Schicht Überreicher und Bevorrechteter ist es, die ein vitales Interesse daran hat, daß die kapitalistische Profitwirtschaft mit allen ihren entsetzlichen Auswüchsen, daß die heutige Schuldknechtschaft des Staates an die privaten Monopolgewaltigen erhalten bleibt. Das ganze übrige Volk kann nur eines wünschen, eine Vermögensabgabe, die groß genug ist, den Übergang zur Gemeinwirtschaft zu ermöglichen, die Schritt für Schritt die nationalen Güterquellen in den Besitz der Gesamtheit bringt und so ein Gemeinwesen schafft, das stark genug ist, seine Beamten und Angestellten ausreichend zu entlohnen, Allen gesunde Existenzbedingungen zu gewähren, zu verhüten, daß der Staat vom Kapital ebenso ausgebeutet wird, wie die Arbeiter und Verbraucher.

Der Bankerott ist weit näher als man glaubt, wofern nicht entschlossen ganz neue Wege zur Sanierung der Wirtschaft und Gesellschaft beschritten werden. Er wird dann entweder infolge der Leichtfertigkeit, in Halbheiten stecken bleibenden Langsamkeit der Regierenden schleichend über uns kommen, oder plötzlich mit eruptiver Gewalt, infolge der Verzweiflung und Empörung der Massen. Vor der Gefahr des Staatsbankerotts, wie vor der Entfesselung wildesten Bolschewismus gibt es so nur eine Rettung: Rechtzeitige und umfassende Realisierung des Sozialismus! Für Staatsbankerott, wie für Umsichgreifen der Anarchie in den schlimmsten Formen wird darum allein diejenigen die Verantwortung treffen, die den Irrglauben verbreiten, kapitalistische Liquidierung des Krieges könne uns vor dem Ruin bewahren, die leidenschaftlich

bestreiten, daß mit der Privatwirtschaft jetzt unbedingt aufgeräumt werden muß, soll es gelingen, eine neue bessere Kultur aufzubauen.

Am meisten bloßgestellt werden dann aber freilich jene Sozialdemokraten sein, die selbst mit dem Gedanken des Staatsbankerotts spielen, oder die, obwohl sie an der Regierung teilnehmen, verblendet genug sind, es den besitzenden Klassen überlassen zu wollen, die Lösung des Staatsschuldenproblems mit den hergebrachten Methoden anzustreben. Nun wo sie mitverantwortlich für den Staat sind, müssen sie dieser Frage vielmehr ihr Hauptaufmerksamkeit zuwenden, in Vermeidung des Staatsbankerotts — auf dem Boden ihres Programms — die eigenste Sorge erblicken. Und zwar nicht nur wegen der Neigung der Besitzenden, den Staatsbankerott in erster Linie durch Begünstigung des Volksbankerotts zu verzögern, sondern schon deshalb, weil, wenn es zum Staatsbankerott kommt, trotzdem die Sozialdemokratie mit an der Macht ist, man diesen naturgemäß ausschließlich als Bankerott des Sozialismus brandmarken wird, so daß statt der Gegner der Sozialdemokratie, die Sozialdemokraten schließlich politisch am härtesten von der verschuldeten Krida des Staates betroffen sein würden.

Jetzt gilt es darum, Farbe zu bekennen in der Stärke des Glaubens an das ökonomische Leistungsvermögen der Aufhebung der alten Eigentumsordnung und der Sozialisierung der wichtigsten Produktionsmittel. Wer jetzt nicht den Mut aufbringt, sich für die Verwirklichung der Grundforderungen des Sozialismus einzusetzen, trägt mit bei zum Zusammenbruch der Wirtschaft, zum Ruin des Volkes, zur Untergrabung des finanziellen, wie kulturellen Kredits des Staates und kompromittiert damit den Sozialismus gerade in dem großen Augenblick, wo er, vom Staat Besitz ergreifend, den unanfechtbaren Beweis seines gewaltigen kulturschöpferischen Könnens zu erbringen hätte.

9.

Ist es nach allem eben Dargelegten unsere Hauptaufgabe, Vermögensabgabe und Sozialisierung derart zu kombinieren, daß die Übergangswirtschaft den Übergang zu sozialistischer Wirtschaft vorbereitet und sind wir uns ebenso darüber klar, daß es nicht etwa das politische Interesse

einer bestimmten Partei allein, sondern die wirtschaftliche Not des ganzen Volkes, wie das vitalste Interesse des Staates selber ist, die uns in diese Richtung drängen, so haben wir neben der Entscheidung der Frage, was zu verstaatlichen, was zu provinzialisieren, was zu kommunalisieren, was freien Genossenschaften zu übertragen wäre, auch das Problem zu lösen, wie die Erträge der Vermögensabgabe auf Staat, Länder, Gemeinden und freie Genossenschaften aufgeteilt werden müßten, um all diesen öffentlich-rechtlichen Körperschaften möglichst solide wirtschaftliche Grundlagen für kraftvolle soziale Funktion zu verschaffen.

Schon während des Krieges wies ich auf das nachdrücklichste darauf hin, wie leichtfertig es ist, sich die Mittel zu seiner Führung einzig und allein auf dem Wege des Borges zu beschaffen, und brandmarkte es besonders mit aller im Rahmen der Zensur zulässigen Schärfe, als unverzeihliches Versäumnis, daß bei der sorglosen Bewilligung der Kredite in keiner Weise in Erwägung gezogen wurde, wie man sich ihre dereinstige Bedeckung denkt, daß man nicht von vornherein bis ins kleinste Detail sicherzustellen suchte, in welcher Zusammensetzung und mit welchen Mitteln die einzelnen Landesteile und Bevölkerungsschichten sich verpflichten müssen, für die Verzinsung und Tilgung der uferlos anwachsenden Schulden aufzukommen.

Nichts leichter als die patriotischste Opferwilligkeit zu entfalten, wenn es nur gilt, hochverzinsliche Anleihen zu zeichnen und unbegrenzte Vermehrung der Noten stillschweigend zu dulden, ohne daß man bindende Zusagen zu machen braucht, im Frieden für den finanziellen Bestand des Vaterlandes ebenso mit seinem Gut einzustehen, wie während des Krieges mit seinem Blut. Damals bereits verlangte ich, statt sorglos eine in der Luft schwebende Kriegsanleihe nach der anderen zu bewilligen, für eine Vermögensabgabe nach der andern gebefreudig einzutreten. Wäre so wirklich statt der ersten, zweiten, dritten ..., neunten Kriegsanleihe eine erste, zweite, dritte Vermögensabgabe zur Ausschreibung gelangt, der Krieg hätte sicherlich weder so lange gedauert, als er währte, wo er auf Borg geführt wurde, noch wäre er erst zu Ende gegangen, als die volle Niederlage einer Gruppe sein Ende erzwang. Längst vor Eintritt der vollkommenen Erschöpfung des Landes, längst vor dem Zusammenbruch weiterer

Kampffähigkeit der Völker hätten dann vielmehr die Besitzenden erkannt, ein wie schlechtes Geschäft der Krieg letztlich auch für sie bedeutet, sie würden darum die wehrlosen Massen nicht immer von neuem mit den skrupellosesten Mitteln — unter Mißbrauch der edelsten Leidenschaften, wie ihrer niedrigsten Instinkte — angetrieben haben, im wütendsten Zerstörungsparoxismus auszuhalten.

Ganz besonders wären wir aber dann beim Abschluß des Krieges nicht vor einem so unübersehbaren Chaos gestanden, wie es heute der Fall ist. Wurde doch, weil es sich bei den rein formalen Kreditbewilligungen, in pekuniärer Hinsicht, nur um bloße Scheinopfer, nicht aber um tatsächliche und endgiltige Hingabe von Gut handelte — wenigstens für die Wohlhabendsten, die sich vorerst durch den Krieg vielfach sogar ungemessenen Reichtum erraffen konnten — nicht einmal die Frage aufgeworfen, in welcher Weise die dem Reich gedankenlos vorgestreckten Summen auf die Einzelstaaten, resp. Kronländer aufgeteilt werden sollen, wenn der Zahltag kommt, wo es gilt, für Verzinsung und Tilgung der aufgetürmten Gesamtlasten einzustehen. Darüber schwieg man sich im Rausch der künstlich übersteigerten Begeisterung vielmehr geflissentlich vollkommen aus!

Nun wo diese verraucht ist, wo namentlich infolge der Niederlage niemand weiß, auf wie große Verluste er sich, ganz abgesehen von seiner Anteilnahme an der Liquidierung der Reichsschuld, gefaßt zu machen hat, suchen sich naturgemäß Alle, die einzelnen Agrar-, Industrie-, Handels- und Finanzkapitalisten ebensowohl, wie die verschiedenen Länder und Gemeinden in rührendem Wettbewerb ihren Verpflichtungen an das Gemeinwesen zu entziehen, die Haftbarkeit für diese wird übereinstimmend auf allen Seiten teils überhaupt bestritten, teils nur innerhalb vollends unzulänglicher Grenzen zugegeben, niemand will sich im erforderlichen Ausmaß als Schuldner bekennen, jeder pocht mit der ganzen Majestät des Besitzwillens ausschließlich auf seine Gläubigerrechte.

Wie recht ich mit meinem Protest gegen die Kriegführung auf Borg hatte, das zeigt aber vor allem das Schicksal von Deutschösterreich nach dem Zerfall der Monarchie auf das deutlichste. Hätte man die Mittel zur Kriegführung statt auf dem Wege von Anleihen und Notenvermehrung

gleich von vornherein durch Vermögensabgaben beschafft, unter keinen Umständen wäre es möglich gewesen, daß eine so trostlose Situation uns beschert wäre, wie sie jetzt auf uns lastet. Aber Geschehenes läßt sich leider nicht ungeschehen machen, nun gilt es darum die begangenen Fehler wenigstens nicht durch neue zu vermehren.

Davor werden wir uns aber nur bewahren, wenn wir uns besonders über folgendes zur vollen Klarheit durchringen: Was in diesem Krieg in erster Linie zusammengebrochen ist, ist die rohe Gewaltpolitik, die reine Interessenpolitik. Die Welt wird nicht zu innerlich gesicherter Kultur gelangen, sondern zu einem Hexenkessel unausgesetzter erbittertster Kämpfe aller gegen alle entarten, wenn an Stelle der Macht nicht das Recht, das heißt aber an Stelle rücksichtslos egoistischen Partikularismus, nicht solidarische Gerechtigkeit und Billigkeit tritt. Solange Einzelne, Gruppen, Klassen, Länder und Völker ihre schroffsten Eigeninteressen allem voranstellen, ist es ausgeschlossen, nach irgend einer Richtung Ordnung zu schaffen. Wir können die Privatwirtschaft nicht durch Gemeinwirtschaft ersetzen, wenn ausreichender Gemeinwille von vornherein fehlt. Gemeinwille, wurzelnd im Bewußtsein des wechselseitig Aufeinanderangewiesenseins, lebendig tätig in der Bereitschaft für übernommene Verpflichtungen gemeinsam aufzukommen und gipfelnd in dem Bestreben unermüdlicher gegenseitiger Hilfe stellt die unentbehrliche Voraussetzung dafür dar, sowohl daß gesunde Gemeinwesen überhaupt zustandekommen, wie daß sie zu fortschreitender Blüte gelangen können. Nur, wenn man das Billigkeitsprinzip künftig zum Maßstab von Ansprüchen nimmt, die fremden Lebensinteressen ebenso tief fühlt, ebenso energisch zu wahren sucht, wie die eigenen, werden verwüstende Kämpfe uns erspart bleiben, wird jeder das zu leisten imstande sein, was man ihm zur Förderung der Gesamtwohlfahrt auferlegt, wird niemand sich oder andere vergewaltigen müssen, um fähig zu werden, die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Und dies gilt für die Beziehungen zwischen den Individuen und Klassen nicht minder, wie für die zwischen Einzelländern und Reich und letztlich ganz ebenso auch für die zwischen den selbständigen Nationen untereinander. Kann man nun aber nicht daran zweifeln, daß wesentlich einheitlichere zentrale Regelung

der Produktion und des Verbrauchs, daß weitgehende Verdrängung der Privatwirtschaft durch Gemeinwirtschaft allein die aus dem Krieg erwachsenen Probleme zu lösen vermag, dann muß sich auch ein Modus finden lassen, die Interessen von Reich und Einzelländern, von Gesamtstaat und Kronländern zur Versöhnung zu bringen, dann muß auch ein Schlüssel herstellbar sein, nach dem Passiva und Aktiva gerecht auf die einzelnen Gebietseinheiten verteilt zu werden vermögen.

Auf keinen Fall braucht jedenfalls die mit gleichzeitiger partieller Vergesellschaftung der Wirtschaft verbundene naturale Vermögensabgabe notwendig daran zu scheitern, daß sich Reich und Länder nicht darüber zu einigen imstande sind, was von den aus privaten Händen in öffentlichen Besitz übergehenden Werten dem Reich, was Einzelländern, was Gemeinden übertragen werden soll, und welche Verpflichtungen diese als Äquivalent dafür auf sich zu nehmen haben. Behufs friedlicher Auseinandersetzung ist nur notwendig, daß Einzelländer und Gemeinden sich ebenso verpflichten, als Entgelt für all das, was in ihren Besitz gelangt, bestimmte jährliche Beiträge an das Reich zu entrichten, wie dieses sich seinerseits bereit erklärt, soweit sein aus der Haftung für das Ganze erwachsender Gesamtbedarf es zuläßt, Einzelländer und Gemeinden mit dem für ihr Gedeihen Notwendigen zu versorgen.

So wurde es zwischen Reich und Einzelstaaten gehalten, seit es ein geeintes Deutschland gibt, hieraus vor allem erwuchs seine Kraft und Blüte. Und die innigere Verflechtung zwischen Staat und Wirtschaft, die der Krieg schuf, wird die wechselseitige Verankerung von Reich und Einzelländern sicherlich noch weit mehr vertiefen, sobald nur die ersten Schwierigkeiten der Übergangszeit überwunden sind. Ganz besonders wird es aber die Sozialisierung der Wirtschaft sein, die dahin wirkt, daß man auch trotz des Zusammenbruchs auf keiner Seite dem Irrglauben huldigt, irgend ein Teil könne sich bessere Existenzbedingungen schaffen, wenn er nicht vor allem die Zentralorganisation zu kräftigen sucht, wenn er nicht die Lasten, die das Gemeinwesen zur Erhaltung des Gesamtbestandes auf sich zu nehmen genötigt war, soweit es im Rahmen des eigenen Reichtums möglich ist, mit zu tragen gewillt ist.

Jeder Einzelstaat und jedes Kronland wird so im friedlichen Einvernehmen mit dem Reich, wie mit den Gemeinden aufs genaueste

zu prüfen trachten, was am besten in Reichs-, Landes-, Gemeinde- oder Genossenschaftsbesitz aufgehoben ist, was bei zentraler Leitung, was in Lokalverwaltung am ökonomischsten funktioniert, wie weitgehende Eigentums- und Verwaltungsrechte Reich, Ländern Gemeinden und freien Genossenschaften einzuräumen sind, welche Sonderbefugnisse einerseits dem Reich, anderseits den Ländern und Gemeinden vorbehalten bleiben müssen, damit die Versorgung der Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigen, ebenso wie der geordnete Bestand des Ganzen am zuverlässigsten gesichert ist. Es wird sicherlich überall eine Reihe von Wirtschaftsunternehmungen und Güterquellen geben, bei denen es von vornherein klar ist, daß sie der Verfügungsgewalt der Länder oder Gemeinden nicht entzogen werden dürfen, soll die Bevölkerung sich nicht in ihrer Existenzsicherheit oder in ihrem Selbstbestimmungsrecht bedroht fühlen, wie es ebenso nirgends an Wirtschaftsunternehmungen oder Güterquellen fehlen wird, bei denen es auf der Hand liegt, daß sie in Gemeinbesitz aller übergehen und in der Hauptsache zentraler Leitung unterstellt sein müssen, um für alle entsprechend nutzbar gemacht werden zu können. Von diesem Gesichtspunkt aus wird zu entscheiden sein, in bezug worauf sich das Reich auf Anteile an den Erträgen der in den Besitz von Ländern und Gemeinden zu übergebenden Güter oder Werte zu begnügen hat, und in bezug worauf umgekehrt Länder und Gemeinden nur Anspruch auf Ertragsanteile, resp. nicht einmal auf solche erheben dürfen, während die Güter oder Werte selber in Reichsbesitz gelangen. Völlig verkehrt ist es jedenfalls, radikale Vermögensabgabe mit gleichzeitiger partieller Sozialisierung der Wirtschaft schon deshalb für undurchführbar zu erachten, weil zwischen Reich, Einzelländern und Gemeinden über die Aufteilung des öffentlichen Eigentums oder seiner Erträge keine alle Teile befriedigende Einigung erzielt werden könnte.

Nur bei unzureichender Bedeckung der Reichsschulden durch eine radikale Vermögensabgabe, die Einzelne ebenso wie Länder und Gemeinden ihrem Leistungsvermögen entsprechend heranzieht, oder bei Zurückschrecken vor Vergesellschaftung der Produktionsmittel in dem Ausmaß, als sie zur Hebung der Produktivität und zur Regelung des Konsums erforderlich ist, wird die Wirtschaft nicht zu neuer Blüte gelangen können und so zu stets erneutem erbittertsten Streit zwischen Ländern und Gemeinden,

wie zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen, ja der Gemeinwesen untereinander führen.

Haben sich die Einzelstaaten, haben sich die Kronländer nicht dagegen aufgebäumt, daß das Reich sich die Mittel zur Kriegführung auf dem Wege der Übernahme der ungeheuersten Schulden beschaffte, haben sie nicht dagegen protestiert, daß der Krieg auf Borg geführt wurde, haben sie nicht erklärt, wir Einzelstaaten und wir Kronländer denken nicht daran, an den Schulden zu partizipieren, wenn es zum Zahlen kommt, so haften sie jetzt mit allem was sie haben und was sie zu leisten imstande sind, mit für die erwachsene Kollektivschuld, und so fraglich es auch sein mag, ob die Landesvertreter die Interessen der Bürger mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes wahrten, als sie leichtfertig eine Kriegsanleihe nach der andern gut hießen; nun würden sie sich sicherlich aufs allerschwerste an ihnen versündigen, wenn sie aus kurzsichtigem Partikularismus das Reich in seiner Not im Stiche ließen. Denn soviel ist sicher: dann wäre der Bankerott unausweichlich und dieser hätte erst recht zur Folge, daß die Zahlungsunfähigkeit des Gesamtstaates alle Landesteile mit der schwersten wirtschaftlichen Erschütterung heimsucht.

Aber auch wenn man von der Gefahr eines Staatsbankerotts mit allen seinen verheerenden Wirkungen völlig absieht, kann man sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß ein Wettbewerb von unerträglicher Schärfe um den erforderlichen Kredit zwischen Reich, Einzelstaaten, Gemeinden, notleidenden Privatunternehmungen und bedrängten Individuen entbrennen müßte, wenn nicht durch eine Reform des öffentlichen Haushalts an Haupt und Gliedern für durchaus konsolidierte wirtschaftliche Grundlagen des Gemeinwesens gesorgt würde. Eine solche gewährleistet jedoch nur der von mir entwickelte Plan der Vergesellschaftung eines Teils der Produktionsmittel auf dem Wege der Vermögensabgabe!

10.

Seiner Verwirklichung müßte allerdings auch die Lösung einer Reihe wichtiger Vorfragen vorangehen, besonders z. B. die des Problems, wie es dort, wo nicht ein ganzer Produktions-, Ver-

kehrs= oder Handelszweig zu einem öffentlichen Monopol zu= sammengefaßt wird, zu verhüten wäre, daß entweder die öffent= lichen, resp. gemischtwirtschaftlichen Betriebe die privaten, oder diese jene niederkonkurrieren? Ein möglicher Weg zur Garantie wechselseitigen Schutzes wäre sicherlich Syndizierung der gleich= artigen oder inniger aufeinander angewiesenen öffentlichen, gemischt= wirtschaftlichen und privaten Betriebe mit proportionaler Vertretung in einem Vollzugsrat, dem auch Delegierte ihrer Beamten, Ange= stellten und Arbeiter, wie solche der genossenschaftlich organisierten Verbraucher auf diesen Gebieten anzugehören hätten — doch gäbe es daneben gewiß noch zahlreiche andere Erfolg verheißende Modalitäten, um ein ebenso friedliches, wie fruchtbares Zu= sammenwirken von Gemeinwirtschaft und Privatwirt= schaft herbeizuführen.

Was es hier zu bewältigen gälte, ist übrigens nur eine Teil= frage aus dem überaus komplexen Problem, wie man allen Ange= hörigen der einzelnen Berufsschichten, den ihrer sozialen Bedeutung und ihren gerechtfertigten individuellen Interessen entsprechenden Einfluß einräumen könnte, ohne durch diese weitgehende Demo= kratisierung der Wirtschaft die Geschäftsführung so unsicher oder so schwerfällig zu gestalten, daß darunter ihr Leistungsvermögen notwendig leiden müßte.

Diese Gefahr wird von vornherein vermieden, wenn alle soziale Kontrolle der Produktion, der Konsumtion, wie des Verkehrs als Wirtschaftlichkeitskontrolle ausgebaut wird, die ihr Ziel in erster Linie in gewissenhaftester Sparsamkeit mit Wert= quellen und Gütern, ebenso wie mit Menschenleben und mensch= licher Gesundheit erblickt und so in einem genau abgestuften System wechselseitig begrenzter Verantwortlichkeiten gipfelt, das jedem an seiner Stelle das größtmögliche Maß freier Beweglichkeit sichert.

Zweifellos braucht die Teilnahme der Arbeiterschaft an der Leitung diese keineswegs zu erschweren oder die Erträge der Unternehmungen unter das im Interesse der kontinuierlichen Verbesserung und Erweiterung des Produktionsmechanismus erforderliche Maß herabzusenken, besonders wenn die Arbeiter nur insoweit mitbestimmungsberechtigt sind, als arbeitstechnische oder menschenökonomische Momente in Frage kommen. Die Mitberücksichtigung ihrer täglichen Betriebserfahrungen wird dann

ganz im Gegenteil die Wirtschaftlichkeit der Gesamtleistung wesentlich erhöhen. Ist doch niemand mehr berufen, darüber Auskunft zu geben, was in dieser Richtung geboten ist, als die Arbeiterschaft, die jede Stunde, ja jede Minute mit eigenen Augen sieht und am eigenen Leibe fühlt, wo der Produktionsprozeß versagt oder vergeudet, wo äußerer Mehrwert nur auf Kosten organischen Minderwerts in unrationellster Weise erzielt wird. Desgleichen kann Kontrolle der Verbraucher der Wirtschaft nur zum Segen gereichen, wofern sie gleichfalls in erster Linie der Steigerung sozialer Wirtschaftlichkeit und nicht etwa ausschließlich der Wahrung engherziger Sonderinteressen dienen will.

Mit anderen Worten: Alle Wirtschaftlichkeitskontrolle der verschiedensten Vertretungskörper, wie ihre Vereinigung zu einem einheitlich funktionierenden Ganzen muß nur so gestaltet sein, daß sie zentral geregelte und zentral kontrollierte Dezentralisation begünstigt, damit zugleich ein Maximum der Freiheit, wie ein Maximum der Regelung gewährleistet erscheint. Ein Optimumproblem, dem wir unsere Aufmerksamkeit gewiß in ganz anderer Weise zuwenden werden, wenn uns erst aufs deutlichste zu Bewußtsein gelangt ist, in wie hohem Maße gerade von dessen Bewältigung die Blüte der Wirtschaft und das Wohl der Gesellschaft abhängt, wenn wir aufs klarste erkannt haben, daß es uns erst dann gelingen wird, die soziale Frage zu lösen, wenn wir mit dieser zugleich die individuelle Frage, d. h. die Frage der vollen Nutzbarmachung der individuellen Fähigkeiten für die Gesellschaft zu lösen trachten.

In dieser Richtung ist es nun der schwerste Irrtum, zu glauben, es handle sich vor allem, die richtige Synthese von Zwang und Freiheit zu finden. Was tätsachlich den Angelpunkt der Verwirklichung innerlich gefestigter Gesellschaftskultur bildet, ist die Herstellung der richtigen Synthese von menschlicher Existenzsicherung und menschlicher Schaffensfreiheit. Zu dieser werden wir aber nur fortschreiten, wenn jedem bloß soviel Freiheitsbeschränkung zugemutet wird, als zur höchsten Existenzsicherung aller notwendig ist. Wo darum gerade im Interesse der Hebung der Produktivität der Wirtschaft ein möglichst weiter Spielraum für das schöpferische Leistungsvermögen der

leitenden Persönlichkeiten erforderlich ist, wird gerade die demokratische Kontrolle die individuelle Freiheit am sorgsamsten zu schützen wissen. Demokratische Organisation der Einzelbetriebe, Selbstverwaltung der verschiedenen Wirtschaftszweige, Autonomie der Länder, Gemeinden und freien Genossenschaften in weitem Ausmaß braucht jedenfalls keineswegs notwendig in Widerspruch mit tiefgreifenden Aufsichts- und Vetorechten der Verwaltungszentralen zu stehen, wenn nur ausreichend dafür gesorgt ist, daß die Abgrenzung der Kompetenzen, obwohl sie durchwegs wesentlich erhöhte wechselseitige Sicherungen schafft, trotzdem nirgends die freie Initiative, soweit sie die Voraussetzung für das größte individuelle Leistungsvermögen bildet, empfindlich beeinträchtigt oder rasches Handeln, schnelles Erledigen der jeweils gestellten Aufgaben ausschließt.

Gerade dies wird jedoch mit Zuverlässigkeit erreicht, wenn alle Kontrollrechte, die, sei es einzelnen Individuen oder einzelnen Vertretungskörpern eingeräumt werden, von vornherein als Instrumente der Wirtschaftlichkeitskontrolle zum Ausbau gelangen und man so alle Staatsbürger dazu zu erziehen trachtet, ihre Eigeninteressen zugleich als Gemeinschaftsinteressen zu verfechten. Jeglichem Partikularismus wäre damit bereits von vornherein vorgebeugt. Der Arbeiter, der sozialpolitische Forderungen erhebt, wird dann mit diesen gewiß nicht nur sich, sondern vor allem das organische Kapital der Gesellschaft zu schützen suchen, er wird für das Äquivalent von Lohn und Leistung eintreten, aber nicht die besondere Konjunktur seines Wirtschaftszweiges ausnützend, Lohnforderungen stellen, die nur auf Kosten der Herabminderung der Löhne in anderen Wirtschaftszweigen oder unter Schädigung des Gesamtertrages der Gemeinschaft gewährt werden könnten, er wird nicht auf Gewinnbeteiligung Anspruch erheben, um soviel aus sich herauszuholen, als er seinem Organismus, ohne ihn vorzeitig abzunützen, zumuten darf und er wird bei ausreichender gesunder Arbeitskraft auch kein Recht auf Nichtstun geltend machen, weil er nicht andere für sich wird arbeiten lassen wollen. Alle seine Mitbestimmungs- und Kontrolrechte wird er vielmehr aufs gewissenhafteste auf das Maß beschränken lernen, das im Interesse gesteigerter Wirtschaftlichkeit der gesellschaftlichen Arbeit geboten erscheint. Und die gleiche Haltung wie die Einzelnen, werden

sicherlich auch alle Einzelbetriebe und alle Vertretungskörper von den kleinsten bis zu den größten einnehmen, wenn sie erst im Wirtschaftlichkeitsprinzip ihr stärkstes Leitmotiv erblicken.

Auf eine derartige Entwicklung ist mit um so größerer Bestimmtheit zu rechnen, wenn erst nicht mehr der Ausbau des militärischen Machtapparates das Hauptinteresse des Staates in Anspruch nimmt und infolgedessen nicht nur eine Fülle von Kräften frei wird, die in den Dienst höherer Aufgaben gestellt werden können, sondern auch für eine neue Armatur der gesellschaftlichen Organisation gesorgt werden muß, soll das Gemeinwesen über ausreichende innere Kraft verfügen. Bisher erblickten die Großstaaten in erster Linie in der Stärke und Zuverlässigkeit ihrer Rüstung die Gewähr ihrer gesicherten Weltstellung, während sie das Wirtschaftsleben überwiegend sich selbst, das heißt privater Leitung überließen. Hört jedoch der militärische Apparat auf, das Rückgrat ihrer gesamten Struktur zu bilden, so werden sie sich naturgemäß gedrängt fühlen, zur Festigung ihrer Macht nach innen, wie nach außen in immer weiterem Umfang von der Wirtschaft ihres Landes Besitz zu ergreifen. Mit anderen Worten: Die Sozialisierung der Wirtschaft wird dann an die Stelle der Militarisierung des Staates treten.

Nichts wäre jedenfalls oberflächlicher, als anzunehmen, die Staaten würden künftig keine Militärstaaten mehr sein, trotzdem würde sich aber an dem Verhältnis von Staat und Wirtschaft nicht das Geringste ändern. Genau das Gegenteil trifft zu: Es ist vollends ausgeschlossen, daß der Zusammenbruch des Militarismus nicht schließlich auch den Kapitalismus, der auf ihm ruht, zu Fall bringt. Die ganze so überaus lehrreiche Finanzgeschichte, die mit unzähligen Belegen beweist, wie außerordentlich innige Zusammenhänge zwischen Militärstaat und tiefverschuldetem Steuerstaat bestehen, läßt es als unaufhaltsam erscheinen, daß in dem Moment, wo der Militärstaat seine Existenzberechtigung definitiv einbüßt, auch das Ende des besitzlosen Steuerstaates, das heißt aber die Geburtsstunde des Wirtschaftsstaates gekommen ist. Der Wirtschaftsstaat, der, wenn er seine Kraft und Macht aufs höchste steigern will, Eigentum, Produktion und Verteilung immer umfassender zu vergesellschaften genötigt ist, kann aber auf die Dauer unmöglich Klassenstaat bleiben.

Je mehr er jedoch seinen klassenmäßigen Charakter abstreift, desto gründlicher wandelt sich auch Struktur und Funktion der Volksvertretung. Nicht mehr dieselben Fragen wie früher stehen dann im Mittelpunkt ihres Interesses, bilden den Hauptgegenstand ihrer Beratungen, das rein Politische tritt vielmehr Schritt für Schritt gegenüber dem Wirtschaftlichen zurück, die wahren Lebensfragen der Bevölkerung sind es nun notwendig vor allem, die sie beschäftigen. Damit wird also automatisch das Parlament zur Zentralstelle, in der in erster Linie das Problem untersucht wird, wie durch Hebung der Produktivität der Arbeit, durch richtige Zusammensetzung der Produktion die Existenz jedes Einzelnen gesichert und gehoben, der Volkshaushalt immer günstiger gestaltet werden kann. Das heißt: die Volksvertretung wird so zur obersten Entscheidungsinstanz für den gerechtesten Ausgleich von Ansprüchen und Leistungen der einzelnen Individuen, Berufsschichten und Landesteile, zu derjenigen Körperschaft, in der verglichen wird, welche Wirtschaftszweige, welche Einzelunternehmungen, welche Gebietsteile am ökonomischsten arbeiten, in welchen die günstigsten Natalitäts-, Mortalitäts- und Morbiditätsverhältnisse gegeben sind und die auf Grund dieser Daten Einrichtungen vorzubereiten sucht, durch die alle Teile der Wirtschaft und des Landes auf die gleiche Höhe der Produktivität und Prosperität gebracht zu werden vermögen. Die Leistungen der mit dem größten Nutzeffekt arbeitenden Betriebe und Gemeinden werden hierbei den natürlichen Maßstab zur Kritik an allen übrigen abgeben, wo entweder die Erträge nicht auf derselben Höhe stehen oder ein niedrigerer Grad der Zufriedenheit der Arbeiterschaft, resp. der Bewohner überhaupt zu konstatieren ist.

Nun handelt es sich aber freilich nicht nur um demokratische Kontrolle der Leistungen der vergesellschafteten Wirtschaft in produktionstechnischer und sozialpolitischer Hinsicht. Neben der Aufgabe, für Steigerung der Erträge, für richtige Zusammensetzung der Produktion nach der Rangordnung der gesellschaftlichen Bedürfnisse, für menschenökonomischste Arbeitsweise zu sorgen, kommt es ebenso darauf an, gründlichst darüber zu wachen, sowohl daß die Vermehrung der Einkünfte des Gemeinwesens nicht auf Kosten erschwerter Lebenshaltung der Verbraucher erzielt wird, wie daß die öffentlichen Einnahmen die wirtschaftlichste Verwendung

finden, nicht für überflüssige Verwaltungsspesen, für sonstige entbehrliche Ausgaben oder für Luxuszwecke einzelner Behörden und Funktionäre verschleudert werden. Jeglicher Fiskalismus ist deshalb ebenso zu vermeiden, wie jeglicher starrer Bureau=kratismus, die Produktionsregelung muß im Geist ökonomischster Konsumregelung vor sich gehen, das Wirtschaftlichkeitsprinzip hat die Ausgabenseite des Budgets ebenso bis ins Feinste zu er=greifen, wie das Produktivitätsprinzip die Einnahmenseite, damit überall die gewissenhaftesten Sparmethoden zur Anwendung gelangen, ohne daß trotzdem irgendwo an den falschen Stellen gespart wird.

Zu diesem Behufe ist besonders sorgfältig zu prüfen, wie viel von den gesellschaftlichen Gütern und der gesellschaftlichen Arbeit für den Ausbau des Produktionsmechanismus, für Kultur=institute, für Verkehrsanlagen, für technische Meliorationen aller Art zu verwerten sind, und was unmittelbar in Verbrauchsgüter umgesetzt zu werden hat. Ist es doch klar, daß ebenso wie die Privatwirtschaft auch die Gemeinwirtschaft einen Teil des Jahres=ertrags der Konsumtion entziehen muß, um ihn der Kapitali=sierung zuzuführen. Da aber auch die Kontrolle nach dieser Richtung den einzelnen wirtschaftlichen und politischen Vertretungs=körpern, in letzter Instanz natürlich dem Parlament, als dem obersten Organ der sozialen Wirtschaftlichkeitskritik obliegt, so wird von dem Niveau des Parlaments künftig mehr als je vorher für die Lebenshaltung jedes Einzelnen abhängen.

Der Vollkommenheitsgrad des zentralen Kontrollapparates wird darum im sozialistischen und repropriierten Staat den größten Einfluß auf das Ganze des gesellschaftlichen Lebens üben. Sein Leistungsvermögen wird darüber entscheiden, ob im Verlauf ein System wechselseitiger sozialer Kontrollinstitutionen zustande kommt, das immer zuverlässiger funktioniert, ohne kontinuierlich komplizierter zu werden, das mit Referendum, Arbeiter=, Bauern= und Soldatenräten, weitgehender Selbstbestimmung der ein=zelnen Landesteile arbeitet, so allen Volksschichten entsprechenden Einfluß auf die Produktion, die Verwaltung und die Konsumtions=regelung gewährt, ohne trotzdem die Beweglichkeit der gesell=schaftlichen Maschinerie oder die freie Initiative dort zu unterbinden, wo in erster Linie ausreichende und rasche Anpassungsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft über alles Gedeihen entscheidet.

11.

Die bisherigen Erfahrungen mit den Parlamenten scheinen allerdings so hochgespannte Hoffnungen ebensowenig zu rechtfertigen, als die Lehren der Geschichte bei oberflächlicher Betrachtung für staatliche Gebundenheit der Wirtschaft sprechen. Aber halten wir uns doch vor Augen, wie die Staaten aussahen, die in der Vergangenheit mit so schlechtem Erfolg die Wirtschaft in jeder Einzelheit zu regeln suchten! Durch und durch absolutistische Stände- und Klassenstaaten waren es, denen unbeschränkte Macht über die Wirtschaft zukam, mit deren autokratischer Bevormundung obendrein nur der eine Zweck verfolgt wurde, für einige wenige Privilegierte so viel als irgend erreichbar aus dem Lande herauszupressen, durch gewissenloseste Volksausbeutung Hof, Adel und Kirche die ausschweifendste Verschwendung zu ermöglichen. An *gesellschaftliche Regelung der Wirtschaft im Interesse der Wirtschaft und Gesellschaft selber dachte man nirgends.* Solche Art obrigkeitlicher Fesselung mußte die aufstrebende Wirtschaft natürlich zu beseitigen trachten, wollte sie zu voller Entfaltung ihrer Kräfte gelangen. *Trennung von Staat und Wirtschaft war darum die notwendige Parole des erstarkenden werktätigen Bürgertums,* das die Früchte seiner Arbeit auch selbst zu genießen und zu verwerten wünschte. Und die *parlamentarische Kontrolle des Staatshaushaltes* bedeutete den ersten großen Schritt auf dem Wege zur Erreichung dieses Zieles. Aber auch die erlangte Wirtschaftsfreiheit, ebenso wie das demokratische Budgetbewilligungsrecht, täuschten die in sie gesetzten Erwartungen. Die vom Staat befreite Wirtschaft schuf keineswegs den freien Staat, dieser blieb vielmehr weiter im Besitz einer kleinen Schicht von Bevorrechteten, die sich nun nur in veränderter Weise seines Machtapparates bedienten, um die Besitzlosen aufs rücksichtsloseste ausplündern und auswuchern zu können. So sehr in der freien Wirtschaft der Ertrag der Arbeit auch anwuchs, er kam nur im geringsten Ausmaß denen zugute, die sich unter vorzeitiger Abnützung ihres Organismus in unermüdlicher Anhäufung immer neuer Reichtümer verbluten mußten. Und am gründlichsten versagte im Befreiungskampf der Massen die ursprünglich so jubelnd begrüßte magna charta der parlamentarischen Volksrechte. Stellte sich doch nur allzubald heraus, daß diejenigen, die die Befugnis erhalten hatten, den Staats-

haushalt zu kontrollieren, dieselben waren, an denen Kontrolle geübt werden sollte und daß so auch die konstitutionelle Verfassung keinen ausreichenden Schutz vor Mißbrauch der Staatsgewalt durch die Beherrscher der Wirtschaft zu gewähren vermochte. Die Übel, die vordem die vom Staate vergewaltigte Wirtschaft zeitigte, erwuchsen nun als zwangsläufige Folge des vom privaten Großkapital versklavten Staates. Die herrschenden Klassen verstanden es, sich in der freien Wirtschaft des konstitutionellen Staates dieselben Riesenvorteile auf Kosten der breiten Massen zu sichern, wie in der gebundenen Wirtschaft des absolutistischen. Und immer wandten sie dasselbe Mittel zur Erreichung dieses obersten Zweckes an: rücksichtslose Handhabung der Steuerschraube! Mochten sie auch noch so miserabel wirtschaften, mochte der Staat in seinen Ausgaben auch noch so leichtfertig und verschwenderisch vorgehen; indem sie es so einzurichten wußten, daß der Staat nur durch ihre Vermittlung zu ausreichenden Einnahmen gelangen konnte, war er an dem Maß der von ihnen betriebenen Ausbeutung ebenso interessiert, wie sie an dem seiner Mißwirtschaft.

Besonders da das auf Geburt und Besitz vor allem begründete Wahlrecht Adel und Eigentum in erster Linie schützte, übten die parlamentarischen Adels- und Besitzvertreter naturgemäß die allermildeste Kritik an der Fülle jener unproduktiven Ausgaben des Staates, die ihre Gewinne mehrten, zu so schweren Entbehrungen diese die breiten Massen auch verurteilten. Das derart stets von neuem entstehende und fortgesetzt wachsende Defizit wurde um so bereitwilliger von den Bevorrechteten hingenommen, als ja immer der Ausweg offen blieb, mittels Anleihen und verschärftem Steuerdruck die Armen noch ärmer und die Reichen noch reicher zu machen.

Solange es darum die Vermögendsten sind, die die Geschicke des Staates ausschlaggebend bestimmen, haben diese nicht die geringste Veranlassung auf gesteigerte Wirtschaftlichkeit im Gemeinwesen hinzuarbeiten. Ganz im Gegenteil: Je größer die Notlage des Staates wird, je mehr diese ihn zwingt, sich mit seiner stets erweiternden Verschuldung immer mehr an die besitzenden Klassen zu verschulden, desto tiefer gerät er in ihre Abhängigkeit, desto wehrloser muß er sich von ihnen zu Steuern drängen lassen, die

scheinbar allerdings dem Gemeinwesen zugute kommen, in Wirklichkeit jedoch, um Ausbeutungsprofite vermehrt, zuletzt hauptsächlich nur wieder sie selber bereichern.

Auch die so heuchlerisch beklagte Krise des Parlamentarismus ist darum nichts anderes als die gewollte Unwirksammachung der demokratischen Grundrechte. Der Besitz hat bloß dann ein vitales Interesse an gewissenhaftester und objektivster Prüfung der staatlichen Ausgaben- und Einnahmenpolitik, wenn jede unproduktive Ausgabe ebenso wie jede rücksichtslose Steuereinnahme in erster Linie ihn trifft, wenn er aus leichtsinniger Vermehrung der öffentlichen Schulden keinen Vorteil mehr zu ziehen vermag, Steuern nicht mehr von sich auf die Besitzlosen abzuwälzen imstande ist. Diese Konstellation tritt aber im selben Ausmaß ein, als das Privateigentum in Gemeineigentum übergeführt und damit die Wirtschaft vergesellschaftet wird. Denn nun, wo die Unternehmer zum großen Teil in Rentner umgewandelt sind, setzt sich jede Unzulänglichkeit der Wirtschaft in Verluste für sie um — würde das im repropriierten Gemeinwesen repropriierte Volk doch sicherlich nicht die geringste Neigung aufweisen, sich selbst auszubeuten, nur um einem müßigen Rentnertum keine Einschränkungen auferlegen zu müssen, sondern naturgemäß in erster Linie zur Verkürzung des arbeitslosen Einkommens seine Zuflucht nehmen, sobald die Erträge der Wirtschaft zurückgehen.

Mit andern Worten: Im repropriierten Arbeitsstaat wird das werktätige Volk wohl alle Ursache haben, das Maximum zu leisten, damit kontinuierlich wachsender Reichtum jedem Einzelnen immer bessere Lebensbedingungen schafft und sich dementsprechend gegen jegliche Mißwirtschaft aufs energischste zur Wehre setzen, es wird jedoch von den Besitzenden in dieser gesunden Betätigung nicht mehr gestört werden, wenn erst sie selbst jeglichen Mangel der Wirtschaft, jedes Versagen der gesellschaftlichen Ordnung im stärksten Ausmaß zu tragen haben.

So wird es also in der Volksvertretung eines Gemeinwesens, in welchem die Privatwirtschaft erheblich zurückgedrängt ist, in welchem eine wesentliche Reduktion, wie eine umfassende soziale Verpapierung des Privateigentums zustande kam, keine Schicht mehr geben, die ein Interesse daran hat, die demokratische Kontrolle der Wirtschaftlichkeit der gesellschaftlichen Arbeit nur zum

Schein auszuüben oder gar geflissentlich unwirksam zu gestalten. Gerade der Besitz wird es dann vielmehr sein, der mit größter Sorgfalt und Intensität auf höchste soziale Wirtschaftlichkeit hindrängt — schon aus Angst, sonst mit der Verkleinerung seiner Rentenbezüge das Defizit im öffentlichen Haushalt decken zu müssen.

Es werden sich im repropriierten Wirtschaftsstaat somit genau die umgekehrten Verhältnisse herausbilden, als im verschuldeten Steuerstaat. Während in diesem die Besitzenden auf um so höhere Einnahmen rechnen dürfen, je skrupelloser der Staat hinsichtlich der Herkunft seiner Einnahmen ist und je leichtfertiger er diese für unproduktive Zwecke vergeudet, drohen ihnen in jenem ganz im Gegenteil die allerschwersten Einbußen, wenn das Gemeinwesen nicht sowohl in bezug auf die Herkunft seiner Einnahmen, wie hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit ihrer Verwertung mit der größten Gewissenhaftigkeit vorgeht. Sie zu allererst werden sich darum hüten, eine verschwenderische oder rückständige Wirtschaft des Staates zu dulden, ihn zu überflüssigen Ausgaben zu drängen und am wenigsten werden sie dann auf rücksichtslose Volksausbeutung hinzuwirken trachten, weil sie am eigenen Leibe spüren müßten, daß diese der Gesellschaft am teuersten zu stehen kommt.

Alle Befürchtungen, die man deshalb hegt oder vortäuscht, auch im repropriierten Wirtschaftsstaat werde die Volksvertretung auf keinem höheren Niveau stehen als im verschuldeten Steuerstaat, sind deshalb durchaus ungerechtfertigt. Es besteht vielmehr die begründetste Aussicht, daß sie in diesem die Aufgabe durchaus zu erfüllen vermag, jederzeit aufs tatkräftigste dafür zu sorgen, daß unter geringster Vergeudung von Energien und Menschenleben allenthalben der höchste individuelle Nutzeffekt erzielt wird.

12.

Doch wenden wir uns jetzt von dieser weiter ausgreifenden Zukunftsperspektive wieder zum unmittelbar Gegebenen zurück, um klar darüber zu werden, wo an den gegenwärtigen Verhältnissen anzuknüpfen wäre, damit die Entwicklung kraftvoll in die Richtung gedrängt wird, von der wir eben ein so vielversprechendes Bild

entwarfen. Fragen wir deshalb zunächst ganz realistisch: Was hätte mit den mannigfaltigen Wirtschaftszentralen zu geschehen, die während des Krieges errichtet wurden?

Darauf ist zu antworten: Sie wären in öffentliche Wirtschaftsämter für die einzelnen Produktionszweige umzuwandeln, in denen die öffentlichen Betriebe, die privaten Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe, ebenso wie die Beamten, Angestellten, Arbeiter und die Verbraucher, nach bestimmten Gruppen gegliedert, entsprechend vertreten zu sein hätten. Diesen Wirtschaftsämtern für die einzelnen Produktionszweige läge es ob, sich aufs gründlichste mit der Frage zu beschäftigen, durch welche Methoden die Produktivität auf diesen Gebieten am zuverlässigsten gehoben werden könnte, wie die Vorkehrungen zum Schutz der Arbeitskräfte sich am nachhaltigsten verbessern ließen, welche Preis- und Lohnfestsetzung zum Wohl des Ganzen erforderlich wäre, in welcher Zusammensetzung produziert werden müßte, damit der dringendste Bedarf vor allem befriedigt zu werden vermag, welche Ersparnisse bei richtigster Gruppierung der Zusammenarbeit der einzelnen Betriebe im Rahmen des Möglichen lägen, hinsichtlich welcher Produkte der Bezug aus dem In- oder Ausland, hinsichtlich welcher der Absatz im Inland oder nach dem Ausland sich als sozialökonomischer erwiese. Die einzelnen Wirtschaftsämter wären schließlich zu einer Reichszentrale zusammenzufassen, die als wirtschaftliche Beratungsinstanz für die Volksvertretung funktioniert.

Ist aber nicht vielleicht zu fürchten, daß bei der gegenwärtig herrschenden Güterknappheit die Ausschaltung der freien Wirtschaft, mit der Beseitigung alles dessen, was das private Profitinteresse in dieser leistet, erst recht zum Zusammenbruch führen müßte, so daß also diejenigen Recht hätten, die behaupten, jetzt wäre der ungeeigneteste Zeitpunkt für tiefgreifende soziale Experimente? Diese Frage ist nun gewiß unbedingt zu verneinen. Schon von jeher wurde Sozialisierung der Wirtschaft gerade als unabweisbare Voraussetzung ihrer ökonomischeren Gestaltung gefordert. Und da sollte man heute, wo wir gründlichste Sparsamkeit mit allem und jedem nötiger haben, als irgend wann früher, umfassende Sozialisierung scheuen? Überdies, es besteht doch keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß zumindestens während

der Übergangsperiode Rückkehr zur freien Produktion und zum freien Handel völlig ausgeschlossen ist, daß wir, bevor nicht wieder normale Verhältnisse gegeben sind, systematischste zentrale Regelung der Wirtschaft unmöglich entbehren können. Wie will man angesichts dessen das Kunststück fertig bringen, die Inopportunität schleuniger Sozialisierung unter Bezugnahme auf die momentane Notlage zu beweisen? Werden doch Staat, Länder, Gemeinden und freie Genossenschaften die Wirtschaft sicherlich am ehesten zentral zu regeln imstande sein, wenn die zur Steigerung der Produktivität erforderliche Betriebskonzentration zu öffentlichen, statt zu privaten Monopolen führt, wenn die Gemeinschaft als Mitbesitzerin zahlreicher Unternehmungen auf das Ganze der Produktion und Konsumtion den wirksamsten Einfluß zu üben vermag!

Und wenn die Güterknappheit, die uns augenblicklich bedrückt, kein Einwand gegen die Sozialisierung ist, sondern uns umgekehrt zumindestens vorübergehend zur sozialen Regelung der Wirtschaft zwingen wird, wie immer wir im allgemeinen über das Leistungsvermögen der individualistischen Wirtschaft und der freien Konkurrenz denken mögen, warum sollte man da annehmen, daß das, was unter den schwierigsten Verhältnissen geboten ist, bei Wiedereintritt günstigerer Wirtschaftsbedingungen unbedingt aufgegeben werden müßte. Kann über die gegenwärtige Güterknappheit die Privatwirtschaft ebensowenig ohne Hilfe des Staates hinwegkommen, wie der Staat über seine Finanzmisere, wenn er nicht in ganz anderem Umfang als bisher das Privateigentum in den Dienst des öffentlichen Interesses stellt, was spricht dann dagegen, an dem, was sich in der tiefsten Not als das Ökonomischeste erwies, erst recht festzuhalten, wenn die Güterproduktion nicht mehr so weit hinter dem Güterbedarf zurückbleiben muß, wie jetzt nach der grauenhaftesten Zerrüttung des gesamten Wirtschaftslebens durch einen vierjährigen Krieg?

Fragen wir darum nochmals: Was sollte uns abhalten, so rasch als möglich an die Sozialisierung der Wirtschaft heranzutreten? Das billigste und unzutreffendste Schlagwort ist es jedenfalls, zu erklären: Wo nichts zu verteilen da ist, wo es an den notwendigsten Produktionsmitteln fehlt, da kann Sozialisierung der Verteilung ebensowenig etwas leisten, wie Sozialisierung der Produktion. Gewiß, wo die Voraussetzungen für geordnete Wirtschaft überhaupt nicht vorhanden sind, da wird auch der Sozialismus zunächst

nur bescheidene Resultate zu zeitigen vermögen. Ganz falsch wäre es aber daraus den Schluß zu ziehen, die sozialistische Wirtschaft könnte uns nicht zumindestens vor einer Reihe von Entbehrungen und Übeln bewahren, denen der Privatkapitalismus völlig ohnmächtig gegenüberstände.

Besonders da die Hauptsorge, die uns augenblicklich drückt, die Entgüterung unserer Wirtschaft ist und wir zu ihrem Wiederaufbau somit in erster Linie auf ausreichende Zufuhr des unentbehrlichen Warenmaterials aus dem Ausland angewiesen sind, hätte man nur dann ein Recht, unsere momentane Notlage als Gegenargument gegen die Sozialisierung anzusehen, wenn man zu beweisen vermöchte, daß in dieser Hinsicht die Privatwirtschaft weit mehr zu leisten imstande wäre, als die Gemeinwirtschaft. Der Beweis hierfür läßt sich aber nicht erbringen. Genau das Gegenteil ist richtig. Da man Güter vom Ausland gegenwärtig vielfach nur gegen Lieferung anderer Güter erhält, da wir wegen unserer finanziellen Misere keine Möglichkeit haben, sie durchweg bar zu bezahlen, da überdies der Stand unserer Valuta ein so ungünstiger ist, daß wir gezwungen sind, uns im Import des nicht gänzlich Unentbehrlichen die größten Einschränkungen aufzuerlegen, so wird jede Austauschaktion heute mehr oder weniger zu einem Politikum. Soll es darum nicht an denjenigen Stoffen fehlen, deren Bezug aus dem Ausland zur raschesten Wiederinbetriebsetzung der Wirtschaft unerläßlich ist, so muß es der Staat sein, der dafür sorgt, daß die für den Kompensationsverkehr erforderlichen Güter bereitgestellt werden, der sich um die Schaffung ausreichenden Kredits bemüht, der auf die Hebung unserer Valuta hinarbeitet, der die Regelung von Einfuhr und Ausfuhr nach der Dringlichkeit der Bedürfnisse regelt. Die Privatwirtschaft versagt nach allen diesen Richtungen vollkommen; sie ist auf keinem Gebiet imstande, die aus dem Krieg erwachsenen Probleme zu lösen.

Die sozialisierte Wirtschaft hingegen eröffnet weitaus günstigere Chancen. Das repropriierte Gemeinwesen, das über einen tiefgreifenden Einfluß auf Produktion und Konsumtion verfügt, kann wechselseitige Naturallieferungsverträge der mannigfachsten Art mit dem Ausland abschließen, wird durch seine innere Entschuldung stark genug, äußere Schulden in der gebotenen Höhe aufzunehmen und vermag so durch die Konsolidierung seines

Haushaltes schließlich auch die Entwertung seines Geldes mit wirksamen Mitteln zu bekämpfen.

Nicht nur aus politischen, sondern vor allem aus ökonomischen Gründen muß deshalb der Übergang zur Friedenswirtschaft Übergang zur sozialistischen Wirtschaft sein. Es ist ausgeschlossen, der Bevölkerung das Existenzminimum, dem Gemeinwesen geordneten Bestand zu sichern, wenn weiter für den Profit statt für den Bedarf produziert werden muß, wenn die Forterhaltung der bisherigen Vereinigung von politischer Allmacht und wirtschaftlicher Ohnmacht des Staates ihn zu dauernder Schuldknechtschaft an das private Kapital verurteilt, es ihm unmöglich macht, mit seiner rein fiskalischen Steuerpolitik zu brechen, die das Letzte aus den Menschen herauspreßt, ohne das Gemeinwesen innerlich zu kräftigen. Fiskalismus ist das notwendige Verhalten des verschuldeten Steuerstaates, der sich wie ein verzweifelter Bankerotteur gänzlich in der Hand seiner Gläubiger befindet. Der verschuldete Steuerstaat wird darum nie ordentlich wirtschaften lernen. Hingegen ist Fiskalismus um so weniger nötig, einen je größeren Umfang im natural repropriierten Staat die Gemeinwirtschaft annimmt. Muß doch der Staat, nur wenn er aus einer relativ kleinen Anzahl von Einzelbetrieben soviel herausholen will, als sein Riesenbedarf zur Ergänzung seiner Steuereinnahmen erfordert, Arbeiter wie Verbraucher nicht minder ausbeuten, als es bei den kapitalistischen Privatunternehmungen der Fall ist. Je mehr Wirtschaftsobjekte jedoch in seinen Besitz und Betrieb übergehen, desto geringeren Profit brauchen die einzelnen für ihn abzuwerfen, desto sorgsamer kann er mit den von ihm beschäftigten Arbeitskräften verfahren, desto weniger ist er zu einer Preispolitik gezwungen, die die öffentlichen Unternehmungen nichts anderes sein läßt, als eine neue Form, der Bevölkerung indirekte Steuern aufzuerlegen.

Von dem Umfang der Vergesellschaftung der Produktionsmittel hängt aber nicht nur das Maß des jeweils unvermeidlichen Fiskalismus, sondern auch die Stärke des jeweils herrschenden rein formal-juristischen Bureaukratismus ab. Denn man täusche sich nicht darüber: Ein Staat der unfähig ist, zu wirtschaften, erweist sich stets in gleichem Grade auch als politisch unzulänglich. Der untrüglichste

Beweis hierfür liegt in der Tatsache, daß selbst der heutige Staat dort relativ noch am wenigsten rückständig ist, wo er Wirtschaft betreibt. Post, Telegraf, Eisenbahnen, Kommunalbetriebe, das sind überall die modernst geführten Ressorts des Gemeinwesens. Es ist darum ganz falsch, sich vor der Sozialisierung der Wirtschaft zu fürchten. Obendrein da sie, wie wir gezeigt haben, unter allen Umständen zur Durchführung gelangen muß, schon weil die durch den Krieg hervorgerufene Desorganisation von Produktion und Konsumtion sie gebieterisch verlangt. Wir haben so nur die Wahl, ob der verschuldete oder der repropriierte Staat die Durchführung der Sozialisierung übernimmt, ob wir uns für Staatssozialismus unter voller Aufrechterhaltung der Privatwirtschaft und des Privateigentums entschließen oder für einen Staatssozialismus, der zugleich einen ausreichenden Teil des nationalen Sachvermögens in den Besitz des Staates überführt. Mit andern Worten: Wir müssen uns für Staatssozialismus des besitzlosen oder für Staatssozialismus des repropriierten Staates entscheiden, kürzer gefaßt: für Staatssozialismus oder für Staatskapitalismus.

Es ist auch nicht richtig, wenn man den Kapitalismus schlechthin nur für eine historische Kategorie hält, bloß für den Privatkapitalismus trifft dies zu. Kapitalkonzentration in den Händen der Gemeinschaft hingegen ist dasjenige, was auch der Sozialismus anstreben muß. Die mildeste und zuverlässigste Methode zur staatskapitalistischen Vergesellschaftung ist aber Vermögensabgabe in natura, die gleichzeitig den Staatshaushalt konsolidiert und die Wirtschaft sozialisiert und dies in um so rascherem Tempo besorgt, wenn sie mit hohen progressiven Einkommensteuern zur Ausgleichung der sozialen Gegensätze, wie mit hohen Erbschaftssteuern verbunden wird, die man in gleicher Weise nicht mehr zu scheuen braucht, wenn das private Unternehmertum, wenn das private Großkapital nicht mehr unentbehrlich für die Erweiterung des Produktionsmechanismus, für die Versorgung der Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigen, für die Alimentierung des Staates ist.

Diese Beseitigung seiner Unentbehrlichkeit, die Aufhebung des Zwanges, das private Unternehmertum und das Großkapital immer aufs ängstlichste schonen zu müssen, um das Ganze der Volkswirtschaft und Volkswohlfahrt nicht aufs schwerste zu ge=

fährden, ist ja auch der Grund, warum sich die herrschenden Klassen, warum heute überall die zwar kleinen, aber um so mächtigeren Schichten des Großgrundbesitzes, der Schwerindustrie und der Hochfinanz sich gegen nichts so erbittert und leidenschaftlich zur Wehre setzen, wie gegen die Sozialisierung der Wirtschaft. Sie finden sich noch lieber mit den tiefstgehenden politischen Reformen ab, als mit den bescheidensten Maßnahmen zur Überführung der Privatwirtschaft in Gemeinwirtschaft. Sie wissen, was in dieser Richtung geschieht, das greift an das Fundament ihrer Herrschaftsposition. In dem Maße, als sie wirtschaftlich entbehrlich werden, in dem Maße, als ihre wirtschaftliche Suprematie über den Staat ausgeschaltet wird, haben sie auch politisch ausgespielt.

Es wäre darum das verhängnisvollste Versäumnis der Sozialdemokratie, würde sie jetzt, wo die natürliche Entwicklung selbst bereits aufs stürmischste auf die Realisierung des Kardinalpunktes ihres Programms hindrängt, aus Mangel an Mut zur Verantwortung mit der Sozialisierung der Wirtschaft nicht Ernst machen oder in dieser Beziehung in Halbheiten stecken bleiben. Um so mehr, als sie die politische Verantwortung für den Staat ohnehin schon in weitestem Umfang zu tragen hat und unmöglich die Hoffnungen, die man in sie setzt, zu rechtfertigen imstande wäre, wenn sie zaudert, auch die volle wirtschaftliche Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Mein Vorschlag gibt ihr überdies die Möglichkeit dies zu tun, ohne sich mit einem Risiko zu belasten, das größer ist, als dasjenige, mit dem sie unter allen Umständen rechnen muß.

13.

Ist aber speziell Deutsch-Österreich schon für die Sozialisierung reif und besonders unter den so ungemein schwierigen Verhältnissen, in denen wir uns augenblicklich befinden, wird man nun vielleicht fragen? Darauf ist, ganz abgesehen von der fundamentalen Veränderung unserer gesamten Lage, die sich mit dem Anschluß an Deutschland auch nach dieser Richtung notwendig ergeben müßte, folgendes zu antworten: Für die Art der Sozialisierung, die mein Vorschlag empfiehlt, ist Deutsch-Österreich, selbst wenn es isoliert bliebe, unbedingt reif, weil er

in dieser Form auf Gemeinwesen jeglichen Entwicklungsgrades anwendbar ist. Er ist von vornherein auf differenzierteste Anpassung angelegt und darum aufs mannigfachste modifizierbar. Geht er, doch seinem innersten Sinn nach, darauf aus, nur jene Produktionszweige vollkommen zu sozialisieren, die für öffentlich-rechtliche Zusammenfassung und zentrale Leitung bereits weit genug fortgeschritten sind und sieht für diejenigen Unternehmungen, die sich für vollkommene Übernahme durch das Gemeinwesen, aus welchem Grunde immer, noch nicht eignen, die verschiedensten anderen Möglichkeiten partieller Sozialisierung vor: wie Mitbesitz, Mitbeteiligung und Mitbestimmung von Staat, Ländern und Gemeinden durch Übernahme eines Teils der Aktien bei bereits privat vergesellschafteten Unternehmungen, Umwandlung von privatem Einzelbesitz in Aktiengesellschaften, Vergesellschaftung von mittlerem und kleinem Besitz, Syndizierung von ganzen Produktionszweigen unter Mitbesitz und Mitleitung der öffentlich-rechtlichen Körperschaften und zahlreiches ähnliche mehr. Die Durchführbarkeit meines Vorschlags hängt also keineswegs davon ab, ob der Prozeß der Konzentration des Kapitals oder der Betriebe in einem Lande schon einen bestimmten Grad erreicht hat, er läßt sich vielmehr überall verwirklichen, wo sich mit dem Einzug des Kapitalismus bereits eine Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln in weitem Ausmaß vollzogen hat. Der Grad der erreichten Konzentration des Kapitals und Betriebs ist so höchstens nur für das Tempo und die Art bestimmend, in der die Sozialisierung vor sich gehen kann.

Weit mehr Beachtung verdient die Frage, ob angesichts der Besonderheit der gegenwärtig durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse mit umfassender Sozialisierung der Anfang gemacht werden darf, ob wir jetzt imstande sind, mittels Sozialisierung den Wiederaufbau der Wirtschaft zu beschleunigen. Auch diese Frage ist nun aber, wie wir gesehen haben, unbedingt zu bejahen. Wir vermögen uns aus der Notlage, die uns bedrückt, nur zu befreien, wenn wir statt lediglich daran zu gehen, einen Voranschlag auszuarbeiten, der die Grundlagen des Staates finanziell konsolidiert, vor allem einen sachwirtschaflichen Reorganisationsplan entwerfen. Das heißt: Wir müssen aufhören, weiter wie bisher nur in Geld zu denken, müssen vielmehr lernen in Dingen zu denken, in Getreide, in Vieh, in Kohle,

in Erzen, in allen den andern tausend realen Produkten, von denen unser Leben in Wirklichkeit abhängt. Haben wir uns exakt sachwirtschaftlich über unsere Lage orientiert, dann erst ist der Augenblick gekommen, die Sprache der Dinge in die geldwirtschaftliche Sprache zu übersetzen. Verharren wir hingegen in rein geldwirtschaftlichem Denken, so vermögen wir nicht mit voller Klarheit zu den Realitäten selber vorzudringen.

Ein sachwirtschaftlicher Voranschlag hat so beschaffen zu sein, daß durch ihn festgestellt wird: wie groß ist unser unvermeidlicher Bedarf an unentbehrlichen Gütern, in welcher qualitativen und quantitativen Zusammensetzung benötigen wir diese, was kann davon im Inland beschafft werden, was müssen wir aus dem Ausland beziehen, mit welchen Überschußprodukten aus dem Inland können wir die aus dem Ausland erforderlichen Produkte bezahlen, inwieweit sind wir auf ausländischen Kredit angewiesen, wie vermögen wir zu diesem unter den billigsten Bedingungen zu gelangen, wie können wir unsere Produktion so gestalten, daß unser Bedarf möglichst im Inland gedeckt wird, welche Ausgaben lassen sich ohne Gefährdung des Volkswohls, der Volkskraft und der Volksgesundheit am leichtesten vermeiden, welche neuen Einnahmequellen lassen sich durch verbesserte Produktionsmethoden durch bessere Ausnutzung der vorhandenen Güterquellen und Arbeitskräfte erschließen, welche Produktionszweige vermögen wir im Augenblick am ehesten auszugestalten, auf welche Weise sind wir imstande die überschüssigen Arbeitskräfte der verschiedensten Kategorien am ökonomischsten nutzbar zu machen, wie können wir die Güterzirkulation solchermaßen gestalten, daß durch sie der ganze Volkskörper am besten und raschesten durchblutet wird. Erst im Anschluß an einen derartigen sachwirtschaftlichen Voranschlag läßt sich ein finanzieller Voranschlag entwerfen, der das staatliche, wie das volkswirtschaftliche Kreditwesen zuverlässig ordnet, Geldentwertung und Teuerung wirksam entgegenarbeitet.

Ein so großes Assanierungswerk nach einem einheitlichen Gesamtplan zu entwerfen, dazu wäre aber freilich nur eine wenigstens teilweise sozialistisch organisierte Gesellschaft fähig. Soll es weiter die tausendfach zersplitterte, von divergierendsten Sonderinteressen und erbittertster Konkurrenz zerrissene, auf individuellen Profit statt auf soziale Bedarfsdeckung

ausgehende Gesellschaft sein, der die Versorgung der Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigen, wie die Alimentation des Staates überlassen bleibt, dann ist es von vornherein ausgeschlossen, daß der Wiederaufbau der Wirtschaft systematisch nach der Rangordnung der Bedürfnisse in Angriff genommen wird. Die kapitalistische Wirtschaft wird vielmehr, trotzdem sie gleichfalls in weitem Umfang zu sozialistischen Experimenten die Zuflucht wird ergreifen müssen, mit allen ihren Bemühungen in dieser Richtung kläglich Schiffbruch leiden, nichts anderes zeitigen, als ein Zerrbild der staatssozialistischen Idee, nämlich den Sozialismus eines seinen großen sozialökonomischen Aufgaben in keiner Weise gewachsenen Staates, eines Staates, der sich in jedes Detail der Wirtschaft einmischt, mit dem drakonischsten Steuerdruck arbeitet, das Leben mit immer neuen Abgaben erschwert, Einblick in die intimsten Privatangelegenheiten fordert, täglich andere Vexationen auf seine Bürger einstürmen läßt, sie wie Freiwild der Beamtenwillkür preisgibt, die Unternehmertätigkeit mit unzähligen Vorschriften behindert, niemanden Existenzsicherheit gewährt, jeden Einzelnen von heute auf morgen mit dem Zusammenbruch bedroht, die Kleinen wehrlos der unentgeltlichen Expropriation durch die Großen ausliefert — und trotz alledem schließlich, statt die Entwicklung zu leistungsfähigstem Staatssozialismus zu befördern, auf dem Umwege über Volksbankerott unentrinnbar dem vollkommenen Staatsbankerott zudrängt.

14.

Doch nun die Gegenfrage: Vermag die Sozialisierung die Arbeiterfrage zu lösen, die Gefahr furchtbarster Arbeitslosigkeit zu bannen? Wird sie im Verlauf dem Volk auch wirklich einen höheren standard of life schaffen? Wird sie es vor Ausbeutung bewahren? Wird sie die individuelle Freiheit nicht in einem Maße beeinträchtigen, daß darunter die Produktivität der Wirtschaft aufs schwerste leidet? Wird sie den nötigen Ansporn für Alle gewähren, soviel als möglich für die Gesellschaft zu leisten? Wird

sie genügenden Spielraum für Begabungen gewähren? Wird sie überall die richtigen Menschen an die richtigen Stellen setzen? Wird sie nicht zu schlimmster Beamtenwillkür, zu unerträglicher Bureaukratisierung führen? Wird sie wirksame demokratische Kontrolle der Wirtschaft ermöglichen, ohne daß diese das Ganze der Wirtschaft weitaus zu schwerfällig gestaltet, als daß mit dem Maximum des Ertrags gearbeitet zu werden vermöchte? Wird die erhöhte Wirtschaftsmacht des Staates die Arbeiter nicht noch weit mehr versklaven, als sie im Gegenwartsstaat und in der kapitalistischen Wirtschaft versklavt sind? Wird die Wirtschaftsgebundenheit nicht noch viel größere Übel zeitigen als die Wirtschaftsfreiheit? Wird umfassende Sozialisierung verbunden mit strengster Demokratie die Arbeiter nicht so begehrlich machen, daß jede einheitliche Leitung dadurch unterbunden wäre und zur Kapitalisierung verwendbare Ertragsüberschüsse überhaupt nicht mehr zustande kommen?

Eine Fülle von Sorgen, die durchweg unbegründet sind. Massenarbeitslosigkeit ist das Übel, das die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaft zeitigt, ohne den aller Subsistenzmittel Beraubten ausreichende soziale Hilfe angedeihen lassen zu können. Die sozialistische Wirtschaft hingegen wird alle frei werdenden Arbeitskräfte zu beschäftigen vermögen. Schließlich verhungern ja auch heute nur die wenigsten der aus ihrem Beruf Herausgeschleuderten, es ist innerhalb des Bestehenden nur nicht möglich, allen auf kurzem Wege ein neues fruchtbares Betätigungsfeld zu schaffen. Zentral geregelte Wirtschaft hingegen wird die überschüssigen Arbeitskräfte der verschiedensten Kategorien weit eher zu verwerten imstande sein, als die freie Privatwirtschaft, die sich nie schnell genug auf neue gesellschaftliche Erfordernisse einzustellen vermag. Sie weiß heute mit den frei werdenden Offizieren und Beamten ebensowenig anzufangen, wie mit allen aus dem Feld zurückkehrenden Kopf- und Handarbeitern, sie leidet auf allen Gebieten zugleich an Mangel wie an Überfluß von Arbeitskräften, weil in ihr weder die Güterproduktion noch die Güterverteilung, weder die menschliche Arbeit noch der menschliche Verbrauch nach einem einheitlichen gesellschaftlichen Plane geordnet ist. Ihre Anarchie preist sie als Freiheit, ihre durchgängige Unzulänglichkeit verherrlicht sie als organisatorisches Leistungsvermögen!

Auch mitten in der gegenwärtigen Güterknappheit brauchten die Menschen nicht so entsetzliche Verzweiflungsphasen durchzumachen, bevor sie ihr Dasein wenigstens in bescheidenster Weise wieder zu fristen vermögen, wenn die Gesellschaft die Suche nach Broterwerb den Einzelnen nicht als Privatangelegenheit überließe. Auf dieser Suche gehen die wertvollsten Kräfte elendiglich zugrunde, nicht in erster Linie wegen tatsächlichen Mangels, sondern vor allem, weil nicht genügende soziale Vorkehrungen getroffen sind, die Suche zu erleichtern, weil namentlich nicht das Erforderliche geschieht, die in Unordnung geratene Güterzirkulation so zu regeln, daß nicht an allen Ecken und Enden notwendig die verhängnisvollsten Stauungen entstehen müssen. Und es ist ausgeschlossen, daß die Gesellschaft ihrer Verpflichtung nachkommt, allen Menschen wenigstens das Existenzminimum zu gewähren, wenn ihre organisatorische Kraft sogar darin versagt, zu verhüten, daß gleichzeitig empfindlichster Mangel an Arbeitskräften und täglich wachsende Arbeitslosigkeit herrscht.

Eine wie tiefgreifende Verwahrlosung breiter Schichten der lange währende Krieg auch zur Folge hatte, das Maß an Desorganisation der Wirtschaft, das wir heute antreffen, ist sicherlich nicht vor allem das Produkt individueller Arbeitsscheu, sondern in erster Linie der Arbeitsscheu der Gesellschaft zuzuschreiben, d. h. ihrer Scheu, die soziale Ordnung so umzugestalten, wie es die fundamental veränderten Wirtschafts- und Eigentumsverhältnisse gebieterisch erfordern. Das Gemeinwesen muß sich zu einem Verhalten aufraffen, welches jedem mit Evidenz offenbart, daß das Menschenmögliche geschieht, ihm seinen Kampf ums Dasein zu erleichtern, daß keinerlei Vorrechte geschont werden, deren Beseitigung zum Wohl Aller unerläßlich ist, daß man niemandem größere Opfer zumutet, als die im Solidarinteresse unabweisbaren. Strebt das Gemeinwesen erst darauf hin, gelingt es ihm, sich einen Einfluß auf die Wirtschaft zu sichern, der diese in ihren Hauptzweigen öffentlicher Leitung unterstellt, dann wird es gewiß auch durchführbar sein, alle Arbeitskräfte, ihrer individuellen Eigenart entsprechend, unter Bedingungen zu beschäftigen, daß Arbeitsunlust nur eine Ausnahmeerscheinung darstellt.

Vollwertige Verwendung der verfügbaren Arbeitskräfte, wie leistungsfähige Güterverteilung hat nun freilich Produktion mit dem Ertragsmaximum zur Voraussetzung. Da wir jedoch wissen, was

Verbesserung der Produktionsmethoden für die Steigerung der Produktivität der Arbeit zu leisten imstande ist, wie viel durch Betriebskonzentration, durch zentrale Regelung im kleinsten wie im größten zuwege gebracht werden kann, wie gewaltige Ersparnisse nach den mannigfachsten Richtungen noch im Bereich des Möglichen liegen müssen, angesichts der ungeheuren Verschwendung mit Gütern und Menschen, die wir uns bisher zu schulden kommen ließen, da wir täglich erfahren, zu wie riesigen Errungenschaften neue Entdeckungen und Erfindungen uns befähigen, brauchen wir sicherlich nicht daran zu verzweifeln, die Wirtschaft trotz aller Kriegsverluste und Kriegsverwahrlosung wieder zu voller Blüte bringen zu können, wenn wir erst ehrlich und mit tauglichen Mitteln auf Volkswohlfahrt, statt auf individuellen Profit und verwüstenden Wettkampf zwischen Klassen und Völkern hinarbeiten.

Allein durch richtige Zusammensetzung der Produktion nach der Rangordnung der gesellschaftlichen Bedürfnisse wird die sozialistische Wirtschaft der Privatwirtschaft schon weit überlegen sein, und am wenigsten hat man zu befürchten, die Sozialisierung der Wirtschaft werde die individuelle Freiheit notwendig so sehr einengen, daß dadurch der Ansporn zu gesellschaftlich nützlichen Leistungen notwendig verringert wird. Auch heute bereits ist freies Unternehmertum auf eine relativ kleine Schicht beschränkt. Das überwältigende Gros der Menschen ist auf Lohnarbeit angewiesen. Auf deren Tüchtigkeit und Pflichtbewußtsein vor allem beruht hauptsächlich unser wirtschaftliches Leistungsvermögen. Ebenso ist nicht anzunehmen, daß die freie Initiative der hervorragend Begabten versagt, wenn diese genötigt sind, mehr auf gesellschaftlichen Nutzen, als auf individuellen Profit hinzuwirken. Ganz im Gegenteil ist zu erwarten, daß sich im Verlauf der soziale Sinn als stärkerer Antrieb bewährt, als das Streben nach Befriedigung rein individueller Interessen, um so mehr, da dieses ja auch in der sozialistischen Wirtschaft keineswegs gänzlich ausgeschaltet zu werden brauchte.

Gegen Beamtenwillkür, bureaukratische Schwerfälligkeit aber wird eine auf wahrhaft demokratischer Grundlage beruhende Gesellschaft unzählige Vorbeugungsmittel zu finden wissen, es wird ihr auch nicht schwer fallen, Vorkehrungen dagegen zu treffen, daß die demokratische Kontrolle die freie Entschlußkraft der

Wirtschaftsleiter zu sehr einschränkt. Hingegen wird die demokratische Kontrolle der sozialisierten Wirtschaft jegliche Ausbeutung der Arbeitskräfte wirksam zu verhindern vermögen. Eine Gesellschaft, der der Ertrag der menschlichen Arbeit voll zuströmt, wird gewissenhafteste Menschenökonomie schon treiben, weil rücksichtslose Ausbeutung in ihr viel teurer zu stehen kommt, als sorgsamste Ausnutzung, welche die Produktivitätsgrenze keines Menschen gewaltsam zu überspannen sucht. Solide Menschenaufzucht, sorgsamste Berufsvorbereitung wird sich lohnen, wenn erst die Produktivitätsperiode der Arbeitskräfte nicht mehr so kurz ist, wie in der kapitalistischen Wirtschaft, wo die Amortisation der Arbeitskräfte in den Bilanzen der Privatunternehmer nicht in vollem Ausmaß als Debetposten zur Verrechnung gelangt.

Es gibt in Wirklichkeit nur eine ernste Gefahr, von der gerade die sozialistische Wirtschaft aufs schwerste bedroht wird, während sie für die kapitalistische Wirtschaft nicht in gleichem Ausmaß besteht, und das ist die größere Begehrlichkeit der Arbeiter, mit der die öffentlich-rechtlichen Korporationen, sobald sie die Unternehmerfunktion übernehmen, zunächst zu rechnen haben. Es wird kaum zu vermeiden sein, daß die Arbeitskräfte an diese weit höhere Ansprüche nach jeder Richtung stellen werden, sowohl hinsichtlich ihres Einflußes auf Lohnhöhe, Arbeitsdauer, Arbeitsbedingungen, Tempo im Avancement, Wahl des Arbeitsortes und der Beschäftigungsart, wie in bezug auf das Ganze der Betriebsführung und Geschäftsgebarung überhaupt. Mit andern Worten: Die Arbeiterfrage wird auch in der sozialistischen Wirtschaft nicht verschwinden, in dieser vielmehr nur eine andere, teilweise sogar wesentlich verwickeltere Gestalt annehmen, als in der kapitalistischen.

Während im Kapitalismus nicht mit dem höchsten sozialen Nutzeffekt gearbeitet werden konnte, weil die Unternehmer sich einen zu großen Teil des Mehrwertes aneignen wollten, nicht für den Bedarf, sondern für den Profit produzierten, nur Steigerung der Rentabilität ihres Einzelunternehmens, nicht aber Hebung der Produktivität der gesamten Volkswirtschaft vor allem im Auge hatten und ihre Sonderinteressen so dem gesellschaftlichen Leistungsvermögen voranstellen, besteht für den Sozialismus die Gefahr, daß seine Ergebnisse weit hinter den auf ihn gesetzten

Erwartungen zurückbleiben, wenn die Arbeiter nicht das genügende Verständnis dafür aufbringen, daß auch in der Gemeinwirtschaft ein Teil des Ertrags dem Verbrauch entzogen, d. h. kapitalisiert werden muß, und sie so nicht mehr von der Gesellschaft verlangen, als diese jedem Einzelnen — bei gerechter Abstufung der Aufteilung nach den individuellen Leistungen — ohne Gefährdung des wirtschaftlichen Fortschritts gewähren darf. Wie mit Recht immer wieder hervorgehoben wurde: Die Brechung des Kapitalismus kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein — so kann auch der Erfolg der sozialisierten Wirtschaft nur von ihr selbst zustande gebracht und gesichert werden. Weit mehr noch als bei der Erlangung der Macht, wird sich die Arbeiterklasse im Besitz der Macht zu bewähren haben. Erst dieser wird die allergrößten Anforderungen an ihr organisatorisches Leistungsvermögen, an ihre Disziplin, an ihre Besonnenheit und Selbstbeschränkung stellen.

Ein so glorreiches Kapitel der menschlichen Geschichte der Klassenkampf auch darstellt, mit all der Entschlossenheit, Opferwilligkeit und Solidarität, in der das Proletariat ihn, den brutalsten Strafen, Elend und Tod trotzend, unbeugsam ausfocht, das Schwerste hat es erst zu vollbringen, wenn durch den siegreichen Klassenkampf der Klassenstaat beseitigt ist. Vermag doch der Sozialismus nur den ganzen Reichtum der in ihm steckenden Möglichkeiten zu entfalten, wenn die Arbeiterschaft dieselbe Zähigkeit und Opferwilligkeit, die sie im Kampf gegen den Kapitalismus bewies, nun im geschlossenen Zusammenwirken am Neuaufbau der sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft an den Tag legt, mit ihrer Macht über den Staat nicht den gleichen Mißbrauch treibt, wie das Kapital in dem von ihm beherrschten Staat der Arbeit gegenüber, wenn sie nicht mehr ernten will, als sie gesät hat, indem sie durch übersteigerte Ansprüche die Produktion desorganisiert und damit ihren eigenen Besitz entwertet, kurzum, wenn sie sich in allem und jedem, aus dem vollen Bewußtsein ihrer Lage heraus, von der Einsicht bestimmen läßt: daß auch in der sozialisierten Wirtschaft, soll sie eine höhere, gesicherte Kultur begründen, Über- und Unterordnung notwendig ist, daß es die unentbehrliche Voraussetzung für die Erzielung maximalen Ertrages bildet, den Begabten einflußreichere und besser entlohnte Stellen einzuräumen, das Prinzip der Gleichheit so aufzufassen, daß Entgelt

und Stellung der Leistung proportional ist. Nur wenn überall an jede Stelle die geeigneteste Persönlichkeit gesetzt wird, wenn die Minderfähigen nicht Ansprüche erheben, die die Gesamtleistung herabdrücken, wenn die demokratische Kontrolle den Spielraum der freien Initiative nicht zu sehr einengt, wenn niemand mehr Verantwortlichkeit übernimmt, als er zu tragen imstande ist, wenn keinem weniger Verantwortlichkeit auferlegt wird, als die spezifische Eigenart seines Amtes erfordert, kann die Gemeinwirtschaft die Privatwirtschaft in ihren Ergebnissen weitaus übertreffen.

Ebenso wichtig, wie all dies, ist es aber freilich auch, daß die sozialisierte Wirtschaft jedem Einzelnen volle Existenzsicherheit gewährt, daß sie sich nicht damit begnügt, denjenigen, die der Gesellschaft ihre ganze Arbeitskraft zur Verfügung stellen, nur zu einem bescheidenen Existenzminimum zu verhelfen, sondern dafür sorgt, daß allen das jeweils erreichbare Existenzmaximum zuteil wird, daß im selben Maß als Arbeitspflicht zum Ausbau gelangt, auch die Ansprüche, die jeder an die Gemeinwirtschaft zu richten befugt ist, wesentlich erweitert werden, daß man Alle ihrer spezifischen Begabung gemäß zu beschäftigen sucht. Damit nun nach keiner Richtung eine Überspannung der Forderungen zustande kommt, ist eben vor allem für eine möglichst sorgsam ausbalanzierte Verbindung von zentraler Regelung und lokaler Selbstverwaltung der Wirtschaft zu sorgen. Zwischen Sozialisierung und Demokratisierung der Wirtschaft kann sich nämlich sehr leicht der schärfste Gegensatz entwickeln. Zu zentralistisch gestaltete Sozialisierung macht die Demokratie zunichte, zu weit getriebene Demokratisierung wandelt die Sozialisierung in Syndikalisierung um. Jedenfalls muß vermieden werden, daß durch zu tiefgreifende autonome Rechte der Lokalverwaltungen oder der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, eine Verselbständigung der einzelnen Wirtschaftszweige oder Betriebe zustande kommt, durch die Sonderinteressen begünstigt werden, welche die erbittertsten Kämpfe zwischen den verschiedenen Wirtschafts- oder Arbeitergruppen heraufbeschwören, in gleicher Weise Stadt und Land gegeneinander mobilisieren, wie eine Industrie gegen die andere hetzen und so die sozialistische Wirtschaft in noch weit höherem Maße atomisieren, als es im Antagonismus der kapitalistischen Privatwirtschaft der Fall war. Andererseits ist freilich nicht minder sorgsam darauf zu achten, daß aus der

Sozialisierung nicht eine Verstaatlichung wird, die zu verknöcherter Bureaukratisierung entartet und damit an Stelle von planmäßiger Regelung unerträgliche Fesselung der Wirtschaft zur Folge hat.

Sowohl der einen wie der andern Gefahr läßt sich aber nicht allzuschwer vorbeugen. Und zwar erstens durch ein richtiges Gemisch von Verstaatlichung, Provinzialisierung, Kommunalisierung und freier Vergenossenschaftung und zweitens durch organisatorische Zusammenfassung der Arbeiter der verschiedensten Kategorien, die sich in einem gemeinsamen Vertretungskörper wechselseitiger Kontrolle unterwerfen. Auf diese Weise wird es sicherlich gelingen, soviel individuelle Initiative zu sichern und soviel soziale Initiative zu schaffen, als zur Erzielung der höchsten Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit erforderlich ist. Jedenfalls wäre nichts verfehlter, als anzunehmen, die Erfolge der Sozialisierung der Wirtschaft müßten schon an der Unlösbarkeit der Arbeiterfrage im sozialistischen Staat scheitern. Die Verhältnisse liegen im Gegenteil genau umgekehrt. Auch wenn wir uns noch nicht entschließen könnten, die Sozialisierung des Besitzes in Angriff zu nehmen, müßten wir zunächst zumindestens mit der Demokratisierung der Betriebe den Anfang machen, ist doch die politische Demokratie heute bereits so weit fortgeschritten, daß sich wirtschaftliche Demokratie unmöglich länger aufhalten läßt. Da es nun aber außer jedem Zweifel steht, daß Demokratisierung der Betriebe ohne Sozialisierung des Besitzes notwendig zu stets erneuten Kämpfen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum führen müßte, zu immer wiederkehrenden Streiks, Boykotts und Ähnlichem, wodurch ausreichende Produktionserträge am meisten gefährdet wären, so ist angesichts der gegebenen Konstellation umfassende Sozialisierung des Besitzes sicherlich das zuverlässigste Mittel, um zu bewirken, daß weitestgehende Demokratisierung der Betriebe das Ganze der Wirtschaft im höchsten Maße fördert, statt es in bedrohlicher Weise in Frage zu stellen.

Letzten Endes freilich wird das Leistungsvermögen der sozialisierten Wirtschaft vor allem von dem Grad der Selbstdisziplin abhängen, welche die organisierten Arbeiter aufbringen. Es hieße jedoch das ungerechtfertigste Mißtrauen in diese setzen, wenn man sich hiervon abhalten ließe, die Vergesellschaftung der

Produktionsmittel, soweit sie technisch bereits durchaus möglich ist, nicht im raschesten Tempo in die Wege zu leiten. Und am schwersten würde sich mit einem solchen Mißtrauen die Sozialdemokratie an der Arbeiterschaft versündigen! Deren bewundernswerter Reife in erster Linie verdankt sie ihren großen Sieg. Ihre Verdienste gilt es darum jetzt damit zu lohnen, daß man im Glauben an sie festhält — trotz aller anstürmenden Bedenken — und so das Werk vollendet, das das Proletariat in jahrelanger zäher Ausdauer schuf.

15.

Nun noch ein paar kurze Bemerkungen über zwei wichtige Einzelfragen: 1. über die Sozialisierung des Bank- und Kreditwesens.

Es ist von vornherein klar, daß je kapitalkräftiger die Gemeinschaft wird, und je mehr Staat, Länder, Gemeinden und freie Genossenschaften selbst zu den Hauptträgern der Wirtschaft aufsteigen, desto weniger Aufgaben für die Privatbanken übrig bleiben. Die Privatbanken haben solange die wichtigste gesellschaftliche Funktion, als sie es sind, die das Sparkapital der Bevölkerung in ihren Kassen konzentrieren, um es wirtschaftlich nutzbar zu machen, als die wirtschaftliche Leistung der Gesamtheit auf der Tätigkeit des freien Unternehmertums beruht und auch der Staat sich alle Mittel, die er benötigt, durch das private Finanzkapital beschaffen lassen muß. Geht der Staat erst in weitestem Umfang zur Eigenwirtschaft über, wird er zu einem wesentlichen Teil zum Besitzer der nationalen Güterquellen, der nationalen Sachwerte, dann spielt der Kredit überhaupt nicht mehr dieselbe Rolle wie vorher, und soweit auch dann Kreditwirtschaft noch erforderlich ist, kann das Gemeinwesen die Rolle des mächtigsten Konzentrators des Sparkapitals der Bevölkerung selber übernehmen, weil es jetzt auch nicht mehr die Vermittlung von Privaten braucht, um dieses gesellschaftlich nutzbar zu machen. Es genügt dann entsprechender Ausbau der bereits bestehenden staatlichen, provinzialen, kommunalen und genossenschaftlichen Sparkassen und ihre Zusammenfassung zu einem einheitlich funktionierenden und nach demokratischen Prinzipien geleitetem Ganzen — etwa nach Art der bereits bestehenden Postsparkassen,

die zu diesem Behuf natürlich auf ein weitaus höheres Niveau sozialer Leistungsfähigkeit gehoben werden müßten — damit ein Zentralorgan für die Ersparnisse der Bevölkerung zustandekommt, welches sowohl die größte Sicherheit für die einzelnen Einleger gewährt, wie dafür zu sorgen imstande ist, daß das angesammelte Volksgut auch im Interesse der Steigerung des Volkswohles verwendet und verwertet wird.

Das heißt: Im selben Ausmaß als die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zur Durchführung gelangt, vermindert sich der übersteigerte Einfluß des privaten Finanzkapitals, so daß sich also mit auch nur teilweiser Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Vergesellschaftung der Bank- und Kreditinstitute beinahe automatisch anbahnt. Die sozialisierte Wirtschaft verdrängt überdies notwendig allmählich nach den verschiedensten Richtungen die Geldwirtschaft durch Naturalwirtschaft. Mit der Umwandlung der Geldwirtschaft in Naturalwirtschaft verengt sich aber naturgemäß der Wirkungskreis der Bank- und Kreditinstitute so sehr, daß diese in der Hauptsache mehr oder weniger zu reinen Sparkassenorganisationen werden, die dann als private Unternehmungen weder Existenzberechtigung noch Existenzmöglichkeit haben, so daß ihre Vergesellschaftung um so leichter wird, je mehr der Staat durch die Vermögensabgabe ohnehin schon als Mitbesitzer an ihnen beteiligt war.

2. Das Versicherungsmonopol. Die staatliche Monopolisierung des Versicherungswesens wird sogar bereits innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft vielfach befürwortet, ja sie ist in Italien z. B. schon vor dem Krieg in Angriff genommen worden. Diese Erscheinung ist überaus bezeichnend für den Geist der bisherigen Verstaatlichungsbestrebungen. Das Versicherungswesen eignet sich nämlich am allerwenigsten zur Einnahmequelle für den Staat. Der Staat kann wohl alle Zweige der Versicherung in die Hand nehmen, um zu verhindern, daß einzelne Private sich auf Kosten der Versicherten bereichern, aber er darf kein Versicherungsmonopol errichten, um selbst die Versicherten fiskalisch auszubeuten. In einem wohlorganisierten Staat müßte private Versicherung, soweit es sich nicht um Sachversicherung handelt, überhaupt überflüssig sein. Jedem Bürger wäre in einem solchen, kraft seiner Staatszugehörigkeit,

das Recht auf Schutz gegenüber allen Wechselfällen des Lebens, wie Versorgung im Alter usw. einzuräumen.

Versagt jedoch schon das Gemeinwesen in dieser Richtung, so ist es ganz besonders verwerflich, wenn es sich noch gar am wechselseitigen Zusammenschluß der Bürger zum Zweck der Selbsthilfe *bereichern* will, ja wenn man etwa daran denkt, die Erträge aus fiskalisch verteuerter, resp. verschlechterter Versicherung dazu zu verwenden, um den Kriegsanleihebesitzern ihre hohen Renten für ewige Zeiten sichern zu können. *Das bedeutete nichts anderes, als den Staatsgläubigern ihre Zinsen mit Versicherungsgeldern zu bezahlen.* Gewiß die allerschwerste Benachteiligung der auf ihr Arbeitseinkommen angewiesenen Besitzlosen! So erwägenswert also ein staatliches Versicherungsmonopol an sich sein mag, so widersinnig wird es, wenn es dazu mißbraucht werden soll, dem Fiskus als *Ersatz* für andere Steuerquellen zu dienen. Und das gilt für Sachversicherung nicht minder, als für alle Zweige der Sozialversicherung.

Aber auch die nicht zu fiskalischen Zwecken mißbrauchte Verstaatlichung des Versicherungswesens wäre nicht die richtigste Behandlung dieses Verkehrszweiges. Seiner ganzen Veranlagung nach würde dieser überwiegend am besten bei den *freien Genossenschaften* aufgehoben sein. Bei ihnen könnten die Interessen der Versicherten am zuverlässigsten gewahrt werden, unter ihrer Leitung würde sich die Versicherung der verschiedensten Kategorien aufs schmiegsamste den besonderen Zwecken, die sie anstrebt, wie den individuellen Bedürfnissen anpassen können. Dem Staat wären nur insoferne weitgehende Mitbestimmungsrechte einzuräumen, als er ohne solche nicht darauf hinzuwirken vermag, die verschiedenen Versicherungszweige und Versicherungsgenossenschaften zu einer auf wechselseitiger Unterstütuzng aufgebauten *einheitlich funktionierenden Zentralorganisation menschlicher Existenzsicherung* zusammenzufassen.

Und wie im Falle des Versicherungswesens, so ist auch auf zahlreichen anderen Gebieten das *spezifische Leistungsvermögen der freien Genossenschaften* als Stützpfeiler der öffentlich=rechtlichen Organisationen der Wirtschaft nicht zu unterschätzen. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, was die freien Genossenschaften, die Gewerkschaften, Konsumvereine, Bezirkskrankenkassen usw. im Krieg geleistet haben, wie ohne sie die

Kriegswirtschaft auch dort hätte versagen müssen, wo sie mit ihrer Unterstützung wenigstens über das allerschwerste hinweghalf, um nicht daran zweifeln zu können, wie Großes die freien Genossenschaften in normalen Zeiten, bei bestorganisiertem Zusammenwirken mit einem kapitalkräftigen Staat, wie mit finanziell gesunden Ländern und Gemeinden zuwege zu bringen vermöchten. Die größten Zukunftshoffnungen erschließen sich der sozialistischen Wirtschaft gerade durch ihre fortschreitende Erstarkung!

16.

Auch über die sukzessive soziale Verpapierung des Privateigentums, die sich als Folge der Vermögensabgabe in natura und der mit ihr verbundenen Sozialisierung der Wirtschaft ergeben würde, wäre noch einiges zu sagen. Solange die Privatwirtschaft und das Privateigentum an Produktionsmitteln erhalten bleibt, führen auch die größten Steuerabgaben nicht zu einer Bereicherung des Gemeinwesens. Die Staatskassen stellen dann vielmehr bloß eine Art von Durchzugskanal des Volksvermögens dar. Denn soviel der Staat auch erhält, er muß alles wieder zu Ausgaben verwenden, mit denen er den mächtigsten Kapitalmagnaten das, was sie ihm auf der einen Seite zu entrichten haben, auf der andern Seite, um Profite vermehrt, wiedergibt. Der Staat, der deshalb selbst mit einer relativ radikalen Vermögensabgabe vorgeht, nimmt, besonders wenn die Vermögensabgabe in Raten erfolgt und damit leichter überwälzbar wird, am meisten von den Mindervermögenden, ja indirekt sogar von den Besitzlosen und wird so gerade je rücksichtsloser er die Steuerschraube anzieht, desto mehr lediglich zur Steuerexpositur der fest zusammengeschlossenen Kollektivmächte des Großgrundbesitzes, der Schwerindustrie und der Hochfinanz. Alles, was er an Mehreinkommen aus der Bevölkerung herauspreßt, zerrinnt ihm zwischen den Fingern, wird von Ausgaben verschlungen, die infolge der unaufhaltsamen Teuerung rascher zunehmen, als die mühsam gesteigerten Einnahmen.

Mit andern Worten: Innerhalb des Bestehenden haben die Ausgaben des Staates die Tendenz gleichsam beinahe in geometrischem Verhältnis zu wachsen, während die regulären Ein-

nahmen bestenfalls in arithmetischer Progression steigen. Können die Unternehmer nicht daran gehindert werden, das um riesigste Profite vermehrt auf die Preise aufzuschlagen, was sie an öffentlichen Abgaben zu entrichten haben, ist der Staat unweigerlich genötigt, kaum daß er durch Erschließung neuer Steuerquellen das Gleichgewicht in seinem Haushalt mit Ach und Krach hergestellt hat, für maßlos erhöhte Ausgaben aufzukommen, weil er für alle Produkte, die er von der Privatwirtschaft beziehen muß, Wucherpreise zu bezahlen hat und sich in der gleichen Notlage befindet, soll er seinen Beamten, Angestellten und Arbeitern die Teuerung voll ausgleichende Bezüge gewähren, so wird das Defizit im Etat, zu seinem permanenten Fatum, obendrein ein ins Uferlose wachsendes Defizit, das ihn immer wehrloser der Schuldknechtschaft an das Kapital ausliefert, ihn mit ehernen Klammern in dieser festhält und mit ihm zugleich die Masse der Bevölkerung.

Genau die entgegengesetzten Verhältnisse bilden sich naturgemäß heraus, je mehr Privateigentum in Gemeineigentum übergeht, je mehr die Privatwirtschaft durch Gemeinwirtschaft verdrängt wird. Besitzt das Gemeinwesen die Sachwerte und verfügen die Privaten nur über papierene Forderungen, so müssen nun diese mit allen ihren Ausgaben den Staat bereichern, sind sie außerstande, die Abgaben, die sie an den Staat zu leisten haben, durch Erhöhung der Preise hereinzubringen. Mit der Beseitigung der Privatwirtschaft vermag der Besitz die werktätige Masse somit weder als Produzenten noch als Konsumenten weiter auszubeuten und ebensowenig besteht dann die Möglichkeit für ihn, den Staat als Kunden oder als Kreditbedürftigen zu übervorteilen. Der Staat ist nun beim Bezug seines Bedarfs nicht mehr auf die Privatwirtschaft angewiesen und das Gleiche gilt für die Massen hinsichtlich der Beschaffung des Lebensnotwendigen. Privater Besitz besteht jetzt überwiegend nur noch in Besitz von Papierwerten. Und soweit dies der Fall ist, ist damit deshalb der Kapitalist in den Rentner, der Unternehmer in den Beamten umgewandelt.

Darin liegt auch der Grund, warum schon Enteignung als käufliche Ablösung privater Produktionsmittel die fundamentalste gesellschaftliche Umwälzung zeitigt. Der Herr über die Produktion,

der Herr über den Staat ist derjenige, der die Sachwerte besitzt und über ihre Verfügung zu bestimmen hat; wer nur auf Zinsenbezug angewiesen ist, hat seine wirtschaftliche, wie seine politische Macht eingebüßt. Was deshalb zunächst zur Befreiung vom Joch der kapitalistischen Wirtschaft notwendig ist, ist nicht die Aufhebung des Privateigentums schlechthin, es genügt für den Anfang, dessen soziale Verpapierung in weitestem Umfang, unter gleichzeitiger Überwälzung der Kriegslasten auf den Besitz.

Und dies trifft um so mehr zu, da die ungeheure Macht des Kapitals, die sich im Krieg herausgebildet hat, umgekehrt gerade darauf beruht, daß die größten Kapitalmagnaten zu ihrem Reichtum an naturalen Güterquellen noch die riesigsten Mengen an Papierwerten hinzugewonnen haben, so daß sich bei näherem Zusehen nach seinem Abschluß nicht mehr Besitzende und Besitzlose gegenüber stehen, sondern Besitzende und verschuldete Besitzlose. Die Enterbten, die nicht teilnehmen an dem in Privateigentum befindlichen Sachvermögen der Nation, sind so zum Hauptträger deren papierenen Kollektivschuld geworden.

Die Summe der im Krieg ausgegebenen Anleihen und Noten wird deshalb nur richtig erfaßt, wenn man sich zu Bewußtsein bringt, daß durch sie, genau genommen, das Volksvermögen eigentlich doppelt zu Buch steht: einmal in der Gestalt der Sachwerte und ein zweitesmal in Gestalt der Papierwerte, mit denen der Staat das private Volksvermögen gleichsam hypothekarisch belastet hat. Es würde nun niemanden einfallen, die Größe des Nationalvermögens so zu berechnen, daß man zu den Sachwerten etwa die Aktien, die von den einzelnen Gesellschaften als Anteilscheine ausgegeben werden, noch hinzuschlägt. Diesen Fehler begeht man aber bei der Beurteilung der Wirtschafts- und Finanzsituation des Staates. Man sagt sich nicht, der Staat muß entweder die Papierwerte, die er ausgegeben hat, durch Heranziehung von privaten Sachwerten äquivalent bedecken oder er muß die Papierwerte völlig zum Verschwinden bringen; man will vielmehr aus dem Ertrag der Wirtschaft sowohl die Sachwertbesitzer wie die Papierwertbesitzer voll befriedigen, resp. hofft mit langsamer Tilgung der Papierwerte sein Auslangen zu finden. Das ist aber ein Ding der Unmöglichkeit. Das ließe

sich nur durch maßlose Ausbeutung des organischen Kapitals der Bevölkerung bewerkstelligen.

Mein Sanierungsprogramm geht deshalb darauf aus, die Konsequenzen, die sich aus der Verpapierung des Privateigentums durch dessen finanzielle Vergesellschaftung in Form von Anleihen, Notenvermehrung und sonstigen öffentlichen Schuldverpflichtungen ergeben, in der Weise zu ziehen, daß man an dieser sozialen Verpapierung nicht nur festhält, sondern sie sogar noch weiterentwickelt, d. h. sie nur insoweit einzuschränken sucht, als die fiktiven Werte, die in die Volkswirtschaft hineingepumpt wurden, den tatsächlichen Geldwert des nationalen Sachvermögens übersteigen.

Dies ist folgendermaßen zu verstehen: Es wird zunächst das Ausmaß der Verschuldung des Staates in seinem ganzen Umfang festgestellt, es wird geprüft, bei welchen Lieferungen er überhalten wurde, auf welche Rückvergütungen aus übermäßigen Gewinnen Einzelner, die die allgemeine Notlage ausnützten, er Anspruch hat, was bei der Sachdemobilisierung zur Bedeckung der Schuld herausgeschlagen werden kann, mit welchem Rückfluß an Anleihen und Noten er bei einer ausreichenden Vermögensabgabe zu rechnen hat, und wenn auf diese Weise ermittelt ist, in welcher Höhe seine Papierschuld erhalten bleibt, hat er zumindestens soviel an Sachwerten in seinen Besitz überzuführen, als erforderlich ist, um seine Schuldensumme vollwertig materiell zu bedecken.

Damit ist jedoch nur der rein finanzielle Teil der gebotenen gesellschaftlichen Sanierungsaktion vorgenommen. Der zweite ebenso wichtige produktionstechnische Teil besteht darin, daß aufs genaueste untersucht wird, hinsichtlich welcher Zweige der Wirtschaft die Übernahme durch die Gemeinschaft eine unabweisbare Voraussetzung für die Hebung der Volkswohlfahrt bildet. Erweist sich etwa, daß die Vermögensabgabe in natura in der Höhe der aufgelaufenen Schulden nicht ausreicht, alle jene Produktionsmittel und Privatunternehmungen zu vergesellschaften, von denen es im Interesse der Steigerung des Ertrags der Wirtschaft wünschenswert erscheint, sie in Gemeinbesitz überzuführen, so ist obendrein noch all das gegen käufliche Ablösung zwangsweise zu enteignen, was das Gemeinwesen benötigt, um in entsprechender Großzügigkeit kollektiv wirtschaften zu können. Um die Beschaffung der hierfür erforderlichen Mittel braucht der entschuldete

Staat nicht besorgt zu sein, er zahlt mit Renten, die er nun ruhig ausgeben kann, weil der Zinsendienst aus den Erträgen der vergesellschafteten Unternehmungen ohne Schwierigkeit bestritten zu werden vermag, sofern nur aufs sorgsamste darauf geachtet wird, daß der Wert der papierenen Schuldverschreibungen die in die Hand Privater gelangen, den Wert der Sachgüter, die in Gemeinbesitz übergehen, nicht übersteigt.

Um dies zu verhüten, muß der auf dem Wege der Verpapierung des Privateigentums zu vollziehenden Vergesellschaftung der Produktionsmittel eben eine Vermögensabgabe in solcher Höhe vorangehen, daß die bisherigen Privatbesitzer nicht eine doppelte Entschädigung erhalten, indem sie zu den Anleihen, die sie über ihren ursprünglichen Besitz hinaus im Krieg erwarben, noch eine Ablösung für die ihnen nebendem verbliebenen Sachgüter hinzukommen. Zieht das Gemeinwesen jedoch durch die Vermögensabgabe soviel von den privaten Sachgütern an sich, als zur materiellen Bedeckung der aus dem Krieg erwachsenen Schuld erforderlich ist, dann besteht bei richtiger Bewertung der zur Enteignung gelangenden Objekte keine Gefahr, daß das Gemeinwesen sich durch darüber hinausgehende Verpapierung des Privateigentums auf dem Wege käuflicher Ablösung mehr Lasten aufbürdet, als es zu tragen imstande ist.

Und mit der Vermögensabgabe wie mit der sozialen Verpapierung des Privateigentums, wird auch keineswegs einfach eine gewaltsame Expropriation der Expropriateure vorgenommen. Es handelt sich dabei vielmehr vor allem um Repropriation des Gemeinwesens. Gelangt unentgeltliche Enteignung doch nur in dem Ausmaß zur Durchführung, als der Krieg selbst als Enteigner gewirkt hat. Indem die Vermögensabgabe die im Krieg entstandenen Verluste proportional auf den Besitz aufteilt, korrigiert sie also nur dessen wirtschaftliches Ergebnis, ersetzt sie chaotische und willkürliche Enteignung durch geregelte und gerechte.

Ganz anders steht es mit der entgeltlichen Enteignung, die in der Form der nachträglichen sozialen Verpapierung des Privateigentums erfolgt. Sie ist nicht Enteignung, sondern nur Aneignung durch die Gesellschaft, und zwar Aneignung, die sich ausschließlich auf die Sachgüter bezieht, ohne damit das Privat=

eigentum überhaupt aufzuheben. Sie beseitigt nicht den Privatbesitz als solchen, ändert vielmehr lediglich das, worauf er sich bezieht, gibt ihm einen anderen Inhalt, durch den seine gesellschaftliche Funktion umgestaltet, sein politischer Einfluß wesentlich verringert wird. Sowohl gegen die Expropriation als Repropriation des Gemeinwesens auf dem Wege der Vermögensabgabe, wie gegen die Enteignung als entgeltliche naturale Aneigung durch das Gemeinwesen lassen sich darum nicht dieselben Einwände vorbringen, wie gegen die Expropriation und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel schlechthin. Ist bei diesem Vorgehen doch weder zu befürchten, daß zu radikale, zu plötzliche Umgestaltungen in Angriff genommen werden, die die Kontinuität des Wirtschaftslebens erschüttern, noch daß in rascherem Tempo sozialisiert wird, als es das Gemeinwesen seiner augenblicklichen Beschaffenheit nach verträgt. Die Sozialisierung auf dem Wege der Vermögensabgabe und der Verpapierung des Privateigentums wird die Privatwirtschaft nur insoweit in Gemeinwirtschaft umwandeln, als es der jeweiligen Reife des gesellschaftlichen Leistungsvermögens entspricht. Es ist darum unsinnig, ganz allgemein zu behaupten, daß sie ein zu radikales oder daß sie ein zu mildes Mittel zur Umwandlung der Wirtschaftsordnung empfiehlt. Prinzipiell betrachtet kann sie weder das eine, noch das andere sein, weil man sie nur in dem Ausmaß und in der Art vorzunehmen braucht, als man das Gemeinwesen politisch oder wirtschaftlich reif hierfür erachtet.

Und jedenfalls ist soviel sicher, daß die sukzessive Verpapierung des Privateigentums durch das Gemeinwesen sich viel leichter durchführen läßt, als dessen sofortige vollkommene Aufhebung und daß sie diejenige Methode zur allmählichen Vergesellschaftung der Produktionsmittel darstellt, der gerade die ungeheure Verschuldung, die der Krieg zur Folge hatte, am gründlichsten vorgearbeitet hat. Vergesellschaftung der Produktionsmittel durch Vermögensabgabe und sukzessive soziale Verpapierung des Privateigentums anstreben, heißt unmittelbar an die fundamentale wirtschaftliche Neuordnung anknüpfen, die das historische Ergebnis des Krieges ist und die man unter den unsäglichsten Mühen und schwersten Erschütterungen und Kämpfen

ungeschehen zu machen trachten müßte, wollte man den von mir gewiesenen Weg nicht beschreiten.

17.

Wenden wir uns nun noch der allerdringlichsten Frage zu: Was hätte sofort zu geschehen, um die Kriegswirtschaft so in die Friedenswirtschaft überzuführen, daß zugleich die kapitalistische Wirtschaft durch die sozialistische Wirtschaft ersetzt wird? Mit anderen Worten: Wie können wir den Augenblicksnotwendigkeiten gerecht werden, und zugleich eine bessere sozialistische Zukunft vorbereiten? So leicht es ist, großzügige und vielverheißende Zukunftsprogramme zu entwerfen, so schwer ist es, den Weg zu deren Erfüllung trotz der Not der Gegenwart vorzuzeichnen. Im Ausbau eines Erfolg verheißenden Übergangsprogramms liegt das eigentliche Problem. Das Alte ist nicht mehr existenzfähig, das Neue noch nicht geschaffen — wie fristen wir unser Leben in der gefährlichen Zwischenzeit? Auf diese Frage müssen wir eine vollkommen befriedigende Antwort zu geben imstande sein, wollen wir als Führer Vertrauen erwecken. Auch die zuverlässigste Kur nützt einem Schwerkranken nichts, wenn er befürchten muß, an Entkräftung zugrunde zu gehen, bevor die versprochenen Heilwirkungen sich einstellen können. Eine radikale Vermögensabgabe, namentlich das vollkommene Novum einer tiefgreifenden Vermögensabgabe in natura bedarf nun der sorgsamsten Vorbereitung, insbesondere da sie ja mit einer umfassenden Vergesellschaftung der Wirtschaft verbunden werden muß. Und nicht anders ist es mit der von mir befürworteten sukzessiven sozialen Verpapierung des Privateigentums. Wie helfen wir uns aber bis zu dem Zeitpunkt, wo sie zur Durchführung gebracht werden kann? Wie bewerkstelligen wir die unaufschiebbaren Aufgaben des Augenblicks, ohne uns durch die sofort erforderlichen Notmaßnahmen den Weg zur gründlichen Reorganisation der Wirtschaft zu versperren?

Mit dem Hinweis auf dieses Fundamentalproblem sind folgende drei überaus schwerwiegende Fragen aufgeworfen: Erstens, was hat sogleich zur Vorbereitung der Durchführung der Vermögensabgabe zu geschehen? Zweitens, welche Maßnahmen sind zu treffen, um momentan die nackte Existenz des Staates, wie der Bevölkerung zu sichern? Drittens, was kann schon jetzt in

Angriff genommen werden, damit die Befreiung der Wirtschaft aus der augenblicklichen Notlage zugleich ihre Sozialisierung und dauernde Sanierung fördert?

Was Punkt 1 anlangt, ist folgendes erforderlich: Es ist vor allem festzustellen, welchen Betrag der Anleihen und sonstigen Kriegsschulden die selbständigen Einzelstaaten, in die das alte Österreich zerfallen ist, bei gerechter Aufteilung zu übernehmen haben und hierüber mit diesen eine Verständigung anzubahnen. Ebenso ist ein Einverständnis mit den Teilstaaten über einen gemeinsamen Plan zur Verminderung der im Krieg ausgegebenen Noten zu erzielen. Diese Verständigung mit den Teilstaaten über die Liquidierung der gesamten Kriegsschuld, wie die notwendige Auseinandersetzung über das künftige Wirtschaftsverhältnis zwischen ihnen überhaupt, wird sicherlich um so leichter vor sich gehen und desto rascher zu einem befriedigenden Ergebnis führen, ein je klarerer und einheitlicherer Plan für den Wiederaufbau der Wirtschaft und zur Sanierung des Staatshaushaltes den Verhandlungen zugrunde liegt. Sehen die Nachbarvölker erst, daß ein großzügiges Werk der Assanierung der Gesellschaft angestrebt wird, daß ehrliche Arbeit geleistet werden soll, um die Existenz jedes Einzelnen zu sichern, den allgemeinen Lebensstandard zu heben, sämtliche Privilegien gründlich zu beseitigen, so werden auch sie in die gleiche Richtung drängen und damit die Widerstände beseitigen helfen, die gegenwärtig die leidenschaftlich verfochtenen Partikularinteressen jeglichem auf Billigkeitsprinzipien aufgebauten Einvernehmen entgegenstellen.

Und wie wir uns mit den Völkern der Teilstaaten leichter verständigen werden können, wenn wir durch Überwälzung der Kriegslasten auf den Besitz und umfassende Sozialisierung der Wirtschaft das große Vorbild des Verzichts auf innere Ausbeutung gebend, auch bei ihnen die Empörung gegen innere Ausbeutung erwecken und sie damit zugleich zu Gegnern jeglicher äußerer Ausbeutung machen — die jene ja zur Voraussetzung hat — so werden wir ebenso mit allen neutralen Ländern, wie mit den Ententevölkern weit rascher wieder zusammenfinden, sobald unser Beispiel ihnen aufs deutlichste zeigt, wie auch sie selber sich aus dem Sklavenjoch des Kapitalismus nur befreien können, wenn sie sich vom Imperialismus lossagen und dadurch über die Kriegsschäden hinwegzukommen suchen, daß sie uns in unserer Sanierungs-

arbeit aufs werktätigste unterstützen, statt uns diese mit den rohesten Gewaltmitteln aufs unheilvollste zu erschweren. Sie werden dann erkennen, daß wir zur Schadenswiedergutmachung an sie am raschesten fähig werden, wenn sie uns nicht daran hindern, soweit zu Kräften zu kommen, daß wir über ausreichendes Leistungsvermögen nach jeder Richtung verfügen.

Bloß dann, wenn uns keine größere Last an Schulden und sonstigen Verpflichtungen auferlegt wird, als wir zu tragen oder abzutragen imstande sind, bloß wenn uns, namentlich für die schwerste Periode der Übergangszeit, die unentbehrliche Hilfe zuteil wird, wenn wir ausreichend mit Rohstoffen versorgt werden, um die Wirtschaft materiell retablieren, die Bevölkerung organisch regenerieren und den Staatshaushalt finanziell sanieren zu können, wenn weiters die entsprechenden Institutionen neu geschaffen werden, künftig den internationalen Güteraustausch weltwirtschaftlich so zu organisieren, daß für kein Volk imperialistische Expansionstendenzen oder die erbitterte Abwehr gegen diese zu einer Existenznotwendigkeit wird, bloß dann wird sich im Verlauf ein auf fruchtbarer Zusammenarbeit beruhendes Freundschaftsverhältnis zwischen den einzelnen Völkern, wie zwischen den Klassen zu entwickeln und zu befestigen vermögen, bloß dann wird jedes Volk die Pflichten, die ihm aus dem Krieg — sei es nach innen, sei es nach außen — erwuchsen, zu erfüllen imstande sein.

Solange jedoch den durch die Verbrechen ihrer herrschenden Klassen im Krieg zusammengebrochenen Völkern nicht einmal soviel Entgegenkommen gewährt wird, daß es ihnen möglich ist, einen Überblick über die Höhe ihrer Schulden und die von ihnen abzutragenden Verpflichtungen zu gewinnen, solange man sie rücksichtslos fremder Gewalt ausliefern will, nachdem sie sich eben erst unter den ungeheuersten Opfern, noch aus unzähligen Wunden blutend, von der Ausbeutungsherrschaft der eigenen Bedrücker befreiten, treibt man sie auch, wo sie besten Willens sind, direkt in einen Bankerott hinein, der nicht nur sie selbst als Schuldner entwürdigt, sondern gerade ihre Gläubiger vor allem aufs schwerste schädigen müßte. Verhalten sich jedoch die Sieger nicht so, daß unsere Schädigung ihnen angelegener erscheint, als die Wahrung ihrer eigenen Interessen und sind auf diese Weise endlich die Voraussetzungen dafür gegeben, daß wir zu voller

Klarheit über unsere wirtschaftliche und finanzielle Situation gelangen können, dann ist sicherlich auch eine sozialkaufmännisch solide Lösung des Staatsschuldenproblems keine unerfüllbare Aufgabe mehr.

Vor allem handelt es sich dann darum, mit größter Exaktheit zu ermitteln, wie hoch sich unsere tatsächliche Gesamtschuld beläuft, wenn wir die Anleihen, die Noten, die sonstig aufgenommenen Darlehen, die Zahlungsrückstände aller Art zusammenrechnen und zu alledem noch das hinzuschlagen, was zur Bestreitung der verschiedensten Schadenswiedergutmachungen erforderlich ist, wie jene Kapitalsumme, aus deren Zinsen die aus dem Krieg erwachsenen Invaliden-, Witwen- und Waisenansprüche zu zahlen sind. Die solchermaßen festgestellte Kollektivschuld wäre hierauf in angemessener Progression auf den Besitz zu kontingentieren, und zwar so, daß — zum Zweck gerechtester Bemessung des Steuersatzes für jeden Einzelnen — sofort die Anlage eines möglichst genauen Vermögenskatasters zur Durchführung gelangt. Dementsprechend hätte jeder Bürger innerhalb einer bestimmten Frist eine eidesstattliche Vermögensfassion einzubringen, aus der die Höhe und die Art der Zusammensetzung seines Vermögens ersichtlich wird. Die Steuerskala wäre erst auf Grund sämtlicher Fassionen festzusetzen, damit, wie immer die Vermögensverteilung in der Bevölkerung gestaltet sein mag, auf alle Fälle ein der Schuldenhöhe gleichkommender Ertrag gesichert ist. Ebenso könnte das Gesamtergebnis dann auch nicht durch falsche Angaben Einzelner beeinträchtigt werden, da ja Steuerhinterziehungen bereits im Voraus eskomptiert wären, so daß später zutage tretende Hinterziehungen nur einen Extragewinn für den Staat bedeuteten.

Zum Zweck eines möglichst genauen Überblicks über die Verteilung des Anleihen- und Effektenbesitzes, wie zur wirksamen Kontrolle der Bewegung des mobilen Kapitals wäre unverzüglich anzuordnen, daß alle Anleihepapiere und Aktien auf den Namen des Besitzers zu lauten haben und in ein öffentliches Schuldbuch einzuregistrieren sind. Der Übergang jedes Wertpapieres von einer Hand in die andere hätte aus diesem Schuldbuch ersichtlich zu sein. Eine derartige Maßregel wäre auch schon wünschenswert, damit wir klar erkennen, welche Folgen ein eventueller Staatsbankerott notwendig nach sich

ziehen müßte, in welcher Schwere durch einen solchen die einzelnen Bevölkerungsschichten, Wirtschaftszweige oder Kreditinstitute getroffen würden.

Eine äußerst wichtige Vorkehrung zur Vermeidung des Staatsbankerotts selber hätte dagegen darin zu bestehen, daß auf das genaueste geprüft wird, wie die enormen Schulden, die auf dem Staat lasten, zustande gekommen sind, ob er nicht viele seiner Lieferungen maßlos überzahlte, ob durch die Kriegsgewinn- und Vermögenszuwachssteuer tatsächlich alles erfaßt wurde, was Einzelne sich über den zulässigen Unternehmerprofit hinaus auf Kosten des Staates oder auf Kosten der notleidenden Bevölkerung an Reichtum aufhäuften. Hinsichtlich gar mancher unbezahlten Schulden des Staates würde sich bei einer derartigen sorgsamen nachträglichen Überprüfung sicherlich zeigen, daß sie durch die bisherigen Staatsleistungen bereits übermäßig honoriert sind. An der Höhe der Staatsschulden kämen damit mannigfache Abstriche zustande und ebenso könnte sie auch einigermaßen herabgedrückt werden, wenn die Sachdemobilisierung mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes zur Durchführung gelangt, wenn auf diesem Gebiet Verschleuderung von Staatsgut aufs peinlichste vermieden wird, was um so zuverlässiger zu erzielen wäre, sobald auch die Demobilisierungsaktion bereits der Vorbereitung der in Aussicht genommenen Sozialisierung der Wirtschaft zu dienen hätte.

Zu Punkt 2: Die Maßnahmen, die zu treffen wären, damit Staat wie Bevölkerung in der Zeit bis zur Durchführung der Vermögensabgabe nicht von wirtschaftlichem Zusammenbruch bedroht werden, sind nach zwei Gesichtspunkten zu unterscheiden. Es handelt sich dabei nämlich erstens um sachwirtschaftliche, zweitens um finanztechnische Aufgaben. Die Lebensmöglichkeit der Bevölkerung hängt letzlich nur davon ab, ob die erforderlichen Sachgüter in ausreichenden Mengen hergestellt oder beschafft werden können. Soweit ihre Herstellung aus im Inland vorhandenen Wertquellen in Frage steht, ist nur das Verhältnis des Landesreichtums zur verfügbaren Summe an Arbeitskräften maßgebend. Bei richtiger Organisation der Arbeit kann in dieser Beziehung Massenelend nicht unser notwendiges Schicksal sein, solange es einerseits gewaltige ungenützte natürliche Kraftquellen und andererseits zahlreiche ungenützte Arbeitskräfte gibt. Eine derartige Disproportion ist nur möglich, wenn

zur Nutzbarmachung der heimischen Güterquellen oder der heimischen Arbeitskräfte Produkte vom Ausland erforderlich sind, die uns nicht in ausreichenden Mengen zur Verfügung stehen. Es muß deshalb dafür gesorgt werden, daß wir vom Ausland so rasch als möglich, das erhalten, was wir zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft benötigen. Die Waren, die wir vom Ausland beziehen, müssen wir, soweit wir nicht Guthaben im Ausland besitzen, entweder mit heimischen Arbeitsprodukten bezahlen oder sie müssen uns gegen Kreditgewährung vorgestreckt werden. Da Naturaltausch zunächst nur in geringerem Umfang möglich sein wird, ist die Güterbeschaffung aus dem Ausland vorerst also eine finanztechnische Frage.

Das Gleiche gilt für die Güterbeschaffung im Inland, soweit in der Zeit, wo die Vermögensabgabe noch nicht durchgeführt ist, öffentlicher Bedarf in Betracht kommt. Der Staat soll den Zinsendienst seiner Anleihen sichern, soll Witwen=, Waisen= und Invalidenrenten auszahlen, soll die Schadenswiedergutmachung in Angriff nehmen, überall die Retablierung der Wirtschaft mit tauglichen Mitteln zu bewerkstelligen suchen, für alle Bedürftigen sorgen, seinen Beamten, Angestellten und Arbeitern Zulagen gewähren, um die Teuerung auszugleichen, an die Verwertung ungenützter Güterquellen herangehen, den Ausbau von Wasser=kräften, Kanälen usw. in die Wege leiten, mit tausendfachen Meliorationsarbeiten zur Intensivierung der Produktion beginnen und die gleichen Aufgaben wie dem maßlos notleidenden Staat sind auch den durch den Krieg aufs härteste mitgenommenen Provinzen und Gemeinden gestellt. Woher wären die Riesenmittel zu nehmen, um allen diesen ungeheuren Aufgaben gerecht werden zu können, bevor die komplizierten Vorbereitungsmaßnahmen zur Durchführung der Vermögensabgaben abgeschlossen sind?

So klar es ist, daß die Mittel für all dies zunächst nur auf dem Wege großzügiger Kreditoperationen beschaffbar sind, so not=wendig ist es, sich mit ausreichender Deutlichkeit zu Bewußtsein zu bringen, welche sachwirtschaftlichen Probleme zur Bewältigung dieser Aufgabe zu lösen wären. Tatsächlich benötigen wir in erster Linie bestimmte Dinge und wie die Verhältnisse gegenwärtig liegen, bedeutet Geldzufluß noch keineswegs die Sicherheit, diese Dinge auch wirklich erlangen zu können. Soweit das Ausland als Bezugs=quelle in Betracht kommt, haben wir uns deshalb vor allem zu

vergewissern, worauf dürfen wir angesichts des allenthalben wirksamen Rohstoffhungers, angesichts der momentanen Transportmittelknappheit und vieles anderen Hemmenden günstigstenfalls in dieser Beziehung rechnen, selbst wenn es uns gelingt, die Zahlungsmittel in der erforderlichen Menge aufzubringen, und inwieweit sind wir imstande, bei der zunächst beschränkten Zufuhr von Hilfsstoffen aus dem Ausland, durch Bevorzugung der wichtigsten oder leistungsfähigsten Unternehmungen, durch richtigste Zusammensetzung von Produktion und Konsumtion, durch wirksamste Förderung beschleunigter Güterzirkulation den Wiederaufbau der Wirtschaft im raschesten Tempo durchzuführen, die Bevölkerung am zuverlässigsten mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen.

Abgesehen hiervon spielt aber freilich die Geldmittelbeschaffung die ausschlaggebende Rolle. Um einen Überblick zu gewinnen, welche Summen wir benötigen, um bis zur Vermögensabgabe durchhalten zu können, wäre darum ein Voranschlag für ein Jahr zumindesten auszuarbeiten, aus dem ersichtlich ist, was wir in diesem Zeitraum zur Bestreitung derjenigen vorhin aufgezählten Erfordernisse benötigen, die völlig unaufschiebbar sind. Dem wäre gegenüberzustellen, auf wieviel an regulären Einnahmen zu rechnen ist und auf welche Höhe sich das Defizit belaufen dürfte, das durch eine provisorische Kreditoperation gedeckt zu werden hätte. Der Kredit wäre in folgender Weise zu beschaffen: Erstens durch Ausgabe sehr niedrig verzinslicher Pfandbriefe auf die kommende Vermögensabgabe, mit der Bestimmung, daß diese Pfandbriefe sofort nach durchgeführter Vermögensabgabe einzulösen sind. Werden diese Pfandbriefe nicht in ausreichendem Maße freiwillig gezeichnet, so wäre hierfür mit Zeichnungszwang vorzugehen, und zwar in der Weise, daß auf Grund der Einkommen- und Erwerbsteuerstatistik die Zuteilung vorgenommen wird. Da die Beträge, um die es sich bei dieser vorläufigen Maßnahme handelt, im Verhältnis zum gesamten Nationalvermögen nicht allzu schwer ins Gewicht fallen können, ist nicht zu befürchten, daß den einzelnen Privaten wie Unternehmern größere Summen zur Zeichnung zugeteilt werden müßten, als sie zu übernehmen imstande wären, besonders wenn diese Übernahmsverpflichtung progressiv gestaffelt würde und man nur die größeren Steuerzahler zu dieser Zwangsanleihe heranzöge.

Der baldige Einlösungstermin würde überdies diesen provisorischen Tribut nicht als zu drückende Last empfinden lassen.

Hält man sich obendrein vor Augen, daß gegenwärtig bei den Großbanken alles eher zu konstatieren ist, als Geldknappheit, daß sich bei ihnen angesichts des Stockens der Unternehmertätigkeit vielmehr der enormste Geldüberfluß angesammelt hat, was am unzweideutigsten an dem niedrigen Zinsfuß, den sie für Einlagen gewähren, zum Ausdruck kommt, so kann man nicht daran zweifeln, daß sich die Kreditkrise in der sich das Gemeinwesen augenblicklich befindet, in weitestem Ausmaß dem Umstande zuzuschreiben ist, daß man zu weitgehende Rücksichten auf die Sonderinteressen der Begütertsten nimmt, und so auch außerstande ist, die erforderlichen Maßnahmen zum Abbau der Preise zur Durchführung zu bringen. Jedenfalls müßten dem Staat bei der bestehenden Geldüberfülle die nötigen Mittel zur Bestreitung des inneren Bedarfs, soweit wenigstens, als die Güter zu seiner Befriedigung vorhanden sind, unbedingt zur Verfügung stehen, wenn eine Finanzpolitik betrieben würde, die nicht nach der einen Seite ebenso viel zu zaghaft, wie nach der andern weitaus zu gewaltsam ist.

Was nun aber den Güterbezug aus dem Ausland anlangt, so hätte man sich bis zur Zeit der Vermögensabgabe damit zu helfen, daß — gemäß einem bereits vielfach befürworteten Vorschlag — alle Forderungen einheimischer Kapitalisten ans Ausland, wie all ihr Besitz an fremden Wertpapieren gegen Umtausch in gleichwertige Obligationen dem Staat zur Verfügung gestellt werden müßten. Angesichts des schlechten Standes unserer Valuta würde sich auf diese Weise sicher ein sehr erheblicher Betrag zur Bestreitung jener ausländischen Waren ergeben, die nicht anders, als gegen bar erhältlich sind. Bei allen anderen hätte man Kredit zu beanspruchen, der sicher weit eher und billiger gewährt werden dürfte, wenn die auswärtigen Lieferanten wüßten, daß der Staat, der ihn begehrt, sich durch radikale Vermögensabgaben von seiner inneren Verschuldung entlasten wird, wie gesetzlich festgelegt hat, daß auswärtigen Schuldforderungen, die auf Grund von Warenlieferungen an den Staat erwachsen, der Vorrang vor allen anderen öffentlichen Schulden einzuräumen ist.

Außerdem könnte man einen Teil der erforderlichen Waren aus dem Ausland auch auf die Weise leichter und billiger zu er=

halten suchen, daß man sich zur Zahlung in Waren für eine Reihe von Jahren verpflichtet, ein Zahlungsmodus, der um so eher durchführbar sein und auf um so größeres Vertrauen bei den Lieferanten stoßen dürfte, wenn in sicherer Aussicht steht, daß der Staat, der die Waren zu liefern hat, sie auf Grund der mit der Vermögensabgabe verbundenen Vergesellschaftung der wichtigsten Wirtschaftszweige in der Hauptsache aus Eigenbetrieben beizustellen imstande sein wird.

Schon aus diesen kurzen Andeutungen ist mit Evidenz ersichtlich, daß man auch aus dem Umstand, daß die Vermögensabgabe gründlich vorbereitet werden muß, bevor sie zur Durchführung gelangen kann, keinerlei pessimistische Konsequenzen abzuleiten genötigt ist.

Was nun endlich Punkt 3 anlangt, was jetzt schon in Angriff zu nehmen wäre, um mit der Befreiung der Wirtschaft aus ihrer augenblicklichen Notlage zugleich ihre Sozialisierung und dauernde Sanierung zu fördern, so ist darauf, soweit sich diese Frage nicht schon aus den Ausführungen zu Punkt 2, wie aus denen des ganzen vorliegenden Entwurfs, beantwortet, folgendes zu sagen: Ebenso wie mit der Vorberreitung der Umwandlung der Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft auf denjenigen Gebieten, wo diese leistungsfähiger ist, zu beginnen wäre, indem namentlich genaueste Untersuchungen darüber angestellt werden, wie die gesamte Urproduktion und alle jene Produktions-, Handels- und Verkehrszweige, die sei es der Versorgung der Bevölkerung mit den dringendsten Bedarfsgütern, sei es der Herstellung und der Verteilung des vom Staat selber Benötigten dienen, am raschesten zu vergesellschaften wären, so hätte man auch die Kriegszentralen so auszubauen, daß sie mit zum Fundament der Gemeinwirtschaft würden und besonders die Sachdemobilisierung solcherart durchzuführen, daß die in öffentlichen Depots aufgehäuften Güter so schnell als irgend möglich in Zirkulation gelangen, ohne daß der Staat irgend etwas von seinen im Krieg errichteten Betrieben aus der Hand gibt, was bei entsprechender Adaptierung künftig von ihm selbst am vorteilhaftesten bewirtschaftet zu werden vermöchte. Desgleichen wären alle öffentlichen Kreditoperationen von vornherein so zu gestalten, daß sie der beabsichtigten partiellen Umwandlung der Privatwirtschaft in Gemeinwirtschaft nicht hindernd im Wege stehen.

Vor allem wäre aber mit wirksamen Mitteln allenthalben Verständnis für die Gemeinwirtschaft zu erwecken und Aufklärung über die Voraussetzungen ihrer Leistungsfähigkeit zu verbreiten. Alle Schichten der Bevölkerung, die Beamten, die Arbeiter, die Angestellten, namentlich die Frauen müssen wissen, wie Großes sie von der Gemeinwirtschaft erwarten dürfen, wie durch sie erst die Unsicherheit ihrer Existenz, der vergebliche Kampf um Hebung ihres Lebensniveaus beseitigt werden kann. In gleicher Weise müßte ihnen aber auch zu Bewußtsein gebracht werden, wie sehr von ihnen selber nicht nur der Sieg der Gemeinwirtschaft, sondern ebenso ihr Erfolg abhängt. Nur wenn Alle ihre egoistischen Interessen gegenüber der allgemeinen Wohlfahrt zurückstellen, nur wenn jeder sein Bestes gibt und nicht mehr verlangt, als die Gesellschaft ihm zu gewähren vermag, wenn Keiner Profit auf Kosten seines Nächsten zu erzielen sucht, wenn freiwillig von Allen das Maß von Unterordnung und Selbstdisziplin übernommen wird, das geordnete Funktion der gesellschaftlichen Arbeit erfordert, wird die Gemeinwirtschaft die anfänglichen Opfer im Verlauf immer reichlicher zu lohnen imstande sein.

Ist erst der schwere Übergangszustand überwunden, sind die Vorbereitungen für die Vermögensabgabe abgeschlossen, so daß sie in friedlicher und gerechter Weise zugleich mit der schrittweisen Vergesellschaftung des Eigentums und der Wirtschaft zur Durchführung gelangen kann, dann wird diese große Umgestaltung bald ihre ganze Fruchtbarkeit zu entfalten beginnen, die Einnahmen des Gemeinwesens werden steigen, die Ausgaben sinken. Man wird dann daran gehen können, die materiell ausreichend gedeckten Anleihen auf einen niedrigeren Zinsfuß zu konvertieren, wie durch zwischenstaatliche wechselseitige Naturallieferungsverträge den internationalen Güteraustausch so zu organisieren, daß der Imperialismus nicht mehr zu leidenschaftlichstem Streit um Bezugs- und Absatzgebiete zwingt. Infolgedessen werden die ungeheuren Anforderungen für Rüstungszwecke vermindert werden können, die Arbeitskräfte nicht zu feiern brauchen, nur weil es an den nötigen Betriebsmitteln fehlt, man wird sie nicht weiter ausbeuten müssen, um sie in verwüstende Kämpfe gegeneinander zu hetzen. Besonders wird sich dann die gesamte Produktion nach dem kulturellen Bedarf regeln lassen, alle Hebung der Produktivität durch Erfindungen und Entdeckungen

wird der Gemeinschaft zugute kommen und als größte Ersparnisquelle wird sich im volkstümlichen Wirtschaftsstaat sorgsame Menschenökonomie erweisen. Desgleichen wird das von den Erträgen seiner Eigenbetriebe lebende Gemeinwesen auf alle indirekten Steuern verzichten können, so daß das Arbeitseinkommen um so mehr geschützt sein wird, je weniger Ausbeutungseigentum existiert. Und von der Repropriation des Staates und der Gemeinschaft wird der Mittelstand ebenso profitieren wie der Arbeiterstand; der Beamte, der Angestellte, der Fixbesoldete, sie alle werden über einen stabilen Reallohn verfügen, niemand wird Gefahr laufen, daß die Konkurrenz ihn enteignet oder plötzlich proletarisiert, der immer reicher werdende Staat wird für seine Bürger Tag für Tag besser sorgen können, wird alles in Angriff zu nehmen imstande sein, was zur Prosperität des Ganzen erforderlich ist, wird das Leben jedes Einzelnen heilig zu halten, es in allen Situationen zu schützen und sicherzustellen vermögen — kurzum innerlich verfestigte Kultur wird im repropriierten Staat und in der vergesellschafteten Wirtschaft das mächtigste Fundament erhalten.

18.

Wem all dies aber etwa als durchaus utopische Erwartung erscheint, der braucht sich nur vorzustellen, der ganze Krieg wäre bloß ein böser Traum gewesen und wir würden heute mit der ganzen Summe der Erfahrungen des Krieges in der wirtschaftlichen Situation der Vorkriegszeit erwachen. Könnte er auch dann der Meinung sein, daß trotz systematischster Regelung der Produktion und Konsumtion in der sozialisierten Wirtschaft und im repropriierten Staat gleichfalls die ganze Masse von Elend, Not und Kampf, die wir frevlerisch als Friede und Ordnung verherrlichten, aufrecht erhalten bleiben müßte? Diese Frage ist unbedingt zu verneinen! Der Krieg hat vielmehr den unwiderleglichsten Beweis erbracht, daß wir vor der jetzigen Katastrophe reich und stark genug gewesen wären, die großen sozialen Probleme restlos zu lösen. Während seiner ganzen Dauer standen die tüchtigsten Arbeitskräfte im Feld, die Mehrheit der zu Hause gebliebenen Bevölkerung mußte sich in der Herstellung unproduktiver Werte erschöpfen, Unsummen

kostbarster Güter und Menschenleben wurden zerstört, und trotzdem verhungerte das Volk — wenigstens bis zum allerletzten Jahre — nicht in Massen, so schwere Entbehrungen es sich auch auferlegen mußte.

Dieses Erlebnis bildete das aufrüttelndste Wunder des Krieges. Mit einem Schlage war damit die ganze Größe unseres Reichtums, wie unseres Könnens offenbart, das alte Elendsdogma als reaktionäre Fabel entlarvt. Bis auf die Knochen bloßgestellt steht heute die von der intellektuellen Prätorianergarde der herrschenden Klassen so leidenschaftlich verteidigte offizielle Nationalökonomie da, sie, die in mittelalterlicher Rückständigkeit verharrend, stets von dem naturgesetzlich notwendigen Elend faselte, uns weis zu machen suchte, daß wir unabwendbar zu Unterernährung und Überarbeit, zu Qual und Jammer, zu physischer und geistiger Verwahrlosung verdammt seien, weil die Erde nicht genug hervorbringe, um Allen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. Wer kann gegenwärtig noch daran zweifeln, daß wir die Hölle der Proletariernot in ein Paradies blühendster Kultur umzuwandeln vermocht hätten, wenn wir mit derselben Kraft und Entschlossenheit, mit der wir im Krieg den wechselseitigen Mord, die wahnwitzigste Vernichtungsarbeit organisierten, daran gegangen wären, gegen das Elend im größten Stile zu mobilisieren, in schöpferischem Aufbau die ungeheuren Wertquellen der Natur für die Volkswohlfahrt zu nutzen!

Aber so gewiß es ist, daß man unseren Reichtum vor dem Krieg geflissentlich aufs frevlerischste unterschätzte, um die Massen auf diese Weise besser versklaven, wehrloser der brutalsten Ausbeutung überantworten zu können, ebenso gewiß ist es, daß selbst der überlange und vandalisch geführte Krieg uns nicht so arm gemacht hat, daß wir nun zu dauerndem Darben, zu zermürbendster Fronarbeit verurteilt wären. Wie wir früher weitaus reicher waren, als man zugab, so sind wir auch nun keineswegs so arm, als man uns hinzustellen sucht, damit wir allen überflüssigen Druck möglichst geduldig ertragen. Es ist uns vielmehr noch immer soviel geblieben, daß wir bei gründlicher Umgestaltung der Wirtschaftsordnung sehr wohl zu neuer Blüte gelangen können.

Auch die Bettlerrolle, in der man sich jetzt gefällt, ist so nichts als reaktionäre Lüge, die einzig und allein

den Zweck verfolgt, das Volk hinter dieser täuschenden Maske die volle Wahrheit unserer Wirtschaftslage nicht erkennen zu lassen. Das ganze Maß von Heuchelei, mit dem man arbeitet, geht am klarsten daraus hervor, daß man noch immer dem leichtfertigsten Optimismus huldigt, solange es nur gilt, die unbegrenzte Steuerkraft der Massen zu beweisen, dagegen sofort in den schwärzesten Pessimismus verfällt, sowie die Steuerkraft des Besitzes entsprechend in den Vordergrund gerückt wird. Das Volk muß darum nur endlich aufhören, in seinem demütigen Glauben an die Armut des Landes zu verharren, zum Bewußtsein der ganzen Ergiebigkeit der nationalen Wertquellen, wie der seines eigenen Leistungsvermögens vordringen und es braucht weder den Zusammenbruch der Wirtschaft noch Staatsbankerott zu befürchten.

Staatsbankerott und Zusammenbruch der Wirtschaft sind nur unaufhaltsam, wenn die alte Wirtschaft und die durch den Krieg noch pathologischer gewordene Eigentumsverteilung aufrecht erhalten bleibt, wenn das ganze Volk zur Arbeitsfron an das Kriegsrentnertum verurteilt werden soll, wenn alle Kriegslasten der Arbeitskraft der Besitzlosen auferlegt werden, statt daß sie auf das Privateigentum und auf das arbeitslose Einkommen überwälzt werden, wenn man den besitzlosen Steuerstaat, der infolge seiner Schuldknechtschaft an das Privatkapital, zu den verkehrtesten fiskalischen Methoden gezwungen ist, weiter konservieren will. Ist man hingegen entschlossen, der neuen Lage mit ganz neuen Mitteln zu begegnen, schreckt man vor dem Betreten ungewohnter Wege nicht mehr aus Eigennutz, Kurzsichtigkeit oder Bequemlichkeit zurück, hält man das schlechthin Unerläßliche nicht mehr für dilettantischen Utopismus, so ist auch trotz aller Not der Gegenwart der Zugang zu einer glücklichen Zukunft durchaus nicht versperrt.

So hoffnungslos unsere Lage notwendig erscheint, solange man nur daran denkt, zur Sanierung der Staatsfinanzen und der Volkswirtschaft die Expropriierten immer noch weiter zu expropriieren, so vielversprechende Aussichten ergeben sich, wenn man die Expropriation der Expropriateure als Repropriation des Gemeinwesens in Angriff nimmt, auf eine vorbildliche Ordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse

hinstrebt, in der Volkswirtschaft nicht mehr Bewirtschaftung des Volkes zum Vorteil einiger Weniger und damit Verwirtschaftung des Volkes beinhaltet, sondern höchste Wirtschaftlichkeit am Volk, die naturgemäß auch dem Haushalt des Staates die solidesten Grundlagen sichert.

Ein solchermaßen innerlich gefestigter, auf einem gesunden, in seinen Lebensnotwendigkeiten geschützten Volk beruhender Staat wird auch nach außen hin die günstigsten Möglichkeiten eröffnen, man wird ihm eher zu helfen bereit sein, als einem von unaufhörlichen Verzweiflungskämpfen ganz und gar zerrütteten Gemeinwesen.

Und mag es gegenwärtig auch noch so wenig danach aussehen, daß die Völker sich zu gemeinsamem friedlichen Wiederaufbau der internationalen Kultur zusammenschließen — wenn etwas die Welt davor bewahren kann, neuerlich in Flammen aufzugehen, so ist es leidenschaftliche Hinarbeit auf sittliche Wiedergeburt, aus der Erkenntnis heraus, daß voll entfaltete Menschlichkeit am zuverlässigsten voll entfaltete Wirtschaftlichkeit garantiert.

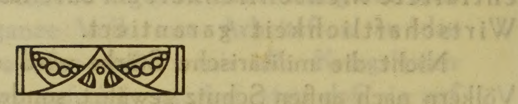
Nicht die militärische Stärke wird es künftig sein, die den Völkern nach außen Schutz gewährt, sondern vor allem die Summe ihrer kulturellen Organisationen, die Größe ihrer geistigen und sittlichen Wehrkraft. Für Wissenschaft, Kunst, Menschenökonomie und soziale Technik gilt es darum in der nächsten Zeit dieselben reichen Mittel aufzubringen, wie ehedem für unsere äußerliche Bewaffnung, damit wir mit diesen lebendigen Kulturschöpfungen eine Rüstung erhalten, die uns unangreifbarer macht, als die gewaltigsten Festungen und das riesigste Geschützmaterial.

Auch den Übergang zu dieser neuen Art Existenzsicherung kann aber nur der repropriierte soziale Wirtschaftsstaat finden — der traditionelle über und über verschuldete Steuerstaat ist in seinem unabwendbaren ökonomischen Marasmus gänzlich unfähig, von seinen menschenmörderischen Methoden loszukommen.

Die Wirtschaft sozialisieren, durch tiefgreifende einmalige Vermögensabgaben die bestehende Eigentumsordnung von Grund auf umwandeln, heißt darum in großzügigster Weise alle erforderlichen Vorkehrungen treffen, um das neue Zeitalter der Bedarfsdeckungswirtschaft einzuleiten. Mit deren Vorbereitung zugleich haben sich die Sozialisierungskommis=

sionen, die jetzt allenthalben eingesetzt werden, zu beschäftigen. Gehen sie nicht auch darauf aus, trachten sie nicht, einen auf den exaktesten Durchrechnungen nach den verschiedensten Richtungen aufgebauten Plan für eine das Leben jedes Einzelnen, wie den Bestand des Ganzen unbedingt garantierende Bedarfsdeckungswirtschaft zu entwerfen, so stellen sie sich von vornherein eine unzureichende Aufgabe.

Verwirklichung freien Menschentums mittels vollkommenster gesellschaftlicher Bedarfsdeckungswirtschaft — unter Ausnützung sämtlicher gewaltiger Mittel, die Wissenschaft und Technik, innere Reife und äußere Gestaltungskraft uns darbieten — das ist der letzte und tiefste Sinn des Sozialismus.




BRIGHAM YOUNG UNIVERSITY
3 1197 21993 6801

Von demselben Verfasser erschien:

PAUL GERIN, WIEN II.